Donnerstag, 5. April 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 82 - 14. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 150,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lothringen: Ein Generalstreik gegen die Stahlpolitik der Regierung hat gestern die nordostfranzösische Industrieregion fast völlig lahmgelegt. Metz, Nancy und Longwy waren vom übrigen Frankreich abgeschnitten. (S. 3)

Europäische Volkspartei: Kanzler Kohl erneuerte auf dem Kongreß in Rom seine Forderung nach einem politischen Europa. Ein Europa als „Umschlagplatz für Handel und Finanzen" sei ihm zu wenig.

Hess: Die Inhaftierung des ehemaligen Hitler-Stellvertreters kostete die deutschen Steuerzahler seit 1970 mehr als 20 Millionen Mark. (S. 8)

Förderstufe: Die obligatorische Förderstufe in Hessen ist zwar an sich nicht verfassungswidrig, verletzt aber Grundrechte von Eltern dadurch, daß sie bisher nicht durch Gesetz definiert ist, entschied der Staatsgerichtshof. (S. 4)

Nukleare Planungsgruppe: Die NATO forderte auf ihrer Tagung in Cesme (Türkei) Moskau auf, die Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. (S. 8)

Grüne: Als eine Signal an alle Frauen, sich stärker in der Politik zu engagieren, wollen die Grünen im Bundestag die Wahl einer rein weiblichen Fraktionsspitze verstanden wissen. (S. 2 und 4)

US-Vorwahlen: Nach einem klaren Sieg im wichtigen Bundesstaat New York ist der frühere Vize-Präsident Mondale wieder Favorit im Kampf um die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten. (S. 5)

Spionage: Moskau kann sich westliche Technologie viel schneller beschaffen als bisher angenommen, teilte der US-Geheimdienst CIA mit. Häufig verfügten die Sowjets schon über Abwehrsysteme, bevor die Amerikaner die Waffen selbst einsatzbereit hätten.

Südostasien: Als Antwort auf „Grenzprovokationen" hat China vietnamesische Stellungen bombardiert und Dutzende von Gegnern getötet, teilte Peking mit.

Afghanistan: Die Sowjets benutzen das vom Bürgerkrieg zerrissene Land als „Großversuchsplatz" für neue Waffen, einschließlich chemischer Kampfstoffe, meldete die britische Fachzeitschrift „Jane's Weekly Review". (S. 6)

Guinea: Das Militärregime unter Oberst Conte hat den USA engere Beziehungen angeboten. Sicherheit und Besitz der Ausländer würden garantiert. (S. 6)

Heute: Pressekonferenz Präsident Reagans. – Tagung des Finanzplanungsrats in Bonn.

ZITAT DES TAGES



„Das Ganze war kein Marathonlauf, es war ein Lauf auf der Stelle"

Der CSU-Vorsitzende Strauß zu den bisherigen Bemühungen um eine europäische Integration FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Deutsche Bank: Der Jahresüberschuß hat sich 1983 mit 469 Millionen DM um 55,2 Prozent erhöht. Die Dividende wird von elf auf zwölf DM je 50-DM-Aktie angehoben. (S. 11)

Dresdner Bank: Auch die zweitgrößte deutsche Geschäftsbank meldet einen kräftig gestiegenen Überschuß: um 64,5 Prozent auf 228,6 Millionen DM. Es soll eine Dividende von sechs (Vorjahr vier) DM gezahlt werden.

Hanomag: Der Hamburger Bergungsunternehmer Harms wird den in Konkurs befindlichen Baumaschinenhersteller übernehmen. Für die Arabian General Investment Corporation, Dubai, wurde mit Finanzminister Burkhard Ritz ein Optionsvertrag abgeschlossen.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern auf breiter Ebene schwächer. WELT-Aktienindex 149,2 (150,7). Auch am Rentenmarkt hat sich die Tendenz verschlechtert. Dollar-Mittelkurs 2,6200 (2,6166) Mark. Goldpreis je Feinunze 381,25 (380,40) Dollar.

Berichte über die Hannover-Messe: Seite 12

KULTUR

Berlin: Auf starke Vorbehalte ist der Entwurf eines Rahmenplans für den evangelischen Religionsunterricht im Sekundarbereich gestoßen. Der Entwurf, so meinen kritische Theologen, ziele darauf ab, den Religionsunterricht in einen agitatorischen Politikunterricht umzuwandeln. (S. 19)

„Civil Wars": Das Kunstfestival am Rande der Olympischen Spiele in Los Angeles wird ohne Bob Wilsons Mammutoper „Civil Wars" über die Bühne gehen. Der zuständige Ausschuß will auf das Acht-Stunden-Opus verzichten, weil die nötigen Mittel nicht rechtzeitig zu bekommen seien.

SPORT

Fußball: Die Schüler-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes schlug in Berlin England 4:1 (0:1). Es war der 15. Sieg über England.

Formel 1: Die Reifenfirma Goodyear muß den Erben des tödlich verunglückten Mark Donohue 19,5 Mio.Dollar zahlen. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Challenger jagt Solar Max: Zum elften Mal schicken die USA morgen einen Space Shuttle ins All. Die Astronauten an Bord der „Challenger" sollen versuchen, den defekten Sonnensatelliten „Solar Max" einzufangen und entweder zu reparieren oder zur Erde zurückzubringen. (S. 26)

Erdbevölkerung: Das Wachstum hat sich – vor allem wegen der sinkenden Geburtenzahl in China – auf jährlich 1,7 Prozent von 2,1 Prozent Anfang der 70er Jahre verringert. Die UNO schätzt die Weltbevölkerung zur Zeit auf 4,75 Milliarden Menschen.

Wetter: Stark bewölkt. Nur im Südwesten überwiegend niederschlagsfrei. 4 bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Shultz: Terror als Form des Krieges gegen Demokratien

US-Außenminister klagt Iran, Syrien, Libyen, Nordkorea, Nordjemen an

AP/rtr/W. K. Washington/Bonn

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat in einer Rede in Washington die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zu „aktiven Abwehr-Maßnahmen gegen staatlich unterstützten Terrorismus" aufgefordert. Staatsterrorismus ist nach Ansicht des US-Ministers zu einer „Waffe des unkonventionellen Krieges gegen die demokratischen Gesellschaften" geworden.

Vor der „Trilateralen Kommission", einer unabhängigen Gruppe führender Vertreter des öffentlichen Lebens in den USA, Westeuropa und Japan sprach Shultz von zunehmender terroristischer Bedrohung. Die bisherige konventionelle, überwiegend passive Strategie, die sich auf Sicherheitsvorkehrungen und Geheimdiensterkenntnisse stütze, reiche nicht mehr zur Abwehr aus, sagte Shultz.

Von den Ländern, die demokratische Staaten wegen ihrer offenen Grenzen für subversive und bewaffnete Aktionen ausnutzen und deshalb den Terrorismus am meisten unterstützen, nannte der Außenminister namentlich Iran, Syrien, Libyen, Nordkorea und Nordjemen. Ihre Beteiligung an dem nicht erklärten Krieg gegen die freie Gesellschaft sei immer deutlicher nachweisbar. Die bedrohten Länder sollten Pläne ausarbeiten, um zuschlagen zu können, bevor terroristische Gruppen ihre Angriffe weiter ausweiten, empfahl Shultz.

Präsident Ronald Reagan hatte in seinem Bericht zur Lage der Nation zu Beginn des Jahres vor beiden Häusern des Kongresses angekündigt, die Regierung werde demnächst Gesetzesvorlagen zur Bekämpfung des Terrorismus einbringen. Bei den Verbündeten wolle er sich gleichzeitig um „konzertierte Aktionen" bemühen, hatte Reagan gleichzeitig betont.

In Bonn wurde die Rede von Außenminister Shultz als Ausdruck wachsender Sorge vor neuen terroristischen Aktionen gewertet. Nachdem die USA seit dem Abzug ihrer Streitkräfte aus Libanon im Nahen Osten nicht mehr direkt angreifbar sind, könnten sich terroristische Kommandos auf Ziele in den USA und in Europa konzentrieren, wobei die Bundesrepublik wieder eine wichtige Rolle spielt.

Für die deutschen Sicherheitsbehörden sind seit dem vergangenen Jahr keine neuen Strukturen im Terrorismus erkennbar geworden. Die „Rote Armee Fraktion" (RAF) – die RAF-Logistik war 1982 zu etwa 90 Prozent zerstört worden – hält nach einer Lagebeurteilung des Bundeskriminalamtes weiterhin an ihrem anti-imperialistischen Konzept fest.

Die größte Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland ging nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden 1983 von den „Revolutionären Zellen" (RZ) aus. Von den nach wie vor unbekannten Mitgliedern dieser terroristischen Vereinigung wurden im Vorjahr 27 Brand- und Sprengstoffanschläge verübt. Insgesamt ist jedoch 1983 die Zahl dieser Anschläge gegenüber dem Vorjahr von 682 auf 416 zurückgegangen, teilte das BKA mit.

Randgruppen des Terrorismus haben in der Bundesrepublik Deutschland vor allem während der Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung

● Fortsetzung Seite 8

„Lücken im Strafrecht schließen"

„Auschwitz-Lüge" soll bestraft werden / WELT-Interview mit Minister Engelhard

DW. Bonn

Im Bundesjustizministerium bemüht man sich um eine wirksamere Strafverfolgung des Tatbestandes der Volksverhetzung und der Aufstachelung zum Rassenhaß („Auschwitz-Lüge"). Zur Diskussion steht ein Entwurf von Bundesjustizminister Hans Engelhard, der das Leugnen der Massenvernichtung an Juden zum Strafdelikt machen soll, ohne daß betroffene jüdische Personen Anzeige erstatten müssen. Mit dem Bundesjustizminister sprach Herbert Kremp.

WELT: Für die Änderung des Strafrechtsgesetzes bedarf jede Regierung dringender Indizien. Sie schlagen vor, Paragraph 140 folgendermaßen zu fassen: „Belohnen und Billigen von Straftaten; Leugnen und Verharmlosen des Nationalsozialistischen Völkermordes ..." Da soll es nach ihrem Änderungsentwurf heißen: „Ebenso wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung ... in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (Paragraph 11 Abs. 3) billigt, leugnet oder verharmlost ..., wird zu einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft." Wie stellen Sie sich die Rechtspraxis vor?

Engelhard: Sie gehen offenbar von inzwischen überholten Gesetzesformulierungen aus. Worum es mir jetzt geht, ist folgendes: Die Verbreitung von Schriften, in denen Handlungen des national-sozialistischen Völkermordes in Abrede gestellt werden, soll künftig unter Strafe gestellt werden. Mir geht es also darum, das schriftliche Leugnen etwa der Massenmorde von Auschwitz und Treblinka zu erfassen, weil die schon im Strafgesetzbuch vorhandenen Tatbestände der Volksverhetzung und der Aufstachelung zum Rassenhaß dies nicht abdecken. Nicht belangt werden soll derjenige, der mündliche Äußerungen dieses Inhalts etwa am Stammtisch tut. So ärgerlich solche Redereien auch sind, das eigentlich Gefährliche ist eben die schriftliche Verbreitung neonazistischer Propaganda, die das Hitler-Regime von der historischen Tatsache des Völkermordes reinzuwaschen versucht. Die Rechtspraxis wird keine Probleme bringen. Ich bin sicher, wenn meine Vorstellungen Gesetz werden, wird die deutsche Justiz damit ein wirksames Instrumentarium in der Hand haben, um der neonazistischen Propaganda einen Riegel vorzuschieben.

WELT: Jeder, der die Geschichte studiert und einen Sinn für nationale Werte besitzt, kann ihre Bemühung ermessen. Es wurden in der nationalsozialistischen Zeit mindestens sechs Millionen Juden ermordet. Aber welchen Sinn hat jetzt ein Gesetz, das stets die Denunziation, damit meine ich die unter Umständen unbegründete Beschuldigung eines anderen, erleichtert?

Engelhard: Nochmals: Es geht nicht um die Frage der Denunziation, nicht darum, das im privaten Kreise – etwa am Biertisch – Dahingeredete unter Strafe zu stellen. Neben der Strafbestimmung gegen die „Auschwitz-Lüge" soll künftig die Einziehung von rechtsextremistischen Schriften

■ Fortsetzung Seite 8

Subventionen werden durchforstet

Vorgezogene Steuerreform mit Spareffekt? / Länder gehen weiter als Stoltenberg

HEINZ HECK, Bonn

Eine auf 1986 vorgezogene Tarifreform könnte das Steuerentlastungspaket um etwa drei bis vier Milliarden Mark verbilligen, wenn es beim Ziel einer durchschnittlich zehnprozentigen Ermäßigung bleibt. In diesem Falle würden die Verbesserung des Familienlastenausgleichs und die Tarifreform nicht zu einer Gesamtentlastung von rund 25 Milliarden, wie bisher von Finanzminister Stoltenberg für die zweistufige Reform (1986/88) vorgesehen, führen, sondern nur zu 21 bis 22 Milliarden Mark.

Zudem würde das gleichzeitige Inkrafttreten beider Maßnahmen vor allem den Familienpolitikern der Union ein Abrücken von ihren bisherigen Forderungen erleichtern, da die Tarifentlastung Familien mit Kindern überproportional zugute kommt.

In den Bonner Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP war die Ablehnung einer Kompensation durch Steuererhöhungen zwar einhellig (WELT v. 4. 4.). Jedoch gehen die Länderinteressen offenbar überwiegend in die entgegengesetzte Richtung und zielen zum Teil auf eine Kompensation, die noch über den von Stoltenberg vorgeschlagenen 45 Prozent liegt. Die Vorstellungen der CDU-regierten Länder dürften in der Sitzung des CDU-Präsidiums am Freitag zur Sprache kommen.

Vor dem nächsten Bonner Koalitionsgespräch am 3. Mai wird eine gemischte Kommission aus den für Haushalts- und Steuerfragen zuständigen Arbeitsgruppen beider Fraktionen den Versuch unternehmen, Finanzierungsvorschläge zu machen, die ohne Erhöhung der Umsatz- oder einiger Verbrauchsteuern auskommen. Dazu sollen die Subventionen durchgeforstet werden mit dem Ziel, einen Betrag von sechs oder gar sieben Milliarden Mark herauszuholen, also mehr als das Doppelte der von Stoltenberg vorgeschlagenen drei Milliarden. Einige Vorschläge aus Stoltenbergs Liste sind nicht unumstritten. Es verdichtet sich die Vermutung, daß die Versicherungssteuer von fünf auf sieben Prozent (das entspricht dem halben Mehrwertsteuersatz) erhöht wird, was zu Mehreinnahmen von etwa 1,2 Milliarden Mark führen würde.

Ungeachtet der ehrgeizigen Zielsetzung, einen höheren Anteil der Steuerausfälle durch die Streichung von Subventionen hereinzuholen, wollen die Haushaltspolitiker beider Fraktionen am Konsolidierungsziel unbeirrt festhalten. Das haben ihre Sprecher Carstens (Emstek, CDU) und Hoppe (FDP) nach gemeinsamen Beratungen erklärt.

Die SPD übte erneut Kritk. Ihr Obmann im Finanzausschuß, Gobrecht, bescheinigte zwar der Unionsfraktion, daß sie sich „im Prinzip gegen eine Kompensation der Einkommensteuerentlastung ausgesprochen" habe. Sie habe jedoch eine Hintertür offengelassen. Für die SPD komme „eine Erhöhung von Verbrauchsteuern im allgemeinen und der Umsatzsteuer im besonderen nicht in Betracht". Die SPD erwarte vielmehr die vor der Wende angekündigten konkreten Vorschläge zum steuerlichen Subventionsabbau. Das Entlastungsvolumen von 25 Milliarden Mark sei für die SPD nur dann annehmbar, wenn es dem Durchschnittsbürger voll zugute komme.

Bleifreies Benzin: Bonn gibt Anreize

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit dem Erlassen der Mehrwertsteuer oder anderen wirtschaftlichen Reizen möchte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann möglichst schnell Autokäufer dazu veranlassen, sich ein Kraftfahrzeug mit Katalysator schon vor dem Stichtag für eine gesetzliche Regelung gedachten 1. Januar 1986 anzuschaffen. Ein „flächendeckendes Netz von Tankstellen mit bleifreiem Benzin" soll mit den 260 Tankstellen an den Bundes-Autobahnen beginnen.

Zimmermann sagte anläßlich der Vorlage des „Dritten Emissionsschutzberichtes" der Bundesregierung, er rede mit dem Bundesfinanzminister in der Frage steuerlichen Entgegenkommens für das umweltfreundliche Auto „über jedes denkbare Modell". Es habe allerdings keinen Sinn, das bleifreie Benzin gegenüber dem verbleiten zu verbilligen, da nur der Katalysator oder eine ähnlich arbeitende Filtereinrichtung den gewollten Umweltschutz garantiere. Es sei ihm am liebsten, wenn bereits 1985 die von ihm angestrebte Steuererleichterung verwirklicht würde.

Zimmermann begründete seinen Einsatz für das umweltfreundliche Kraftfahrzeug mit dem Ergebnis des „Emissionsschutzberichts", wonach die Belastung der Luft mit Schadstoffen zwar in den letzten Jahren nicht mehr anwuchs, an den 3,1 Millionen Tonnen Stickstoffoxiden pro Jahr in der Bundesrepublik aber der Kraftverkehr mit 55 Prozent überproportional beteiligt sei. Der Höhepunkt der Luftverunreinigung sei offensichtlich erreicht, allerdings auf einem viel zu hohen Belastungsniveau stabilisiert. Unter Hinweis auf die Waldschäden, die jetzt auf einer Fläche von 2,5 Millionen Hektar beobachtet werden, kündigte Zimmermann an, daß die Bundesregierung nunmehr in Paris vorstellig werde, weil erwiesen sei, daß die Schäden im Schwarzwald „zum Hauptteil" durch Emissionen aus dem Gebiet der Burgundischen Pforte verursacht würden.

Die wichtigsten Ergebnisse des „Dritten Emissionsschutzberichtes", der den Zeitraum von Mitte 1981 bis Ende 1983 erfaßt, sind nach den Worten des Bundesinnenministers die Feststellung, daß sowohl beim Schwefeldioxid als auch beim Stickstoffoxid-Ausstoß eine „Stagnation" eingetreten sei. Wenn die Bundesregierung sich nicht so konsequent für

▲ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Lebensqualität

PETER GILLIES

Reine Luft zu atmen, in klarem Wasser baden zu können, lärmfrei zu wohnen – die umweltpolitische Herausforderung hat die Größenordnung einer industriellen Revolution wie Dampfmaschine oder Mikrochip. Lebensstandard, im doppelten Sinne, ist weit mehr als die tumbe Vermehrung von Gütern. Wenn die Bundesregierung ihren Immissionsschutzbericht vorlegt, wird zweierlei deutlich: die Verschmutzung ist noch viel zu hoch, aber sie steigt nicht mehr; zweitens mag diese bürgerliche Regierung den blauen Himmel über Irgendwo nicht erfunden haben, aber sie tut endlich etwas und läßt es nicht bei der Freude über das wunderschöne Wort bewenden.

Die Liebhaber des schönen Schwarzwaldes – und welcher Deutsche wäre das nicht – müssen wissen, daß mehr als die Hälfte der Schademissionen aus der Burgundischen Pforte herüberweht. Auch der Bayerische Wald ist schwerlich zu sanieren, wenn man die unbekümmerte Verschmutzung aus der CSSR ignorierte. Umweltpolitik für den deutschen Wald führt über den Auspuff des Autos, gewiß, aber auch über Paris, Prag oder Ost-Berlin, stellt letztlich eine Weltinnenpolitik dar.

Den marktwirtschaftlichen Systemen hat man oft vorgeworfen, sie seien zwar in der Produktionssteigerung unschlagbar, aber es bleibe eine vergiftete Menschheit auf der Strecke. Abgesehen davon, daß Planwirtschaften weder fähig waren noch sind, Wohlstand mit Freiheit zu kombinieren (ihr Umgang mit der Natur kann nur rüde genannt werden), bietet die marktwirtschaftliche Organisation die überlegene Problemlösung. Gerade in ihr ist der technische Wettlauf um die sauberste Produktion am effektivsten – man muß diesem Wettbewerb nur die passenden Spielregeln überstülpen.

Beim Abgas-Katalysator oder bei der Verordnung für Großfeuerungsanlagen macht die Bundesrepublik die ersten Schritte auf einem langen Weg. Der Staat gibt den Rahmen schrittweise vor, nicht aber die technische Lösung. Durch Ge- und Verbote sowie wirtschaftliche Anreize stellt er sicher, daß „sich umweltfreundliches Verhalten auch auszahlen muß," wie es in der Regierungserklärung Kohls hieß.

Diese Vorgabe ist ehrgeizig. Sie greift tief in das Wirtschaftsleben ein, wird Arbeitsplätze überflüssig machen, aber auch neue schaffen. Die Vision einer Bio-Idylle stellt dagegen keine Realpolitik dar, mag sie auch grüner als grün ausschauen. Moderne Umweltpolitik mit Augenmaß hat heute das Doppelziel vor Augen: blühende Wirtschaft in einem blühenden Land.

IG Metall: „Massenhaft Warnstreiks" am Freitag

Druck auf Teilnehmer des Spitzengesprächs in Frankfurt

DW. Bonn

Das für Freitag angekündigte Spitzengespräch zwischen dem Vorstand der IG Metall und der Führung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall soll nach den Vorstellungen der Gewerkschaft von der bislang größten Warnstreikaktion dieser Tarifrunde begleitet werden. Die Große Tarifkommission der IG Metall für Baden-Württemberg forderte gestern in Stuttgart alle Beschäftigten der Metallindustrie im Südwesten zu „massenhaften Warnstreiks" auf. Zugleich kündigte das Gremium an, daß „die kampfweise Durchsetzung der Forderungen der IG Metall unausweichlich ist", sollten die Unternehmer im Laufe dieses Gesprächs – es wird in Frankfurt geführt – nicht zu einer Verhandlungslösung bereit sein.

Die Metallarbeitgeber werden der IG Metall nach Ansicht des BMW-Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Kuenheim bei dem Frankfurter Gespräch über die 35-Stunden-Woche entgegenkommen. „Wir müssen versuchen, der Gewerkschaft, die sich im Moment in einer schwierigen Situation befindet, die Hand zu geben", zitierte die Nachrichtenagentur Reuter den BMW-Chef, der vor dem Münchener Presseclub sprach. Auf Arbeitgeberseite sei dazu „Bewegungsfähigkeit vorhanden". Von Kuenheim lehnte jedoch die 35-Stunden-Woche ebenso wie andere schematische Arbeitszeitverkürzungen ab und plädierte stattdessen für differenzierte Lösungen. Er begründete die Notwendigkeit eines Entgegenkommens gegenüber der IG Metall damit, daß die Arbeitgeber auch in Zukunft eine Gewerkschaft mit Autorität brauchten. Wenn es dagegen zu einem Streik komme, seien anschließend erhebliche interne Auseinandersetzungen in der IG Metall zu befürchten. Daran könnten die Arbeitgeber nicht interessiert sein.

Heftige Kritik an dem Vorruhestandsmodell der Bundesregierung übt die Belegschaft der Volkswagenwerk AG in Wolfsburg. Auf einer Betriebsversammlung erklärte der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Manfred Pusch, dadurch sei den konzerninternen Regelungen für einen vorzeitigen Ruhestand „mit einem Schlag die Grundlage entzogen worden". Nach den Worten Puschs sind im Rahmen der VW-Betriebsvereinbarungen zur 59er-, 58er- und 57er-Regelung seit 1974 rund 18 500 Werksangehörige auf freiwilliger Basis vorzeitig ausgeschieden. Dies sei jetzt nicht mehr möglich.

Die Delegiertenversammlung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger unterstützte gestern die Bemühungen des Bundesverbandes Druck, in den Verhandlungen mit der IG Druck und Papier einen tragbaren Gesamtkompromiß zu erreichen. Falls die IG Druck den Versuch unternehmen sollte, nach dem Scheitern der Schlichtungsverhandlungen „ihre völlig überzogenen Forderungen mit Hilfe von Streiks durchzusetzen, hält die Delegiertenversammlung Abwehrmaßnahmen für unverzichtbar". Sie würden vom BDZV unterstützt. Dies schließe auch den Einsatz des Solidaritätsfonds ein.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Disziplin für Titos Erben

Von Carl Gustaf Ströhm

ALs die Amerikaner den jugoslawischen Kommunisten, die gerade ihren Bruch mit Stalin vollzogen hatten, anfangs der fünfziger Jahre gewisse Bedingungen für Wirtschafts- und Lebensmittelhilfe auferlegen wollten, erklärte Titos damaliger Unterhändler Svetozar Vukmanovic-Tempo in Washington selbstbewußt: „Wir werden lieber Gras und Laub fressen, als das zu akzeptieren".

Damals waren in Jugoslawien jene Partisanen an der Macht, die sich tatsächlich im Krieg von „Gras und Laub" oder vergleichbarem ernährt hatten. Heute könnte keine jugoslawische Regierung es wagen, von der Bevölkerung oder auch nur den Parteimitgliedern ähnliches zu verlangen. Daher hat die Belgrader Führung akzeptiert, was Vukmanovic verweigerte: harte ausländische Bedingungen, die an eine Fortsetzung der westlichen Kreditgewährung geknüpft sind.

Auf Verlangen des Internationalen Währungsfonds muß Jugoslawien den Dinar um 18 bis 20 Prozent abwerten. Es muß seine Zinssätze an die Inflationsrate angleichen und zum 1. Mai den bisher geltenden Preisstop aufheben. Der Währungsfonds und mit ihm die ausländischen Gläubiger werden genau kontrollieren, wie man diese Bedingungen einhält.

Das alles hat indirekt sogar verfassungsrechtliche Konsequenzen: es stärkt die Belgrader Zentralregierung und die jugoslawische Nationalbank gegenüber den Teilrepubliken. Vor allem wird es dazu beitragen, mit einer Praxis aufzuräumen, die von Aleksandar Grlickov, einem der gescheitesten Köpfe in der jugoslawischen Parteiführung, mit den Worten beschrieben wurde: „Wir sprechen laut über die Notwendigkeit, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wirksam werden zu lassen – aber mit der gleichen Intensität treffen wir Maßnahmen administrativen Zwanges, administrativer Regulierung der Beziehungen. Das paßt nicht zusammen!"

Das Laibacher Parteiblatt „Delo" – Sprachrohr der wirtschaftlich relativ erfolgreichen Slowenen – hat die Bedeutung des Abkommens in einer Schlagzeile auf die wohl kürzeste und treffendste Formel gebracht: „Der Vertrag mit dem Währungsfonds lehrt uns Ordnung und größere Arbeitsdisziplin."

Zurück zu den Müttern

Von Enno v. Loewenstern

Otto, sagt Petra, habe sie oft verdrängt. Petras Stil, sagt Otto, sei beklagenswert; er lasse sich keinen Maulkorb umbinden. Petra und Otto, sagt Roland, seien zwei berstende Egos. Aber auch bei den anderen Grünen, meint Joschka, sei der Berstschutz nicht überentwickelt. Die jetzige Riege, sagt Milan, müsse weg. Milan, sagt Dirk, habe eine Killermentalität.

Zurück zu den Müttern also. Deren etliche wurden zur neuen grünen Fraktionsspitze bzw. -geschäftsführung bestimmt. Nur gemeinsame Mutterschaft, sagt Antje, garantiere eine solidarische Zusammenarbeit. Die neue Partei, wenn es denn eine ist, ist allemal für einen neuen Gag gut. Und Gags, oder auch: wie man sich in den Medien in Szene setzt – das ist für die selbstlosen Basisdemokraten das wichtigste. Die Männermedien, sagt Marie-Luise, gäben allemal den Männern der Führungsspitze den Vorzug. Ätsch, nun gibt es keine Männer mehr an derselben. Was nun, Männermedien?

Als erstes werden sie respektvoll zur Kenntnis nehmen, daß die Antietablierten alle Debattentricks so gut beherrschen wie die Etablierten, oder besser. Was sich in der umweltfreundlichen Fraktion abspielte, lief besser als in jedem Chicagoer Hinterzimmer voller Aldermen ab; allenfalls Münchner Jungsozialisten können (konnten) es so gut.

Da läßt man die Leute stundenlang streiten, ob die alte Fraktionsführung bestätigt werden soll. Und dann, nachdem das Thema in der bewährt liebevollen Grünen-Manier gründlich auf und ab und ausdiskutiert worden ist (siehe oben), erklärt plötzlich ein Mitglied besagter Führung namens Frau Beck-Oberndorf, es wolle gar nicht wieder kandidieren, man solle stattdessen eine Frauenliste wählen. Denn Frau Beck-Oberndorf fühlt sich auch von den Kollegen Petra Kelly und Otto Schily medial an die Wand mediatisiert.

Womit die Wiederwahl-Idee torpediert war und die Spitze wegrotiert werden konnte. Ein Glück für die Grünen, daß sie dies Lustspiel erst nach den süddeutschen Wahlen aufgeführt haben? Kaum. So, wie die Befindlichkeit des Wählerpotentials dieser merkwürdigen Unterhaltungsbewegung beschaffen ist, hätte sie darob kaum ein Stimmchen verloren. Das braucht noch gute Weile.

Ins Herz der Feinde

Von Manfred Neuber

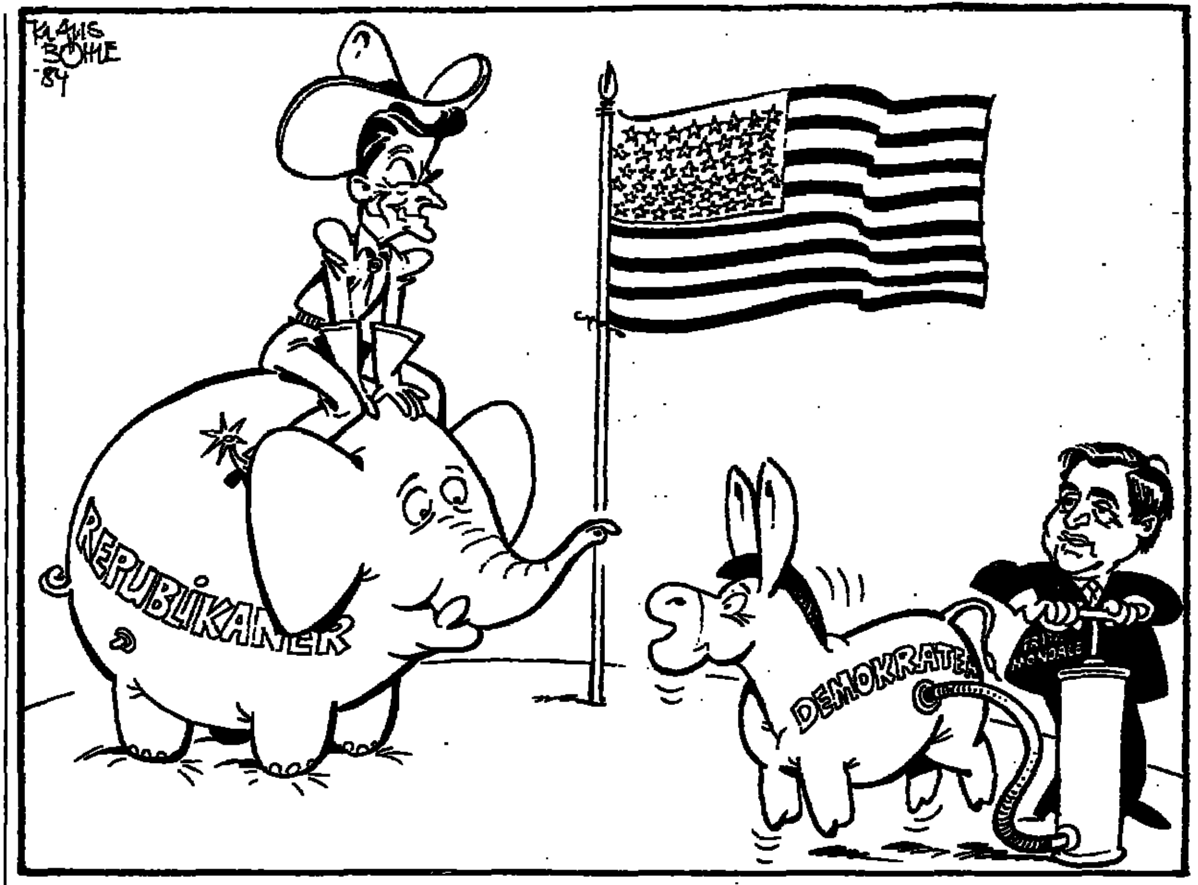
Die feindlichen Brüder in Nord- und Südkorea versuchen den Anschein zu erwecken, als ob ihre geteilte Nation am olympischen Geist genesen könnte. Der neueste Einfall ist, eine gemeinsame Mannschaft für die Olympiade in Los Angeles zu bilden. Oder wenigstens davon zu reden.

Solche propagandistisch motivierten Vorschläge sind nicht neu. Diesmal war Pjöngjang schneller, und Seoul mußte den Ball auffangen. Es konterte mit der Anregung, darüber Gespräche am nächsten Montag in Panmunjom zu beginnen.

Falls eine Zusammenkunft beider Seiten überhaupt zustande kommt, dürfte ein negativer Ausgang unvermeidlich sein. Nicht nur verhalten sich die beiden Systeme in Korea zueinander wie Feuer und Wasser; es ist dort auch im praktischen Alltag keine Rede von „Sicherheitspartnerschaft" und ähnlichen Aufwallungen. Vielmehr bemüht Nordkorea sich höchst aktiv und nach Kräften, Südkorea mit immer neuen Überraschungsaktionen auszuhebeln. Wie sollte da eine Gemeinsamkeit im Sport möglich sein, der von den Kommunisten ja grundsätzlich als Mittel zur Glorifizierung ihrer Gesellschaftsordnung mißbraucht wird?

Die jähe Anbiederung Pjöngjangs ist nichts weiter als ein Versuch, aus der durch internationale Terrorakte (Attentat in Birma auf Südkoreas führende Politiker beim Staatsbesuch) verschuldeten Isolierung herauszukommen und auf den Sportwagen zu springen, der mit den Asiatischen Spielen 1986 und den Olympischen Spielen 1988 in Seoul in Richtung der Südkoreaner rollt.

Zur Tischtennis-Weltmeisterschaft in Pjöngjang ließ der Norden die Landsleute aus dem Süden (und die Israelis) nicht einreisen. Dafür spielten jetzt die Chinesen, auch ohne diplomatische Beziehungen, mit Südkorea um den Davis-Cup im Tennis. Solange Kidnapping und Gehirnwäsche keine olympischen Disziplinen werden, wirken Kim Il Sungs Kämpfer hier ohnehin deplaciert. Wie rühmte doch der Kleinkaliber-Schütze Kim Ho Jun seinen Olympiasieg 1972: „Ich befolgte die Lehre des Großen Geliebten Führers, stets in die Mitte des Herzens der Feinde zu zielen."



„Bald bin ich so groß wie du!" ZEICHNUNG KLAUS BÖHLE

Halbzeit in New York

Von Thomas Kielinger

Die Demokratische Partei der USA, mehr ein politisches Smörgasbord als eine Schule der Disziplin, hat die Halbzeit der Vorwahlsaison erreicht. Die Konturen werden schärfer, wenn auch nicht eindrucksvoller. Nach der Entscheidung von New York am Dienstag dieser Woche liegt Walter Mondale im Rennen um die Gunst des Fußvolkes sicherer denn je vorn. Es ist erstaunlich, wie sich der Kompromißkandidat so vieler Interessengruppen, der nach seinem frühen Straucheln in den Neuengland-Staaten von manchen schon ausgezählt geglaubte Mondale, in den letzten Wochen hat erholen können.

Gary Hart mag dem Suchbild einer Generation entsprechen, die keine Parteifiguren von gestern sehen will und mit dem Radar ihrer Unrast den Horizont nach „Neuem" abtastet. Aber zwischen einem Homunculus und einem Politiker aus Fleisch und Blut ist eben ein großer Unterschied; Hart kann das Image der Retortenfigur offenbar nicht abschütteln, während Walter Mondale die Wärme – wenn auch nicht das Charisma – ausstrahlt, die, wenn alle Stricke reißen, immer noch ein Bindeglied zwischen dem Kandidaten und dem Wahlvolk zu stiften vermag.

Aber die feinen Unterschiede im Appeal dieser beiden Männer verblassen vor dem Phänomen Jesse Jackson. Wenn ein farbiger Kandidat zum erstenmal in der Geschichte überhaupt in die Präsidentenwahlschlacht geht und in New York 25 Prozent der Stimmen holen kann – wo der Anteil der Farbigen bei den registrierten Demokraten nur 20 Prozent ausmacht –, dann zeigt das nicht nur einen neuen staatsbürgerlichen Enthusiasmus der farbigen Minderheit an. Es läßt auch eine Desillusion breiterer Parteivolkskreise mit den ihnen angebotenen Spitzenkandidaten vermuten.

Im Vergleich zu Hart und Mondale wirkt Jackson wie sein eigener Mann. Natürlich ist er seiner Hautfarbe wie keinem anderen Erkennungsmerkmal seiner Kampagne verpflichtet, dennoch erscheint er weder so modisch wie Hart noch so interessenhörig wie Mondale. Es kam ihm sogar zugute, daß er sich in der einzigen außenpolitischen Frage distanziert verhielt, die in New York von Belang war, der Frage der Verlegung der amerikanischen Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem. Dabei ist gerade in New York der jüdische Wähleranteil sehr einflußreich; überdies weiß man, daß Jackson, wie viele militante Negerführer, mit Israel und den Juden nicht viel im Sinn hat – es hat im Wahlkampf keine geringe Rolle gespielt, daß er den antisemitischen Schimpfnamen „Hymie" gebraucht hat, und er hat sich nachhaltig dafür entschuldigen müssen.

Dennoch vermerkte man es in Kreisen der jüdischen Wählerschaft übel, daß Mondale und Hart ihre Stellungnahmen zum Thema Botschaft regelrecht verauktionierten und in falscher Einschätzung vermeintlicher jüdischer Wünsche sich darin überboten, ihr jeweiliges Mäntelchen nach dem Jerusalemer Wind hängten. Die offiziellen jüdischen Organisationen haben sich zu dieser Frage übrigens auch sehr zurückgehalten.

Schlimmer noch wirkt auf die Öffentlichkeit Amerikas und des Auslands, wie Hart und Mondale sich gegenseitig zu übertrumpfen trachten, wer am schnellsten und am weitesten von den Verpflichtungen amerikanischer Präsenz in der Welt zurückweichen würde. Selten sind der Sowjetunion so viele Angebote unterbreitet worden, wo überall sie Vorstöße riskieren kann, wenn nur einer dieser beiden Heiligen der letzten Tage Präsident würde. Natürlich stößt Jesse Jackson ins gleiche Horn. Aber er gibt wenigstens nicht vor, globale Strategie zu beherrschen. Er möchte einen Teil des Pentagon sofort einmotten, um den Sozialstaat aufzustocken. Seine Kontrahenten spielen mit dem militärischen Rückzug, wollen aber gleichzeitig die Verteidigungsausgaben steigern – man fragt sich, wofür eigentlich.



Der Profi, vor dem Kunstprodukt führend: Mondale FOTO: AP

Ronald Reagan kann an diesem Schauspiel nur Gefallen haben. Was immer er über seine Gegner sagen könnte, sie sagen es einander viel bösartiger. Er hält sein Pulver umso besser trocken, als bei der Freizügigkeit der Parteitagsregeln der Demokraten noch lange nicht feststeht, wer letztendlich als sein Herausforderer im Herbst antreten wird. Lange galt als Axiom, daß ein jugendlicher Hart mit seinen 47 Jahren für den Präsidenten der gefährlichere Gegner sein müsse. Aber die Wähler, die Gary Hart am stärksten zulaufen, die „yuppies" (young urban professionals) genannten Aufsteiger aus den wohlsituierten Randzonen der Großstädte, sind genau das Publikum, das auch Ronald Reagan 1980 zu beträchtlichen Teilen auf seine Seite ziehen konnte. Eine anhaltende Konjunktur wird ihn weiterhin in diesen Schichten gut aussehen lassen. Ohnehin sprechen wir bisher nur vom Vorwahlkampf der Demokraten – die Republikaner sind in ihren Wahlinstinkten bisher noch gar nicht gefragt gewesen.

Was auch die Lücken und Schwächen der Politik Reagans sein mögen, gegenüber der opportunistischen Hohlheit seines Herausforderers (wer immer er sei) werden sie kaum nachteilig hervortreten. Und was Jackson betrifft: wohl ist er der einzige „echt" wirkende der drei Gegenkandidaten, wohl besitzt er Magnetismus und Mobilisierungstalent. Aber er besitzt auch ein begnadetes Polarisierungstalent. Natürlich kann sich bis zum November immer noch vieles ändern. Nach dem heutigen Stand der Dinge aber müßte man sagen, wüßte man nicht, daß Reagan ein hellwacher Wahlkämpfer ist: daß er ruhig schlafen kann.

IM GESPRÄCH Julius Nyerere

Der Lehrer lernte nichts

Von Monika Germani

Präsident Julius Nyerere, der „Mwalimu" (Lehrer) von Tansania deutete an, er werde sich 1985 nicht zur Wiederwahl stellen. Sollte das wirklich so kommen, würde er einem sehr exklusiven afrikanischen Club beitreten, dem bisher nur drei weitere Staatsmänner angehören, die freiwillig die Macht aus den Händen gegeben haben: Präsident Leopold Sedar Senghor von Senegal, der von der Unabhängigkeit 1960 bis 1982 regierte und heute in Frankreich lebt, ferner Kameruns Amadou Ahidjo. Dazu kommt General Obasanjo, Nigerias Militärdiktator von 1976–79, der einer demokratisch gewählten Regierung freiwillig den Platz anbot.

Nyerere, 1922 geboren und von englischen Missionaren erzogen, ist eine der schillerndsten Figuren im afrikanischen Reigen. Mit seiner sozialistischen Staatsführung trieb er die landwirtschaftlich blühende ehemalige britische Kolonie Tanganjika, die 1961 unabhängig wurde, in den wirtschaftlichen Ruin. Ein Land, in dem einst unabhängige schwarze Bauern Lebensmittel für das ganze Land und den Export produzierten, wurde durch Nyereres „Ujamaa"-Landwirtschaftsreform zum Armenhaus und ist heute einer der höchstdotierten Entwicklungshilfeempfänger der Dritten Welt. „Wir sind arm. Und wir bleiben arm, weil wir arm sind – und weil die Reichen reich sind", sagte Nyerere einst über Tansania. Die langfristigen Verschuldungen betragen inzwischen rund 5,5 Milliarden Mark, nicht zu reden von der Entwicklungshilfe, vor allem aus der Bundesrepublik, die in dieses Faß ohne Boden geschüttet wurde.

Doch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben Nyerere nicht davon abgehalten, außenpolitisch aktiv zu sein. Als einer der führenden „Frontstaaten"-Präsidenten unterstützte er bis 1975 die kommunistische Frelimo des heutigen Präsidenten von Moçambique, Samora Machel. Er ließ dessen Guerrilleros in tansanischen Lagern ausbilden, ebenso wie die Kampftruppen von Mugabes Zanu, Nujomas Swapo und dem südafrikanischen ANC.

Nyerere gewährte Ugandas Milton Obote jahrelang Asyl, als dieser von Idi Amin gestürzt wurde, und half mit tansanischen Truppen, Amin im April 1979 zu vertreiben. Eine Geste, die Tansania gut eine Milliarde Mark



Sein Land in den Ruin geführt: Nyerere FOTO: JUPP DARCHINGER

gekostet hat; die Verhältnisse in Uganda haben sich beklagenswert wenig gebessert. Eine direkte Beteiligung am Putsch in Kenia, um Präsident Daniel Arap Moi im August 1982 zu stürzen, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Die Führer des gescheiterten Coups setzten sich zwar nach Tansania ab, wurden jedoch später an Kenia ausgeliefert. Die Beziehungen zum „kapitalistischen" Nachbarn Kenia haben sich im letzten Jahr wieder gebessert: Die Grenze zwischen beiden Ländern ist wieder geöffnet worden, die Wirtschaftsbeziehungen, hauptsächlich zum Vorteil Tansanias, wieder aufgenommen worden. Nachdem die „Ostafrikanische Gemeinschaft" (Tansania, Kenia, Uganda) 1977 zusammengebrochen war, waren die Beziehungen auf den Nullpunkt gesunken. Dafür fordert die Gewürzinsel Sansibar, die 1964 angeschlossen worden war, inzwischen eine größere Unabhängigkeit vom Mutterland. Das veranlaßte Nyerere, neue Truppen auf die Insel zu senden.

Mit einer Wirtschaft in Scherben und einer aufmüpfigen Insel im Rükken hat Nyerere nun mit seiner Rückkehr ins Privatleben gedroht. Doch in Daressalam glaubt man, er werde als „Altpräsident" und Führer seiner „Revolutionspartei" weiterhin aus dem Hintergrund die Zügel in der Hand behalten wollen. Das Prestige dieses Mannes ist so groß, wie das nur bei einem besonders Erfolgreichen oder einem besonders großen Versager der Fall zu sein pflegt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER ZEITUNG

Das Blatt kritisiert die Drucker-Gewerkschaft:

Ausgerechnet die kleine IG Druck scheint sich in diesem Tarifkampf als Speerspitze der Gewerkschaftsbewegung zu verstehen. Entschlossen steuert die Führung der Druckerorganisation offensichtlich auf einen Streik zu, nachdem die Schlichtung im Streit über die 35-Stunden-Woche und eine neue Lohnstruktur gescheitert ist. Während sich die IG Metall Zeit läßt und daher auch einem Spitzengespräch mit den Arbeitgebern zugestimmt hat, kann es den Drukkern wohl nicht schnell genug gehen. Dabei läuft die Stuttgarter Gewerkschaftsführung ein hohes Risiko.

DONAU-KURIER

Zur Tarifrunde bemerkt die Ingolstädter Zeitung:

Die Einschätzung von Kennern der Gewerkschaftsszenerie, daß nämlich die seit Jahren schon sich als linke Speerspitze verstehende Führung der IG Druck und Papier die Lokomotivfunktion übernehmen werde, um den Durchbruch zur 35-Stunden-Woche mit dem Mittel des Streiks zu erzwingen, scheint sich zu bestätigen ... Die Mitglieder der IG Druck und Papier sollten sich die Frage stellen, ob sie wirklich ganz andere Gewerkschaftler und Arbeitnehmer sind als beispielsweise Bauarbeiter und völlig andere Interessen haben.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung macht sich Hoffnungen zum Staatsstreich in Guinea:

Selbst wenn die UdSSR seit mehreren Jahren als Folge der politischen Öffnung Sekou Tourés zum Westen ihren Einfluß verloren hat, ist sie doch nicht ganz aus Guinea verschwunden. Das gilt für die Wirtschaft durch die Ausbeutung einer Bauxit-Mine, aber auch für das Militär, wo sie mit rund hundert Beratern vertreten ist. Die neuen Herren von Conakry wollen jedoch „mit dem Kollektivismus Schluß machen". Das ist ein bedeutender Punkt, der, wenn er sich bestätigen sollte, dem Militärputsch von Conakry eine ganz andere Etikette gibt als den bisherigen Staatsstreichen, beispielsweise des Hauptmanns Sankara in Obervolta oder des Hauptmanns Rawlings in Ghana.

Nach dem Schuldprinzip das Verschuldungsprinzip

Wie auch Wohlhabende zur Scheidung auf Staatskosten kommen / Von Joachim Neander

Daß man durch eine Ehescheidung nach neuem Recht arm werden kann, hat sich herumgesprochen. Weniger bekannt ist, daß die neuen prozeßrechtlichen Bestimmungen ungewollt den Anreiz geschaffen haben, sich für eine geplante Ehescheidung künstlich und für eine begrenzte Zeit „arm zu machen". Arm wird dadurch auf die Dauer auch ein Unbeteiligter – der Steuerzahler.

Ein Zahlenbeispiel: Im 1. Halbjahr 1983 (so weit reicht bis jetzt die entsprechende Statistik) wurden vor den Amtsgerichten des Landes Rheinland-Pfalz 4507 Ehen rechtskräftig geschieden, davon nicht weniger als 3574 (oder fast 80 Prozent) mit staatlicher Prozeßkostenhilfe, also nach dem früheren Armenrecht. Sind plötzlich 80 Prozent der Bevölkerung arm? Oder lassen sich nur noch die Armen scheiden?

In etwa 15 Prozent der Fälle entschieden die Gerichte allerdings, daß der aus der Staatskasse erhaltene Prozeßkostenvorschuß (in der Hauptsache Anwaltsgebühren) später in Raten zurückgezahlt werden muß. Aber wie weit dies tatsächlich auch getan wird, darüber gibt es keinen Überblick.

Rheinland-Pfalz ist nur ein Beispiel. Die Entwicklung verläuft in den anderen Bundesländern ähnlich. In Bonn wird still und leise bereits an einer Nachbesserung der geltenden Bestimmungen gebastelt. In Rheinland-Pfalz, um noch einmal dies Beispiel zu nehmen, stiegen die Ausgaben für Prozeßkostenhilfe seit 1974 auf das Vierfache.

Mehrere Gründe kommen bei dieser Entwicklung zusammen.

Da ist einmal der Wegfall des Verschuldensprinzips im neuen Scheidungsrecht. Früher bürdete man in der Regel dem Prozeßverlierer, also dem an der Scheidung Schuldigen, auch den Hauptteil der Kosten auf. Da es ohne „Schuld" keinen Verlierer mehr geben kann, werden die Prozeßkosten nach Paragraph 93 a der Zivilprozeßordnung gegeneinander aufgehoben. Das heißt: jeder bezahlt die Hälfte der Gerichtskosten und seine eigenen Anwaltsgebühren.

Zum zweiten brauchte man früher für die Bewilligung des sogenannten Armenrechts ein vom Sozialamt unterschriebenes Attest über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse. Wie fragwürdig dies auch immer gewesen sein mag – die heute nur noch erforderliche Selbsterklärung (deren Unrichtigkeit das Gericht nachweisen muß) scheint den Mißbrauch zu begünstigen. Die sowieso überforderten Gerichte sehen sich manchmal nicht in der Lage, die Angaben zu überprüfen.

Drittens schließlich ist mit der Einführung der sogenannten Prozeßkostenhilfe anstelle des durch den Namen angeblich „diskriminierenden" Armenrechts 1981 auch die Nachzahlungspflicht fortgefallen. Das heißt: Wer zur Zeit des Prozesses Anspruch auf staatliche Prozeßkostenhilfe hatte, braucht sie auch dann nicht zurückzuzahlen, wenn er später in viel besseren Verhältnissen lebt.

All dies legt dem schlauen Bürger nahe, sich den Zeitpunkt für den Scheidungsprozeß sorgfältig auszusuchen – dann, wenn vielleicht die Ehefrau gerade mal nicht berufstätig ist, wenn die Schulden hoch sind, wenn der Mann zeitweise kurzarbeitet.

Hinzu kommt eine interessante Entwicklung, auf die den Mainzer Justizminister Professor Heribert Bickel (CDU) bemerkenswerterweise gerade erfahrene Scheidungsanwälte zuerst hingewiesen haben. Mehr und mehr bilden speziell in den jungen Ehen die gemeinsam gemachten Schulden den eigentlichen Hintergrund für die Zerrüttung der Ehen. Bickel: „Mangel schafft Konflikte, und dann ist der Gedanke an die Scheidung nicht mehr weit."

Der Unterschied zu früher besteht darin, daß es den Eheleuten durch das neue Scheidungsrecht relativ leicht gemacht wird, vor den gemeinsam verursachten Schulden und Konflikten einfach davonzulaufen, zumal da die Schulden die Sache auch noch – scheinbar – verbilligen.

Bickel nennt ein Beispiel: „Da hat man gemeinsam ein Haus gebaut. Der geschätzte Verkehrswert beträgt, sagen wir, 180 000 Mark. Die Schulden – wenn man vielleicht noch den neu gekauften Wagen dazuzählt – sind aber 160 000 oder gar 170 000 Mark hoch. Wenn dann kein großes Einkommen vorhanden ist, liegt man trotz Hausbesitz schon in der Reichweite der Prozeßkostenhilfe. Aber nach der Scheidung wird das Haus verkauft und bringt vielleicht 300 000 Mark. Trotzdem kommt niemand und verlangt die gezahlte Prozeßkostenhilfe zurück."

Wenigstens dies müsse in Zukunft anders werden, meint der Minister. Die Nachzahlungspflicht (vor deren Wegfall übrigens Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland schon damals gewarnt hatte) werde doch manchen davor abschrecken, sofort Prozeßkostenhilfe zu beantragen. Daß dadurch die Scheidungsbereitschaft allgemein gebremst werden könnte, bezweifelt er freilich, und nicht nur er.

Das Spiel mit den Ellbogen blieb dem Kanzler fremd

Er war ein erfolgreicher Ministerpräsident und ein weniger erfolgreicher Kanzler. Morgen wird er 80: Kurt Georg Kiesinger.

Von GEORG SCHRÖDER

Helmut Schmidt 65, Willy Brandt 70 und nun Kurt Georg Kiesinger am Freitag 80 – drei Altbundeskanzler, drei höchst verschiedene Politiker und Charaktere. Der Schwabe ist gewiß kein „elder statesman" und auch bewußt nicht in diese Rolle geschlüpft.

Den Ehrenvorsitzenden der CDU mit dem Recht, an allen Sitzungen ihrer Führungsgremien teilzunehmen, sieht man nicht mehr in Bonn, seit er 1980 auch darauf verzichtete, dem Bundestag anzugehören. Er ist, soweit man das feststellen kann, auch nicht der verschwiegene Ratgeber im Hintergrund.

Nein, Kurt Georg Kiesinger genießt die Muße in seinem Haus in Tübingen, von dem aus man einen weiten Blick in sein schwäbisches Heimatland hat. Er arbeitet an seinen Erinnerungen und läßt sich viel Zeit dabei.

Helmut Kohl wird das Geburtstagskind am Freitag mit einem Empfang im Konrad-Adenauer-Haus feiern. Wen wird er loben – den Kanzler der Großen Koalition? Doch wohl kaum. In die Geschichte wird der Schwabe eingehen als der erste und vielleicht auch letzte Bundeskanzler einer Koalition, die den Weg öffnete für eine 13jährige Herrschaft der Sozialdemokraten in Bonn.

Nun ist sicher, daß der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht in der ersten Reihe jener CDU- und CSU-Politiker stand, die Erhard stürzten, die FDP aus der Regierung verbannen wollten und deshalb die Große Koalition ansteuerten.

„Ich schätze Kiesinger. In Baden-Württemberg ist er sehr beliebt." Konrad Adenauer war es, der dies schon im Frühsommer 1966 sagte, als er in einem vertraulichen Gespräch mir ganz deutlich machen wollte, die Zeit zur Ablösung Erhards sei gekommen.

Vier Namen wurden in jener Stunde diskutiert, die Namen derselben Männer, die dann im November 1966 vom Parteivorstand der Christlichen Demokraten der Bundestagsfraktion zur Abstimmung über den Kanzlerkandidaten vorgeschlagen wurden: Gerstenmaier, Kiesinger, Schröder und Barzel. Kiesinger machte damals das Rennen, weil die CSU zur Verblüffung Barzels geschlossen ihre Stimmen Kiesinger gab.

In den drei Jahren der Großen Koalition zeigte sich sehr schnell, daß dies kein „eiserner Kanzler" war, auch nicht der Mann, der sich in der CDU gegen die widerstrebenden Kräfte bei der doch schon von Adenauer eingeleiteten Suche nach einem entspannteren Verhältnis zur Sowjetunion durchsetzen konnte.

Aber wen konnte das eigentlich überraschen, der sich daran erinnerte, daß Konrad Adenauer schon in den fünfziger Jahren Kiesinger einmal zugerufen hatte: „Sie haben eine viel zu dünne Haut! Sie müssen sich ein dickeres Fell anschaffen!" Nein, Kiesinger hatte nicht die Ellbogen, ohne die man in der Politik, wenn es hart auf hart geht, nicht durchstehen kann.

Kiesingers totale Verblüffung nach der Bundestagswahl vom September 1969 darüber, plötzlich ohne jeden Koalitionspartner dazustehen und sich und die CDU/CSU in die Opposition gedrängt zu sehen, ist unvergessen. Aber stand denn Kiesinger damals mit seiner Fehlspekulation auf den Gewinn der absoluten Mehrheit allein? War er nicht mit seiner Politik in Wirklichkeit nur der Ausdruck einer Erstarrung und einer Hybris, welche die CDU nach 20 Jahren der Regierung ins Abseits geführt hatten?

Man würde dem Politiker Kiesinger unrecht tun, wenn man es bei der Schilderung des Bundeskanzlers der Großen Koalition beließe. Der hochgewachsene Schwabe mit dem Silberhaar, mit dem fotogenen Gesicht und der milden Stimme war der beste Redner, den die CDU vorzeigen konnte. „König Silberzunge", wie man ihn schon in den fünfziger Jahren mit sanfter Ironie, hinter der doch in Wirklichkeit Anerkennung steckte, im Bundestag nannte, war kein Schönredner.

Er argumentierte, verfocht bei den schweren außenpolitischen Auseinandersetzungen mit Überzeugungskraft und Verve Adenauers Linie, die auch die seine war. Dabei diffamierte er nie den Gegner, suchte schon sehr früh, so mit Fritz Erler, eine gemeinsame Linie in der Außenpolitik, was dem einen wie dem anderen damals bei seinen Parteioberen schlecht bekam.

1954 bis 1958 war Kiesinger Vorsitzender des Außenausschusses des Bundestages. Wäre es nach Adenauer gegangen, dann wäre er bis an das Ende seiner Tage dort festgenagelt worden. Aber konnte man es Kiesinger verübeln, daß er, ein Rechtsanwalt, dem die Politik keine Zeit ließ, eine Praxis aufzubauen, an seine Zukunft und an die seiner Familie denken mußte?

Vielleicht ist es ein Jammer, daß Kiesinger nicht Außenminister in einer CDU-Regierung geworden ist. Der Außenpolitik, dem Streben nach einer Einigung Europas gehörte sein ganzes Herz. Als er 1958, gerufen von seiner Heimat, Bonn verließ und Ministerpräsident in Stuttgart wurde, fragte ich ihn einmal, was denn wäre, wenn das Außenministerium für ihn frei würde. Seine Antwort: „Ich würde zu Fuß nach Bonn zurückgehen." Aber da niemand rief, blieb er acht Jahre Ministerpräsident in Baden-Württemberg, ein sehr erfolgreicher Ministerpräsident im übrigen.

Wahrscheinlich waren dies die glücklichsten Jahre im Leben des Kurt Georg Kiesinger. Dort war er Landesvater, der seine CDU zu ungeahnten Wahlerfolgen im Südweststaat führte, der kulturpolitisches Neuland erschloß, die Universität Konstanz stiftete, die deutsch-französischen kulturellen Beziehungen namens des Bundes förderte.

Der junge Mann aus Ebingen in Württemberg begann als lyrischer Dichter im „Stuttgarter Tageblatt". Aber schließlich, welcher Jüngling hat nicht gedichtet? Von Kiesinger gibt es, wie zuverlässig erzählt wird, einen Gedichtband „Wallfahrt zu Gott". Vier Jahre später hat der Bundestagsabgeordnete Kiesinger in Bonn einmal davon gesprochen und schmunzelnd hinzugefügt, damals habe er einen romantischen Weltbeglückungsdrang gehabt.

Der alte Mann, zurückgekehrt in die schwäbische Heimat, schreibt nun schon seit Jahren an seinen Memoiren. Er hat viel zu berichten über die schwere Zeit, in der es galt, die Bundesrepublik aus dem Nichts aufzubauen, und er weiß zu erzählen. Ein Stück gepflegten Literatentums ist Kiesinger allezeit geblieben. So dürfen wir uns darauf freuen, eines nicht mehr fernen Tages seine Erinnerungen lesen zu können.



Muße und Memoiren: Kurt Georg Kiesinger mit seiner Frau Marie Luise
FOTO: SVEN SIMON

„Sie werden hier alles kurz und klein schlagen"

Generalstreik in Lothringen, Solidaritäts-Proteste in ganz Frankreich gegen den „Stahlplan" der Regierung. In Lothringen gefährdet dieser Plan nicht nur die Existenz vieler Stahlarbeiter. Zu spät wurde die drohende Misere erkannt, und nun herrscht Aufruhr.

Von A. GRAF KAGENECK

Pfarrer Jean-Marie Hann aus Manom bei Thionville durfte um Punkt 12 Uhr die Sturmglocke seiner 600 Jahre alten Kirche läuten. Sein Bischof, Monsignore Paul-Joseph Schmidt von Metz, hatte am Vortag ausdrücklich die Genehmigung dazu erteilt, „falls der Bürgermeister des Ortes dies verlange". Und die Bürgermeisterin Gräfin Sylvie de Selancy, zugleich Präsidentin der Bürgermeister-Vereinigung des Kantons Thionville, hatte dies für alle 103 Gemeinden des Kantons angeordnet.

Denn Lothringen ist in Trauer, Lothringen ist in Aufruhr. Mindestens 20 000 Menschen verlieren in den nächsten 12 Monaten ihren Arbeitsplatz, weil die Pariser Regierung in einem „Stahlplan" die Schließung von sieben Stahlwerken, darunter einige der modernsten Walzstraßen Europas, beschlossen hat. Besser gesagt: beschließen mußte, weil ihr angesichts der Stahlmisere in Europa und in der westlichen Welt überhaupt keine andere Lösung blieb.

Aber das den Menschen hier in Lothringen klarzumachen, ist unmöglich. Sie hören nicht darauf, sie wollen nichts davon hören, denn es geht um ihre Existenzgrundlage. „Wenn Mitterrand uns nicht hört, werden wir ihn auch nicht mehr hören", antworteten bis zum äußersten erzürnte Stahlarbeier am Mittwochmorgen in Metz ihren Gewerkschafts-Bossen, die sich anschickten, Lautsprecher zur Direktübertragung der Pressekonferenz des Staatschefs entlang des Demonstrationszuges anzubringen. Dann am Nachmittag zogen Hunderttausende von Lothringern in die Regions-Hauptstadt Metz, um für ihr Recht auf Arbeit zu demonstrieren. Hunderttausende, die durchaus nicht alle Stahlarbeiter waren.

Mitterrand enttäuschte die Hoffnung vieler

Bürgermeisterin Sylvie de Selancy: „Die Menschen sind verzweifelt. Alles lebt hier seit fünf Generationen vom Stahl. Der Bauer, der Handwerker, der Maler, die Reinigungsbetriebe, die Fuhrunternehmen, die Elektrizitätswirtschaft, alles hängt von den rauchenden Schloten in Neuves-Maisons, Longwy, Gandange, Rombas, Thionville ab. Und wenn die Schlote nicht mehr rauchen, dann gehen auch überall anderswo die Feuer aus. Die Menschen haben hier geglaubt, was Mitterrand ihnen sagte, als er nach seiner Wahl zum Präsidenten nach Lothringen kam und versprach, daß nicht ein einziger Arbeitsplatz aufgegeben werde unter seiner Regierung. Nur drei Jahre später stellt sich alles als Lüge heraus. Ich fürchte das Schlimmste für Lothringen und für Frankreich. Nicht, daß Mitterrand alle Wahlen verlieren wird. Es wird zu Gewalttaten kommen, die Leute sind rasend vor Wut, und auch unsere Bürgermeisterschärpen im Umzug werden sie nicht davon abhalten, alles kurz und klein zu schlagen."

Die Bürgermeisterin weiß, von was sie spricht. 1979, bei der letzten großen Stahlkrise in Lothringen, hatte sie Präsident Giscard vorausgesagt, daß er die Wahl 1981 in Lothringen verlieren werde, und behielt recht.

Mit den Gewalttaten hatte es schon am letzten Donnerstag begonnen, dem Tag, an dem Mitterrand aus Amerika zurückkehrte und im Ministerrat den Stahlplan verkündete. Sie sind nach einem wilden Auflodern am letzten Wochenende nie ganz zur Ruhe gekommen. Noch am Dienstag wurde ein Parteibüro der Sozialistischen Partei in Metz von einem Rollkommando zerstört, obwohl der Vorstand geschlossen aus Protest gegen den Stahlplan zurückgetreten war.

Auf dem Bahnhof von Hagondange kippten Demonstranten Eisenrückstände auf die Schienen. Bei Nancy ließen sie einen Güterzug entgleisen. Überall lodern Feuer von Straßensperren aus brennenden Autoreifen. Am Mittwoch gab es laut Gendarmerie-Bericht deren 58 im Departement Meurthe-et-Moselle, 45 im benachbarten Departement Moselle.

Autobahnen und Gleise waren blockiert

In Metz, Nancy und Thionville waren die Präfekturen, Steuerbüros und Polizei-Kommissariate schon in der Nacht von Kompanien von Mobilgarden und kasernierter Polizei umstellt worden. Kein Zug kam mehr durch, die Autobahnen waren gesperrt, sämtliche Betriebe geschlossen – ein Generalstreik, auf der ganzen Linie befolgt.

Und dann dies: Ein Rollkommando stürmte die leerstehende Villa des einstigen Industrie-Magnaten Guy de Wendel in Joeuf im Moseltal und verbrannte sämtliche Möbel im Park als symbolhafte Bestrafung für erlittenes Unrecht. Dabei sind die Wendels, einst reicher als die Krupps in Deutschland, schon längst enteignet und nicht mehr verantwortlich für den Niedergang des von ihnen gegründeten Stahlreviers.

Die Stahlarbeiter in Lothringen sind nicht allein in ihrem Kampf. Die Kirche steht auf ihrer Seite, auch die Oppositions-Parteien, die ein bißchen Kapital zu schlagen versuchen aus der Misere, aber kaum Hoffnung haben, gehört zu werden. Denn mitverantwortlich sind sie alle, niemand hat rechtzeitig vorhergesehen, daß es zu Ende ging mit der industriellen Struktur des 19. Jahrhunderts und dringend Ersatzindustrien zu errichten waren, Kleinbetriebe, computergelenkt und jederzeit reaktionsfähig auf Marktveränderungen.

In der Zeit bis dahin hätte man, so meinen Kritiker heute, große Bauobjekte angreifen können, den Ausbau des Autobahnnetzes etwa oder die Kanalisierung der Mosel. Aber nichts dergleichen geschah. Da hört man noch am ehesten auf die Kommunisten, deren Chef Marchais die Schließung der Grenzen und die wirtschaftliche Autarkie eines sozialistischen Europa fordert. So utopisch das klingt – es ist wie ein Strohhalm, an den der Ertrinkende sich klammert.

In der Bettenburg regt sich Unmut über „die in Düsseldorf"

Die CDU-Opposition in Düsseldorf will von einem Untersuchungsausschuß Planungsmängel und Gründe für die Kostenexplosion beim Klinikum Aachen feststellen lassen. Die mindestens 2,3 Milliarden Mark für das „Mekka der Medizin" sind den Kritikern entschieden zu viel.

Von WILM HERLYN

Ein Centre Pompidou – Sinnbild neuer (und gelungener) Architektur – ist es nicht, dieses Klinikum Aachen. Es wird verglichen mit Walzstahlwerken und Hydrieranlagen, als Moloch und Monster bezeichnet. Aber dieser Betonklotz, der gehalten wird durch ein Gewürm von roten, gelben und silberfarbenen Röhren, Gestängen und Laufgittern, ist manchem Architekten Ausdruck für „Funktionalität", heißt, was eine Funktion hat, soll so sichtbar gemacht werden, wie es ist, und nicht verdeckt.

In der Tat mag der Anblick der Bettenburg mit ihren bläulich-gedämpften Fenstern den einen oder anderen Betrachter erfreuen – den Lehrenden und Lernenden, vor allem aber den Kranken wird's kaum interessieren. Die wollen heilen in einer der 32 Operations-Einheiten oder gesund werden in einem der 1536 Betten.

Wer mühsam einen Parkplatz gefunden – es wurden mit 2000 Stellflächen viel zuwenig geplant – und den Beton/Glas/Stahl-Schock überstanden hat, den erwartet eine grün-gelbe Orgie in der zentralen Eingangshalle, unterbrochen durch blaue autobahnähnliche Hinweisschilder.

Szene vor der Informations-Leitstelle: „Ich heiße Michael Jaspers", sagt der etwa Zwölfjährige neben mir, „hinten mit 's'. Meine Mutter ist weg. Die lag immer auf B 3. Zimmer soundsoviel." Die Empfangsdame sucht in ihrem Glas/Aluminium-Käfig nach Computerlisten und Telefon-Nummern. Nach mehreren Gesprächen wird die Mutter gefunden. Da kommen beklemmende Visionen auf: Mit Blinddarm eingeliefert, in die falsche Station eingewiesen, mit neuem Herzen aus der Narkose erwacht.

Der Eindruck sei falsch, sagt Bernd Thomas. Er ist der Direktor der „Medizinischen Einrichtungen der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen", und man gibt ihm nach längerem Gespräch recht. Nicht nur, weil Frau Jaspers gefunden wurde. Auch die eigenen Augen gewöhnen sich an das Grün und Gelb, das keine Ecke des Klinikums ausläßt, im Hörsaal wie im Kindergarten, in den 60 Labors wie in der Bibliothek oder in den Patientenzimmern. Doch dort wundert sich der Besucher über die Toilettentüren, die unten und oben zu kurz geraten sind.

„Da wurden bei der Bestellung Millimeter mit Zentimeter verwechselt", erklärt Thomas verlegen. Staatssekretär Winter im Ministerium für Landesentwicklung, das sozusagen Bauherr ist, aber habe den Einbau der 900 Türen verlangt – ohne Rücksicht auf Gerüchte und Geräusche. Vielleicht deshalb, weil die Beamten dieses Düsseldorfer Ministeriums mit Minister Christoph Zöpel an der Spitze bislang einen Riesenbogen um „ihr" Haus machten. Zöpel weigerte sich schlichtweg, bis auf dem Aachener Parteitag seiner SPD am Wochenende ruchbar wurde, daß sein Fehlen aufgefallen ist.

Da ohnehin der Wissenschaftsausschuß das Milliarden-Projekt besichtigen wollte, nutzte er nun am Dienstag die Gelegenheit und gab – unwirsch, mürrisch und von den Mitarbeitern bedrängt – dem Klinikum die Ehre. Denn, so stellte Thomas fest, es leiden seine 900 Krankenschwestern, 400 Bediensteten im Reinigungswesen, 600 Ärzte (davon ¾ in der Ausbildung) 220 Techniker – insgesamt 3200 Beschäftigte – vor allem darunter, daß die Politiker ihr inzwischen ungeliebtes Kind allein lassen: „Die in Düsseldorf kümmern sich nicht um uns, und das Ergebnis davon ist eine totale Lethargie meiner Mitarbeiter."

Thomas ist Bauingenieur – studiert hat der 42jährige in Aachen und danach Talsperren in Österreich gebaut. Er weiß, daß nach heutigen Erkenntnissen nie wieder so gebaut werden wird – auch wenn die Forderung nach kurzen Wegen hervorragend gelöst ist. Ohne Verzug kommen die Patienten in den OP oder ins Labor.

Das Gerät ist auf dem neuesten Stand – vom Computer bis zum fahrbaren Röntgenapparat. Das Teuerste ist gerade gut genug für das „Mekka der Medizin" (Ministerpräsident Johannes Rau). Jede Kante ist mit Gummiwülsten versehen, damit vorbeigeschobene Patientenbetten nichts zerstören. Diese Betten sind Sonderkonstruktionen, mit allen erdenklichen Funktionen ausgestattet – 3800 Mark teuer. „Aber wir haben sie mit Mengenrabatt für 1780 Mark bekommen", erklärt Thomas.

Oder Strahler und Leuchten – auch vom feinsten deutschen Hersteller. Das wählte nicht die Universität aus, wie die anderen Einrichtungsgegenstände – „denn Lampen sind bauseits". Und der Preis für alles, was bauseits ist, bestimmt die Höhe des Honorars für den Bauträger. Der ist die Neue Heimat Städtebau, die – so Thomas – „auch nicht ungern gesehen hat, daß wir wegen einer veränderten DIN-Norm sogenannte Kontaktfenster nachträglich einbauen mußten". Es sind Fenster in Innenräumen, die Durchblick ermöglichen sollen, es aber nicht tun, weil sie mit Jalousetten verschlossen sind. Eine unsinnige Geldausgabe in Millionenhöhe – wie ein anderes Hauptübel des Klinikums: Die Fenster sind nicht zu öffnen. Jetzt werden – mit Millionenaufwand – neue eingesetzt, die man nun einen Spalt öffnen kann.

Keinen Streit wird es über die Höhe der Betriebskosten geben: etwa 300 Millionen Mark pro Jahr. Streit allenfalls darüber, wie die Summe aufzubringen ist. Und keinen Streit wird es darüber geben, daß dieses Klinikum ein Zentrum der Spitzenmedizin sein wird.

Doch zu welchem Preis? 1961 ging das Kultusministerium noch von 50 Millionen Mark aus, bei Baubeginn waren es 600 Millionen Mark plus Preisindex und heute – obwohl der Bau noch nicht abgeschlossen ist, sind mindestens 2,3 Milliarden Mark errechnet.

Die oppositionelle CDU will nun aufdecken, daß die SPD-Regierung versuche, von gravierenden Fehlleistungen bei Planung, Bau und Kontrolle abzulenken. Und die hat bereits der Bundesrechnungshof festgestellt.

„Hochschul-Landschaft muß flexibler werden“

WELT-Gespräch mit Bildungsministerin Dorothee Wilms

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms will über die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vor allem die Situation des akademischen Nachwuchses verbessern. Dazu gehört auch die gesetzliche Einführung von Zeitverträgen für wissenschaftliche Mitarbeiter. Denn, so sagte die Ministerin in einem WELT-Gespräch, die „Hoffnung auf Flexibilität der Gewerkschaften“ in den Tarifverhandlungen werde sich für diesen Bereich wohl „nicht erfüllen“.

Generell sei für sie ein „Hauptpunkt der HRG-Novellierung, wie wir dem Nachwuchs so viele Chancen geben können, daß er in Deutschland bleibt und nicht ins Ausland abwandern muß“. Dazu gehöre neben dem Element der Zeitverträge in den „durch die Explosion der 70er Jahre totel verstopften und personell vollgelaufenen Universitäten“ auch die Prüfung, wie man die Assistenten besser stellen und ob man möglicherweise Privatdozenten wieder einführen könne.

Es sei richtig, daß viele besonders gute Hochschul-Absolventen heute nicht mehr bereit seien, sich nach der Promotion zu habilitieren. Im Gegenteil: Selbst die Bereitschaft zur Promotion nehme ab. Denn viele überlegten sich, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, wenn sie nach dem Examen einen guten Job von der Industrie angeboten bekämen.

Sie wüßten schließlich nicht, ob sie am Ende ihrer wissenschaftlichen Ausbildung überhaupt noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt hätten. Bei ihr sei z.B. gerade ein 38jähriger gewesen, der sich soeben habilitiert habe, keine Anstellung finde, kein Geld habe und eine Familie mit drei Kindern ernähren müsse.

Die „Hochschul-Landschaft“ der Bundesrepublik Deutschland müsse wieder flexibler werden. Dazu gehöre auch die Umsetzung des politischen Anliegens, Begabte und Hochbegabte angemessen zu fördern. Dies heiße nicht, sagte Frau Wilms, zurückzukehren zur Ordinarien-Universität, denn „so glorreich war die auch nicht“. Aber sie habe bereits kurz nach ihrem Amtsantritt öffentlich ein Bekenntnis zur Leistungs-Elite abgelegt – weshalb sie die sehr viel später vom FDP-Vorsitzenden Genscher aufgenommene Diskussion um diesen Begriff „mit einem gewissen Amüsement beobachte“.

Das novellierte Hochschulrahmengesetz solle Eckpunkte setzen, innerhalb derer die Länder den Hochschulen „Freiheiten“ geben könnten und die Universitäten und Fachhochschulen sich ihre Reputation erwerben könnten. Sie wolle versuchen, den Wettbewerb unter den Hochschulen zu fördern, wozu auch eine Stärkung des Drittmittel-Bereichs gehören werde. Sie appellierte an die Länder, dann aber auch ihren Hochschulen so viel Spielraum zu geben, wie sie könnten.

Frau Wilms kündigte an, daß es in der kommenden Woche ein Spitzengespräch mit der Wirtschaft geben werde, um nach Möglichkeiten zu suchen, auch in diesem Jahr des starken Andrangs nach Lehrstellen Herr zu werden. Nach ihren Vorstellungen gehöre dazu, z.B. den Ausbildungs-Verbund mehrerer Firmen zu fördern und die Länder ebenfalls zur Verstärkung ihre regionalen Aktivitäten aufzufordern.

Beispielsweise könnte dies Zuwendungen der Länder an auszubildende Betriebe in strukturschwachen Gebieten bedeuten. Eines ihrer „großen Ziele“ sei es, das duale Ausbildungssystem „in die 90er Jahre hinüberzuretten“.

Die Ministerin forderte zugleich die Gewerkschaften auf, sich nicht in einen Widerspruch zu verwickeln, nämlich einerseits eine betriebliche Ausbildung für alle Bewerber anzumahnen und hinterher eine Kampagne zu starten, wenn dann nicht für alle Absolventen auch gleich Arbeitsplätze zur Verfügung stünden.

Berliner FDP sucht nach neuen Wegen zum Ausgleich

Partei stellte ihr deutschlandpolitisches Papier vor

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Berliner FDP hat gestern unter dem Titel „Wege zum Ausgleich“ ein deutschlandpolitisches Papier vorgestellt, daß nach Worten des Berliner FDP-Landesvorsitzenden Walter Rasch eine „menschliche Verklammerung beider deutscher Staaten mit Hilfe institutioneller Verklammerung“ anstrebt.

Die Vorschläge der Berliner Liberalen, die unabhängig von den deutschlandpolitischen Zielen der Bonner Parteizentrale erarbeitet wurden, gehen in allen Punkten vom Zweistaaten-Prinzip aus. Betont wird aber, man habe dennoch die als wichtigstes Ziel beabsichtigte Überwindung der Teilung nicht aus den Augen verloren. In dem Konzept der FDP heißt es dazu wörtlich: „Anstelle der heute nicht erreichbaren staatlichen Einheit“ werde als politisches Ziel „die Wiederannäherung, die Wiedervereinigung der Menschen im geteilten Deutschland bei gesichertem Fortbestand der beiden deutschen Staaten“ als Wunschvorstellung angesehen.

Das deutschlandpolitische Konzept der Berliner FDP sieht weiter „ständige Konsultationen beider deutscher Regierungen“, die „mindestens einmal jährlich“ und „auf höchster Ebene“ stattfinden sollten, vor. Vorrangige Themen sollten dabei neben den innerdeutschen Beziehungen Probleme der Außen- und Sicherheitspolitik sein. Weiterhin strebt die FDP einen „Ausbau der Parteien- und Parlamentskontakte auf allen Ebenen“ an. In diese Kontakte sollten auch der Bundestag und die Volkskammer der „DDR“ einbezogen werden, „ungeachtet ihrer unterschiedlichen Legitimationsgrundlagen und Aufgabenstellungen.“

Erwogen werden von den Berliner Liberalen auch ein „langfristiges Wirtschaftsabkommen“ sowie die Gründung einer von beiden Staaten getragenen „Mitteleuropäischen Bank“. Diese könnte, so der FDP-Abgeordnete Wolfgang Fabig, nicht nur den gesamten kommerziellen Zahlungsverkehr beider deutscher Staaten abwickeln, sondern auch der „DDR“ den Zugang zum freien Kapitalmarkt erleichtern. Sitz einer solchen Bank sollte Berlin sein – mit einer Filiale in der „DDR“, meint die FDP.

Einen verstärkten Ost-West-Reiseverkehr will die FDP schließlich mit einem „Vertrag über den visafreien Reiseverkehr“ erreichen. Endziel sei hier „ein Reiseverkehr, bei dem jeder Deutsche mit dem Personalausweis die innerdeutsche Grenze passieren kann“.

Niederlage für die grünen Realpolitiker

STEFAN HEYDECK, Bonn

Jetzt wollen die Grünen im Bundestag so richtig anfangen, Politik zu machen. Mehr: Sie wollen sich – wieder einmal – den anderen Parteien als nachahmenswertes Modell präsentieren. Mit diesem großen Anspruch, alles besser zu machen, ist die neue Fraktionsspitze gestern angetreten. Ihre demonstrativ gezeigtes Selbstbewußtsein begründen die sechs Mitglieder schlicht und einfach mit ihrem Geschlecht: Alle sind Frauen.

Mit der Wahl einer ausschließlich weiblichen Fraktionsführung haben die Grünen einmal mehr vorgeführt, daß sie immer noch für zumindest schlagzeilenträchtige Überraschungen gut sind. Dazu war es am Dienstag auf einer über neunstündigen Sitzung gekommen. Sie war so gelungen, daß selbst Strategen der Grünen, die sonst hinter den Kulissen die Drähte ziehen, zunächst verblüfft waren.

Denn nach Vorplanungen wollten hauptsächlich Realpolitiker durchsetzen, daß ungeachtet der von der Partei verordneten Rotation nach einem Jahr die bisherigen Sprecher Otto Schily, Petra Kelly und Marieluise Beck-Oberdorf auf ihren Posten bestätigt werden sollten. Auch der parlamentarische Geschäftsführer Joseph („Joschka“) Fischer, der im Vorfeld zwar öffentlich seinen Verzicht auf diesen Posten annonciert hatte, stand für eine Wiederwahl genauso wie Schily in den Startlöchern.

Doch ihnen machten zur allgemeinen Verblüffung Marieluise Beck-Oberdorf und der „Weiberrat“, so die Abgeordnete Waltraud Schoppe, einen Strich durch die Rechnung. Dabei lief die vorher zweimal verschobene Wahl und Debatte über die Führungsgruppe der in stundenlangen Diskussionen über sich selbst erprobten Vor- und Nachrücker den ganzen Nachmittag über praktisch wunsch- und programmgemäß. Hatte doch gleich zu Beginn Pressesprecher und Nachrücker Heinz Suhr beantragt, die Fraktionsspitze für ein weiteres Jahr zu bestätigen. Denn einerseits würden die drei Sprecher die vorhandenen Flügel und Arbeitsbereiche repräsentieren und andererseits sei eine einjährige Amtszeit zur Profilierung zu kurz. Genauso nach Plan entwickelte sich dann auch prompt die Auseinandersetzung über die Sprecher, deren Führungsqualitäten und Arbeitsstil. Da forderte der Abgeordnete Milan Horacek kurz und bündig: „Die jetzige Riege muß weg.“ Dem widersprach Gabriele Gottwald mit der Forderung nach einem „generellen Verbot der Neuwahl“.

Jeder gegen jeden

Da kritisierte sein Kollege Dirk Schneider von der Berliner Alternativen Liste, daß die Fraktion „entpolisiert“ und zu wenig Grundsatzfragen beraten worden seien, warf aber gleichzeitig Horacek eine „Killermentalität“ vor. Und da betonte Antje Vollmer in ihrer taktisch geschickten Abrechnung insbesondere mit Petra Kelly zu den Sturz-Forderungen, daß sie sich an dieser „Art von Jakobinertum“ nicht beteiligen wolle.

Im Stil jeder gegen jeden hielt Willi Hoss den Sprechern vor, sie gingen ihre eigenen Wege. Petra Kelly und Marieluise Beck-Oberdorf, die schon vorher eine Kampfabstimmung abgelehnt hatten, warfen ihrem Kollegen Schily vor, sich zum dominierenden Pol entwickelt und zu viele Alleingänge. Frau Beck-Oberdorf, ihr Strickzeug vor sich auf dem Tisch, beklagte, mit der „Symbolfigur Petra“ Probleme gehabt zu haben genauso wie die Schwierigkeiten, „den Laden hier zusammenzuzimmern“. Petra Kelly wiederum erzählte mit einem Anflug von Selbstmitleid von ihrer Überarbeitung aufgrund ihrer internationalen Verpflichtungen und hielt „Otto“ vor, sie oft in die Ecke gedrückt zu haben. Schily, gerade zum Krawattenmann des Jahres ernannt, wies „Petras Stil“ zurück, verteidigte seine Forderung vom „Juniorpartner der SPD“ gegen jegliche Kritik, um dann mit erhobenen Zeigefinger eine Neuwahl unter dem Gesichtspunkt des Rotationssystems für „falsch“ zu bezeichnen.

Trotz dieses stundenlangen Hick-Hacks waren die Strategen zufrieden. So meinte einer am frühen Abend, es liefe doch prima. Und Fischer meinte angesichts der ständigen Wiederholungen: „Nun laßt uns doch mal Schluß machen. Ich glaube, die Mehrheit blickt nicht durch.“

Das konnte sie auch bis zu dem Moment nicht, wo Marieluise Beck-Oberdorf ihren Verzicht erklärt und damit das so schön geplante Modell einer Bestätigung des Sprecherrats platzen ließ. Das war der goße Augenblick der Frauen der Fraktion: Wie das Kaninchen aus dem Hut zogen sie eine Liste mit ausschließlich weiblichen Kandidaten vor. Die hatten sie am Morgen hinter verschlossenen Türen ausgekungelt. Vor allem den männlichen Gegnern hielten sie entgegen, die Grünen sollten ein „Signal“ setzen. Sie wollten sich für einen „neuen Teamgeist“ stark machen, um zu mehr Kooperation und Kollegialität zu kommen.

„Keine Roßkur“

Schließlich schafften es Waltraud Schoppe und die parteilose Antje Vollmer, die über eine offene Liste ins Parlament gekommen war, sowie die Nachrückerin Annemarie Borgmann mit jeweils mehr als 60 Prozent Ja-Stimmen die Fraktionsspitze zu übernehmen. Und auch in der parlamentarischen Geschäftsführung stehen jetzt drei Frauen „ihren Mann“: Die Abgeordneten Christa Nickels und Erika Hickel sowie Nachrückerin Heidemarie Dann.

Nach ihrem Vorbild, so erklärten sie gestern vor Journalisten, sollten sich nun auch andere „Frauen vermehrt in die Politik einmischen“. Zu einer „Frauenpartei“ wollen sie die Grünen jedoch nicht entwickeln. Antje Vollmer: „Wir verordnen keine Roßkur oder eine Bewährung oder ein Probejahr für die Männer.“ Allerdings hatte noch vor der Wahl Hubert Kleinert orakelt: „Das größte Problem im Hinblick auf die Zukunft der Grünen sind wir selber.“

RAF-Fahndung: Von Seckendorff im Mittelpunkt

W. K. Bonn

Der frühere Assistenzarzt in der Hamburger Untersuchungshaftanstalt, Ekkehard Freiherr von Seckendorff-Gudent, ist in den Mittelpunkt einer neuen Öffentlichkeitsfahndung der Terroristenabwehr gerückt. Wie die Bundesanwaltschaft gestern bekanntgab, besteht nach Aussagen von Zeugen des kürzlichen Banküberfalles in Würzburg der Verdacht, daß Seckendorff an Vorbereitung und Ausführung des Raubes beteiligt war. Nach Erkenntnissen der Sonderkommission des bayerischen Landeskriminalamtes kommt als Tätergruppe die terroristische „Rote Armee Fraktion“ (RAF) in Frage (WELT v. 3. 4. 84). Zwischen dem Würzburger Bankraub und früheren Überfällen auf Geldinstitute vor allem in Bochum 1982 bestehe ein enger Bezug. Der seit langem als mutmaßliches RAF-Mitglied steckbrieflich gesuchte Arzt war angeblich einer der Bewacher des 1977 ermordeten BDI-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer. Der Adlige soll zu dem sechs bis acht Personen zählenden RAF-Kern gehören. Im Gegensatz etwa zu Christian Klar habe es Seckendorff jedoch verstanden, seine Spuren in den letzten Jahren so zu verwischen, so daß Sicherheitsbehörden schon vermuteten, der 43-jährige habe sich vom RAF-Kommando abgesetzt.

Moskau behindert Berlin-Flüge

dpa, Berlin

Belästigungen von Passagierflugzeugen der drei westlichen Schutzmächte von und nach Berlin haben nach Informationen aus Kreisen der Westalliierten in Berlin in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Piloten berichteten, es habe in den drei Luftkorridoren nach Berlin in der letzten Zeit häufiger als bisher gefährliche Annäherungen sowjetischer Militärflugzeuge gegeben.

Nach einem Bericht der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“, haben die drei westlichen Regierungen die sowjetischen Botschafter in ihren Hauptstädten zu sich gerufen und gegen die Vorgänge in den Luftkorridoren protestiert. Alliierte Vertreter bestätigten inoffiziell diese Angaben. Ein Senatssprecher erklärte gestern, der Senat habe sofort mit den alliierten Schutzmächten Kontakt aufgenommen.

Dollinger: Bundesbahn ist noch nicht über den Berg

Minister lobt aber günstigen Abschluß des Vorstandes

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

„Trotz des günstigen Abschlusses, den der Vorstand vorgelegt hat, sind wir mit der Bundesbahn noch nicht über den Berg.“ Vor der heutigen Bahn-Debatte im Bundestag meinte Verkehrsminister Werner Dollinger in einem Gespräch mit der WELT, daß auch manche Politiker einem solchen Irrtum unterlägen. Vielmehr müsse die Wirtschaftlichkeit des Bundesunternehmens weiter verbessert werden.

Gleichzeitig begrüßte Dollinger nachdrücklich die gestrige Entscheidung des Bahn-Vorstandes, dem Verwaltungsrat im Sommer Vorschläge über den Kauf der neuen Drehstrom-Lokomotive E-120 vorzulegen, die sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr eingesetzt werden kann. Für Dollinger geht diese Frage weit über die Bundesbahn hinaus. Wenn in diesem Wirtschaftszweig, der unter Auftragsmangel leidet, Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, dann müsse die Bahn diese moderne Technik kaufen, weil sonst auch der Export kaum laufen dürfte. Der Minister hatte Anfang der Woche den Bahn-Vorstand noch einmal von den Vorzügen der Maschine zu überzeugen versucht.

Kostengünstige Lok

Dabei spielt für ihn aber auch eine Rolle, daß die neue Lokomotive kostengünstiger als die alte fährt und somit einen Beitrag dazu leisten kann, daß die ehrgeizigen Ziele realisiert werden können, die die Bundesregierung in den bahnpolitischen Leitlinien gesetzt hat. Danach soll die Produktivität der Bahn bis 1990 um 40 Prozent steigen, sollen die Personalkosten um 30 und die Gesamtkosten um 25 Prozent real gesenkt werden.

Im vergangenen Jahr habe die Bahn ihren Fehlbetrag um 400 Millionen auf 3,75 Milliarden Mark drücken können. Dazu hätten aber auch Sonderentwicklungen wie die Null-Runde bei den Löhnen beigetragen, die sich nicht automatisch wiederholen würden. Immerhin schlage eine Lohn- und Gehaltserhöhung um ein Prozent bei der Bahn mit 150 Millionen Mark durch.

Vor der Sommerpause solle noch festgeklopft werden, in welcher Höhe sich der Bund an den Investitionen der Bahn beteiligen wird, die bis 1990 rund 40 Milliarden Mark – allein 1984 sind es 5,1 Milliarden – betragen sollen.

Keine volle Übernahme

Eine volle Übernahme der Kosten für die Neubaustrecken Hannover-Würzburg und Stuttgart-Mannheim, in die noch 14 Milliarden Mark investiert werden müssen, hält Dollinger nicht für möglich. Die Bahn, die 1983 ihre Verschuldung auf 35,6 Milliarden Mark konstant halten konnte, werde in den nächsten Jahren neue Kredite aufnehmen müssen. Allerdings würden die Neubaustrecken das Betriebsergebnis der Bahn um rund 500 Millionen Mark jährlich verbessern.

Bei den Bundesstraßen – für sie werden 1984 sechs Milliarden Mark ausgegeben – werde der Unterhalt immer mehr zum Problem, der bereits zwei Milliarden Mark verschlingt. Dies gehe zu Lasten des Ausbaus des Netzes, wie er vom Bundestag beschlossen wurde. Dollinger strebt eine Aufstockung der Straßenbau-Mittel auf 6,2 Milliarden Mark an. Immerhin sei der Verkehrshaushalt seit 1978 bei rund 25 Milliarden Mark eingefroren, wodurch die Investitionen real um 30 Prozent gesunken seien.

Für Anfang der neunziger Jahre werde bereits mit einem Ersatzbedarf von rund drei Milliarden gerechnet. Ein ähnliches Problem gebe es bei der Bundesbahn. Hier müßten allein 11 000 Brücken unterhalten werden, die älter als 80 Jahre sind.

Förderstufe muß durch Gesetz geregelt werden

Hessischer Staatsgerichtshof entschied gegen Regierung

JOACHIM NEANDER, Wiesbaden

Der Hessische Staatsgerichtshof, das Verfassungsgericht des Landes, hat der von der SPD geführten Landesregierung im Bereich des Schulwesens abermals eine Verletzung von Grundrechten vorgehalten. Nach dem aufsehenerregenden Urteil über die reformierte gymnasiale Oberstufe von 1981 ging es diesmal um die obligatorische Förderstufe im 5. und 6. Schuljahr.

Die bereits im Schulverwaltungsgesetz von 1969 vorgesehene allmähliche Einführung der Förderstufe für alle hessischen Schüler sei zwar grundsätzlich nicht verfassungswidrig, heißt es in dem nach längerer Beratung gestern in Wiesbaden verkündeten Urteil. Die durch Artikel 55 der hessischen Verfassung garantierte Wahlfreiheit der Eltern zwischen den verschiedenen Arten der weiterführenden Schule sei durch die Förderstufe nicht beseitigt, sondern nur um zwei Jahre verschoben. Hier stimmt das Gericht mit seinem eigenen Urteil von 1972 überein.

Eine Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Elternrechts auf Erziehung sieht das Gericht jedoch im konkreten Fall des Schwalm-Eder-Kreises (Eltern von hier hatten die Klage erhoben) darin, daß die durch Rechtsverordnung von 1981 im ganzen Kreis zur Pflicht gemachte Förderstufe in keinem Gesetz näher definiert ist. Der Gesetzgeber sei aufgerufen, die „wesentlichen Entscheidungen in diesem bereich selbst zu treffen und nicht der Schulverwaltung zu überlassen“.

Insoweit hat das Urteil des Staatsgerichtshofs zunächst keine direkten Auswirkungen auf die Schulwirklichkeit in Hessen. Auch die obligatorische Förderstufe im Schwalm-Eder-Kreis darf nach dem Urteilstext zunächst weiterbestehen, bis der Landtag das vom Urteil geforderte Gesetz über die Inhalte der Förderstufe verabschiedet hat.

Die eigentliche Bedeutung des Urteils liegt nach Ansicht von Fachleuten jedoch im letzten Teil der Begründung. Dort stehen grundsätzliche Ausführungen, die ein künftiges Förderstufengesetz wichtigen Kriterien unterwerfen.

„Die Förderstufe soll Bindeglied zwischen der Grundschule und den weiterführenden Schulen sein“, heißt es. Sie müsse „auf unterschiedlichen Leistungsebenen die Schüler in allen Fächern so fördern, daß sie den Anforderungen der weiterführenden Schulen gewachsen sind“. Es müsse ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kern- und Kursunterricht festgelegt werden. Auch bei der Ersteinstufung in die Kurse sowie bei den Umstufungen mußten die in der Landesverfassung verankerten Mitwirkungsrechte der Eltern gewahrt bleiben.

Aus der Forderung, daß auch die leistungsstärkeren Schüler in der Förderstufe so gefördert werden müssen, daß sie „ohne Zeitverlust“ den Anschluß ans Gymnasium finden, folgt nach Expertenansicht, daß der Förderstufenunterricht in den Kursfächern mindestens dreifach differenziert (entsprechend den Schularten Haupt- und Realschule sowie Gymnasium) erteilt werden muß.

In der Praxis hatte sich in der vergangenen Jahren an vielen Orten bereits ein lediglich nach zwei Kursen differenzierter Unterricht durchgesetzt. SPD und Grüne hatten im Rahmen ihrer Bündnisverhandlungen sogar eine völlige Abschaffung der Kursdifferenzierung in der Förderstufe ins Auge gefaßt. Diese Pläne sind nach allgemeiner Ansicht jetzt Makulatur.

Indirekte Auswirkungen wird das Urteil auch auf jene Städte und Kreise haben, in denen die Förderstufe noch nicht obligatorisch ist (z. B. Frankfurt und Wiesbaden). Die jetzt vorgeschriebene Dreier-Differenzierung ist teurer als ein undifferenzierter Einheitsunterricht.

Erneut Prozeß gegen „Solidarität“

AFP, Kattowitz

Die in Polen unter Anklage stehende Aktivistin der vom Regime verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ Anna Walentynowicz und ihre beiden Mitangeklagten haben gestern bei Eröffnung ihres Prozesses die Verschiebung des Verfahrens beantragt. Die krebskranke Angeklagte gab an, wegen ihres geschwächten Gesundheitszustandes den gerichtlichen Debatten nicht folgen zu können.

Die Angeklagten stehen unter dem Vorwurf der „Organisierung einer illegalen Kundgebung mit dem Ziel, Unruhe zu stiften“. Sie hatten versucht, zur Erinnerung an die von der Miliz erschossenen Arbeiter des Bergwerks von Wujek im Dezember 1981, eine Gedenkplakette anzubringen. Den Angeklagten drohen Gefängnisstrafen zwischen drei und acht Jahren.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Eine Eiszeit nach dem Antrag auf Ausreise

Von B. LÜHNEMANN

Der evangelische Theologe Bernd Lühnemann (Name geändert, d. Redaktion) schildert im Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) die Umstände seiner Ausreise aus der „DDR":

Bleibe im Lande und wehre dich täglich." Diese Anlehnung an Psalm 37,3 ist für viele Christen und andere Bürger in der „DDR" Lebensgrundsatz. Viel Kraft und Vertrauen auf eine menschlichere Zukunft werden täglich am Arbeitsplatz und in der Freizeit begraben.

So scheitert der Optimismus vieler Jugendlicher bald am harten System der Parteilichkeit, der Dogmatik und Ideologie. Jede freiere Lebensweise, Lebensanschauung oder Denkweise stößt sofort auf ideologische Grenzen. Man fühlt sich abgestoßen, die eigenen guten Absichten sind vergeblich. Eingliederung und Konformität sind der Weg zum Erfolg.

Christsein heißt in dieser Situation: immer nach neuen Wegen suchen und Schritte der Verständigung wagen. Das will so verstanden werden, daß man sich täglich aus der Kraft Christi gegen ein Unrechtssystem zur Wehr setzt, das seine „Außenseiter" brutal niederzwingt und beugen will.

Praktisch heißt dass, sich beständig der staatlich sanktionierten Diktatur des Proletariats zu erwehren. Christsein will doch letztlich die Macht und Herrlichkeit von Jesu Botschaft bezeugen und aufzeigen.

Sublime Methoden der Unterdrückung

Doch da ist die Staatssicherheit, die Geheimpolizei, die alle auffälligen Aktivitäten ständig kontrolliert und damit schon beendet. Gegen aktive Christen, die sich für Friedensfragen oder für politisch Entrechtete einsetzen, werden sublime Methoden der Unterdrückung angewandt: Berufswünsche werden in Frage gestellt. Festnahmen, Vernehmungen, geheime Hausdurchsuchungen, anonyme Briefe. Ich halte es nicht aus.

Der Antrag auf Ausreise ist gestellt. Ende 1981. Sichtbar passiert fast nichts, fühlbar setzt eine Eiszeit ein. Nichts ist mehr erlaubt. Es findet sich keine Arbeit mehr, höchstens als Hilfsarbeiter. Deshalb arbeiten viele Akademiker als Friedhofsarbeiter oder Pförtner. Post verschwindet oder wird offen kontrolliert.

Das kann Jahre dauern. Jeder Tag ist ein Schritt ins Ungewisse: kommt heute die Genehmigung? Mal ist man innerlich einfach leer, dann wieder hat man einfach Angst. Mir half ein Gebetskreis, der sich unter dem Wort „Ein feste Burg ist unser Gott" regelmäßig traf.

Nur mit Handgepäck in den Westen

Dann kommt endlich - nach zweieinhalb Jahren - die ersehnte Karte aus dem Rathaus. Aufbruchstimmung und ein unheimlicher Elan brechen sich Bahn. Die ganze aufgespeicherte Entsagung, auch Wut, lassen einen die letzten Schritte wie in Trance erleben. Abmelden, packen, packen, packen... Verwandte und Freunde werden verabschiedet, wichtige Gespräche geführt. Nach drei Wochen erhält man das Visum und die Urkunde über die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft.

Nur mit Handgepäck darf man reisen, die Speditionskosten müssen erst in West-Mark an eine „DDR"-Firma oder an DKP-eigene Firmen in der Bundesrepublik eingezahlt werden (beispielsweise etwa 4500 DM für den Umzug von Dresden nach Hamburg), bevor ein Zolltermin zustandekommt. Bis 24 Uhr müssen wir das Land verlassen haben.

Die Grenze: Berlin-Friedrichstraße. Eine kleine Gruppe hat sich versammelt. Zum Abschied. Die Grenzbeamten schauen gefühllos zu. Tränen. Die Teilung Deutschlands und die grausame Grenze lassen die Herzen fast bersten. Dann kommt die Kontrolle, Kameras klicken, und gespannte Stille herrscht in der großen Halle. Wie viele Menschen sind hier mit falschen Papieren ertappt worden und haben lange Haftstrafen angetreten? Wie viele gute Freunde sind hier schon durchgegangen...

Die lezte Schleuse wird passiert, fast atemlos und steif gelangen wir in den Westen. Pulsierendes Leben, Farbe, Helligkeit... Ein Freund umarmt uns, wir sind angekommen. Unsere Landung ist weich. (idea)

Kanzler für Solidarität mit Übersiedlern

Co. Bonn

Bundeskanzler Kohl hat sich gestern scharf gegen Befürchtungen gewandt, die derzeit hohe Zahl der Ausreisenden aus der „DDR" könnte sich negativ auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik auswirken. „Wir würden ein erbärmliches Bild bieten, wenn wir jetzt bei zugegebenermaßen bestehenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt nicht fähig wären, dieses Problem zu lösen. Dann können wir den Gedanken an die Zukunft der Einheit der Nation aufgeben", sagte Kohl in einem Interview des ZDF-Magazins.

Der Kanzler sagte weiter: „Entweder die Deutschen sind eine Solidargemeinschaft und wir bekennen uns zu dem gemeinsamen deutschen Volk, dann müssen wir uns auch zu dem gemeinsamen deutschen Schicksal bekennen." Das Mindeste, was die Deutschen in der Bundesrepublik tun könnten, sei, „daß die, die zu uns kommen, bei uns aufgenommen werden mit der Solidarität und der Hilfe, die sie beanspruchen dürfen". Die wenigsten in Westdeutschland hätten ein persönliches Verdienst daran, daß sie sozusagen auf der Sonnenseite der Geschichte der Deutschen am Ende dieses Jahrhunderts leben dürften.

Pretoria: Erfolge gegen die Swapo

dpa, Windhuk

Die südafrikanischen Streitkräfte in Namibia haben seit dem 16. Februar insgesamt 135 Freischärler der namibischen Unabhängigkeitsbewegung Swapo erschossen. Wie ein Militärsprecher der südafrikanischen Armee in Windhuk mitteilte, sind neun von ihnen bei Gefechten mit Soldaten der Namibia-Verwaltungsmacht Südafrika allein in der vergangenen Woche ums Leben gekommen.

Die Swapo-Kämpfer gehörten nach Angaben des Sprechers zu einer Gruppe von mehr als 600 Freischärlern, die im Februar von Angola aus in die „Operationszone" im namibisch-angolanischen Grenzraum eindrangen. Die Verfolgung der Eindringlinge durch das Militär sei durch die starken Regenfälle in einigen Gebieten Namibias erschwert worden, sagte der Offizier. Außerdem seien die Partisanen schwerer zu identifizieren, da sie sich meist in Zivilkleidung unter der Bevölkerung Namibias bewegten.

Mondale wieder klarer Favorit

In New York siegte die alte liberale Koalition der Demokraten / Hart fällt zurück

TH. KIELINGER, Washington

Walter Mondale, Vizepräsident unter Jimmy Carter zwischen 1977 und 1981, konnte am Dienstag die wichtige Vorwahl im Bundesstaat New York mit deutlicher Mehrheit für sich entscheiden. Damit ist ihm im Ringen um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei, der Demokraten, wieder die Rolle des Favoriten zugefallen, die ihm zeitweilig durch einige überraschende Siege Senator Gary Harts streitig gemacht worden war.

Bemerkenswert an dem New Yorker Ergebnis ist erneut das gute Abschneiden des farbigen Bürgerrechtlers Jesse Jackson. Jackson, von Haus aus baptistischer Geistlicher, mobilisiert mit anhaltender Dauer seines Wahlkampfes eine immer größere Zahl schwarzer Wähler, die sich zum Teil zum erstenmal durch ihn überhaupt bewegen lassen, ihr Wahlrecht auszuüben. In New York City lag die Wahlbeteiligung der Schwarzen an diesem Dienstag um 100 Prozent höher als während der Präsidentenwahl 1980.

Mit diesem phänomenalen Erfolg macht Jackson deutlich, daß mit ihm als einflußreiche Kraft auf dem Parteitag im Juli zu rechnen sein wird. In einem unentschiedenen Ringen zwischen Hart und Mondale könnte es von Jackson und den ihm gemachten Versprechen abhängen, welcher Kandidat gegen Ronald Reagan im November als Herausforderer antritt.

Das Ergebnis von New York im einzelnen: Mondale 45 Prozent, Hart 27 Prozent, Jackson 25 Prozent. In New York City allein lag Jackson sogar prozentual vor Hart an zweiter Stelle. Wahlen gab es am Dienstag auch in Wisconsin, doch standen dort keine Parteitagsdelegierten zur Wahl, sondern lediglich die Präferenz unter den Kandidaten – also ein reiner politischer Schönheitswettbewerb. Auf Hart entfielen 45 Prozent der Stimmen, auf Mondale 42 Prozent, auf Jesse Jackson 10 Prozent.

New York ist deshalb für Mondale ein wichtiger Sieg, weil es ihm hier zum erstenmal gelang, die Phalanx der sichtlich auf Hart eingeschworenen Neuengland-Staaten zu durchbrechen. Es ist der erste Sieg im Nordosten für ihn überhaupt, und das in einem Staat mit dem bisher größten Bevölkerungsanteil, daher auch mit der größten Zahl an zu vergebenden Delegierten.

Von den 252 New Yorker Delegierten erhielt Mondale 133, Hart 72 und Jackson 47. Mondale konnte damit seinen Vorsprung an Delegierten, die sich für ihn entschieden haben, weiter ausbauen. Der Zahlenvergleich zwischen den Kandidaten sieht jetzt so aus: Mondale 864 Delegierte, Hart 514, Jackson 140, „Nichtfestgelegte" 322. Zur Nominierung sind 1967 Delegierte nötig.

Nach den neuen Parteitagsregeln sind sie freilich nicht an den Kandidaten ihrer Zuordnung festgekettet, sondern können bereits im ersten Wahlgang für die Nominierung auf dem Parteitag ihre Loyalität wieder neu vergeben. Dennoch dürfte es nach den Entscheidungen der Vorwahlsaison nicht mehr zu größeren Verschiebungen unter der Delegierten-Zuordnung kommen.

Mondale gelang es in New York auf beeindruckende Weise, die alte Koalition der demokratischen Sonderinteressen wieder hinter seinem Namen zu vereinen. Er bekam einen repräsentativen Querschnitt aus allen Lagern: den Gewerkschaften, jüdischen Gruppen, ethnischen Minderheiten, den Armen, Alten und Jungen, aber auch beträchtliche Stimmenanteile aus sozialen Aufsteigerklassen, den „yuppies" ('young urban professionals'), die bisher in größerer Zahl für Gary Hart gestimmt hatten.

Verlegenheit im Foreign Office

SIEGFRIED HELM, London

Israels Präsident Chaim Herzog hat das Foreign Office mit seiner Einladung der Queen zu einem Staatsbesuch Israels unter Zugzwang gesetzt. Obwohl er seine Absicht schon vor seinem Besuch in England bekundet hatte, sahen sich Buckingham-Palast und Foreign Office außerstande, auf den diplomatischen Anstoß von höchster Stelle zu reagieren, jedenfalls nicht so kurz nach dem Staatsbesuch der Queen in Jordanien.

Herzog hat in Whitehall einen längst überfälligen Denkprozess in Gang gesetzt, denn er wählte deutliche Worte, um die Befremdung Israels darüber auszudrücken, daß die Diplomatischen Reiseveranstalter im Foreign Office seit der Staatsgründung Israels noch keinen Monarchen in die „einzige Demokratie im Nahen Osten" entsandt haben.

Solche Worte wählte der gebürtige Belfaster Herzog in einem Interview mit der BBC, in dem er die pro-arabische Überlastigkeit der britischen Nahost-Politik zwar nicht expressis verbis kritisierte, die Wünsche Israels jedoch unmißverständlich herausstellte. Auf die Frage, ob ein Besuch des britischen Königshauses denn so wichtig sei, sagte Herzog: „Die Frage muß lauten: ist es für uns wichtig, daß es einen solchen Besuch bis heute noch nicht gegeben hat?", und daran liege Israel in der Tat einiges.

Herzog: „Wir sind ein Land mit sehr engen Beziehungen zu Großbritannien. Unser Parlament fußt auf dem britischen System, unser Gerichtswesen ist dem englischen zutiefst verpflichtet, unsere Armee verdankt Großbritannien sehr viel, ebenso der Beamtenapparat... Ich glaube, Demokratien sollten untereinander eine gewisse Verbundenheit bekunden. Wir sind über bestimmte Aspekte der Beziehung zu Großbritannien gar nicht glücklich."

Es ist kein Geheimnis, daß sich England von den Boykottdrohungen der arabischen Liga gegen Israel-freundliche Firmen weit mehr einschüchtern ließ als beispielsweise Mitterrands Frankreich, das dennoch mit arabischen Ländern gut im Geschäft ist. Herzog gegenüber der Presse: „Mitterrand kam im letzten Jahr nach Israel, Kanzler Kohl war vor ein paar Monaten da. Staatsoberhäupter kommen regelmäßig nach Israel." Das bedeutet jedoch nicht, daß „sie unsere Politik gutheißen oder unsere Politik verurteilen. Hier ist die Rede von freien, unabhängigen, souveränen Ländern. Jedes hat seine Ansichten und bekundet dies auch."

Eine Reise der Queen in den Nahen Osten führt zwangsläufig auf ein politisches Minenfeld. Bsi auf weiteres steht die Frage im Raum, ob es angeht, daß sich die Queen im Nahen Osten politisch exponieren soll oder nicht.

Israels Staatspräsident hat bei seiner Unterredung mit dem Premierminister auch Margaret Thatcher zu einem Besuch Israels eingeladen. Frau Thatcher war zum letzten Mal im Jahre 1976 in Israel. Damals war sie freilich noch Oppositionsführer. (SAD)

François-Poncet: Gefahren aus den USA

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der Protektionismus, die internationale Wirtschaftsordnung und die geographische Neuausrichtung der amerikanischen Wirtschaft sind nach Ansicht des früheren französischen Außenministers Jean François-Poncet die Preblemkreise, die derzeit die Wirtschaftsbeziehung der atlantischen Gemeinschaft belasten. Gravierende Bedeutung komme dabei der internationalen Wirtschaftsordnung zu. Das Bestreben der USA, einen beherrschenden Einfluß auf die Neugestaltung dieser Ordnung zu behalten, erzeuge Spannungen und Störungen, die früher oder später „durch einen Akt der Umorganisation und Neuorientierung" beseitigt werden müßten, sagte François-Poncet auf der Hannover-Messe. Dazu bedürfe es einer einvernehmlichen Abstimmung zwischen Europa und den USA.

Besorgt äußerte sich François-Poncet vor Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik über die Gefahr, die dem internationalen Finanzsystem bei einer weiteren Verschuldung der Länder der Dritten Welt drohen. Trotz vorbildlicher Zusammenarbeit zwischen dem Internationalen Währungsfond und den Banken seien die Gefahren zunächst nur verschoben, aber noch nicht endgültig abgewendet. Vor allem das hohe amerikanische Zinsniveau könnte die seit zwei Jahren laufenden Bemühungen um eine Bereinigung zunichte machen.

Kritisch äußerte sich der französische Politiker zu der „Ausrichtung der amerikanischen Wirtschaft auf den asiatischen Raum". Langfristig könne dies eine schwere Belastung für den wirtschafatlichen Zusammenhalt der Allianz werden. Das Entstehen eines „japanisch-amerikanischen Industrie-Freiraums", von dem Europa ausgeschlossen oder nur als untergeordneter Pasrtner geduldet werade, könne nicht hingenommen werden. Vor diesem Hintergrund gebe es für Europa nur eine Antwort: den inneren Zusammenhalt zu wahren und alle Kräfte zu bündeln.

Der Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Landesbank, Bernd Thiemann, hatte zuvor darauf hingewiesen, daß dem „deutsch-französischen Akkord" in einer Welt voller Dissonanzen besondere Bedeutung zukomme. Diese Zusammenarbeit bedeute eine „Schrittmacherfunktion für eine Revitalisierung des ökonomischen und politischen Zusammenhalts Europas".

Giftgas-Versuche in Afghanistan?

Sowjetische Überläufer berichten vom Einsatz chemischer Kampfstoffe

SAD, London

„Die Sowjets benutzen Afghanistan als Großversuchsplatz für neue Waffen, einschließlich chemischer Kampfstoffe. Die chemische Kriegsführung ist ein integraler Bestandteil der sowjetischen Militäroperationen" in Afghanistan. Dies schreibt die britische Verteidigungsfachzeitschrift „Janes Defence Weekly" unter Berufung auf Informationen von Widerstandskämpfern sowie Überläufern der sowjetischen Besatzungs- und der regulären afghanischen Armee.

Zu den Kampfstoffen gehören „gelber Regen" ebenso wie bisher unbekannte tödliche Giftgase. Der sowjetische Überläufer Anatolij Sacharow berichtet unter anderem über ein „zu 100 Prozent tödliches" Gas, das die Bezeichnung „Smertsch" trägt – eine Zusammenziehung aus den Wörtern „Smert" (Tod) und „Semertsch" (Sandsturm). Sacharow schildert einen Einsatz an Bord eines Mi-24-Kampfhubschraubers (NATO-Bezeichnung „Hind"), bei dem mit „verheerenden Folgen" 57-Millimeter-„Smertsch"-Raketen abgefeuert wurden. Die Hubschrauberbesatzung hatte vorsichtshalber Gasmasken anlegen müssen.

Farbloser Kampfstoff

Bereits seit knapp drei Jahren wird wiederholt über die Verwendung eines besonders wirksamen Kampfstoffs in den Ost- und Nordostprovinzen Afghanistans berichtet. Dabei handelt es sich um einen angeblich farb- und geruchslosen Kampfstoff, der von Hubschraubern aus in Raketen abgefeuert wird und den Tod so schnell herbeiführt, „daß die Opfer keine Zeit mehr für auch nur die geringste Bewegung haben". In einem nachgewiesenen Fall in der Provinz Wardak starben Mudjahedin-Freiheitskämpfer bei einem solchen Angriff auf ihr Bergnest in Sekundenbruchteilen, „als wären sie zu Eis erstarrt".

Andere Kampfstoffe lösen Bewußtlosigkeit durch Sauerstoffentzug, Blindheit, Säureverätzungen sowie innere Blutungen aus. Der afghanische Brigadegeneral Watay, bis zu seiner kürzlichen Desertion Chef der Abteilung chemische Kampfstoffe beim 99. Raketenregiment, erklärt: „Die Russen verwenden chemische Waffen mit Phosphor und Schwefel in Flüssig- und Gasform, die zu Erstickungserscheinungen, Verbrennungen, Nervenstörungen und Entzündungen führen."

Nach seinen Angaben sind Aufbewahrung und Einsatz chemischer Waffen ausschließlich sowjetischen Einheiten vorbehalten. Aufgabe seiner Abteilung bei dem den Sowjets angeschlossenen afghanischen Regiment in Kargha bei Paghman waren lediglich der Schutz der eigenen Seite vor einer Verseuchung sowie die Auswertung der Kampfstoffwirkung beim Gefechtseinsatz. „Wir besaßen Vorräte von Atropinampullen und -tabletten für die Rettung und Behandlung unserer eigenen Soldaten", heißt es in Watays Aussage. Atropin ist ein Nervengas-Gegenmittel. Weiter erläutert der Brigadegeneral: „In einem Labor unserer Abteilung analysierten wir immer wieder Munition aus Gebieten, in denen die Sowjets chemische Kampfstoffe eingesetzt hatten. Wir registrierten ausnahmslos Gasspuren."

Der von afghanischen Rebellen gefangengenommene Sowjetsoldat Jurij Powarnizijn, der den chemischen Kampftruppen der Roten Armee (KHW) angehörte, bestätigte den Einsatz von Giftkampfstoffen ebenfalls. Er und seine Kameraden hatten „Dörfer nach einem chemischen Angriff daraufhin zu überprüfen, ob ihr Betreten gefahrlos war oder ob sie entseucht werden müssen". Ferner hatten sie „nach chemischen Angriffen durch die Sowjets die verseuchten Gebiete aufzusuchen, um Boden-, Vegetations- und Wasserproben zu entnehmen". Außerdem mußten sie Autopsien an den Leichen afghanischer Dörfler in verseuchten Gebieten vornehmen.

Frühjahrsoffensive

Die britische Zeitschrift spricht von einem „beharrlichen, wirksamen und eindrucksvollen Gebrauch chemischer Waffen" durch die Sowjets in Afghanistan und rechnet mit verstärktem Einsatz in der bereits eröffneten Frühjahrsoffensive.

Berichte über den Einsatz von chemischen Kampfstoffen im Nahen und Mittleren Osten hatten sich in letzter Zeit gehäuft. Auch im Golfkrieg zwischen Iran und Irak waren solche C-Waffen eingesetzt worden, und auch dort war die Rede davon, daß sie von den Sowjets geliefert worden seien. Alle diese Hinweise deuten darauf hin, daß die Sowjetunion chemische Kampfstoffe als einen integralen Bestandteil ihrer Militärstrategie nutzt. Das entsprechende Waffenarsenal, das offensichtlich jetzt in Afghanistan ausprobiert wird, ist anscheinend weitgefächert.

Erst Ende vergangener Woche hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unter Hinweis auf den Golfkrieg die Verwendung chemischer Waffen scharf verurteilt. Die kriegsführenden Parteien waren auf das Genfer Protokoll aus dem Jahr 1925 verwiesen worden, das ausdrücklich den Einsatz von C-Waffen verbietet.

Guineas Militärs: Zurück zur Arbeit

Putschisten veröffentlichen Zehn-Punkte-Programm / OAU-Gipfel in Conakry fraglich

M. DELTGEN/DW. Dakar

Einen Tag nach der Machtübernahme der Armee in Guinea hat der „Militärausschuß für den nationalen Wiederaufbau" gestern die Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet und ein Zehn-Punkte-Programm veröffentlicht. Darin heißt es, die Armee habe die Macht ergriffen, um es der Bevölkerung zu ersparen, weiterhin „Opfer des internen Zwists der herrschenden politischen Klasse" zu werden. Der Militärrat verspreche, daß „niemand wegen seiner Ideen in Guinea verfolgt" werde. Der Rat wolle die nationale Aussöhnung fördern und alle Rechte, insbesondere das Recht auf Meinungsfreiheit und Freizügigkeit garantieren. Damit solle die Beteiligung des Volkes am Aufbau einer „freien und wohlhabenden Nation" dank seiner Eigeninitiative gesichert werden.

Die Militärs schlugen außerdem vor, die zerrüttete Wirtschaft des Landes zu sanieren. Dazu seien Strukturreformen erforderlich. Zur Nutzung der Rohstoffe des Landes solle das „freie Unternehmertum sowie ein konsequentes Handeln der Bürger als auch ausländischer Partner" gefördert werden.

Gutes Verhältnis zu USA

In der Außenpolitik sicherte der Militärrat die Achtung der Prinzipien der UNO-Charta, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und der Blockfreien sowie aller internationaler und regionaler Organisationen zu. Schon zuvor war betont worden, Guinea wolle zu den USA wie bisher „ausgezeichnete Beziehungen" unterhalten.

Mit dem Tod des guineischen Staatspräsidenten Sekou Touré knapp eine Woche vor dem Militärputsch ist fraglich geworden, ob die für den 20. Mai geplante Gipfelkonferenz der OAU in Conakry stattfinden wird. Sekou Touré hätte turnusmäßig den Vorsitz übernommen. Mit seiner Person hatten zahlreiche afrikanische Staaten Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen verbunden. Sein Tod hat jetzt für zusätzliche Verwirrung gesorgt.

Schon beim Gründungsgipfel der OAU in Addis Abeba 1963 fehlte ein Mitglied: Togo, wo gerade der erste erfolgreiche Putsch Westafrikas stattgefunden hatte, durfte seinen Sitz nicht einnehmen. Später war man nicht mehr so pingelig. Inzwischen haben in etwa der Hälfte der Mitgliedsstaaten Militärs das Sagen. Dafür boykottierten jedoch einzelne Mitglieder seit 1982 ihrerseits mißliebige Konferenzen, meist im Zusammenhang mit dem Problem Tschad und Westsahara.

Den bisher spektakulärsten Eklat gab es, als im November 1982 das 19. Gipfeltreffen in Tripolis stattfinden und Oberst Khadhafi turnusmäßig zum Vorsitzenden der OAU aufrücken sollte. Schon bei der vorbereitenden Konferenz fehlten die Vertreter mehrerer Länder aus Protest gegen die politischen Machenschaften des Libyers, andere blieben aus Geldmangel fern, und etliche Staaten erlebten Umstürze und hatten zur Zeit der Konferenz keine handlungsfähige Regierung. Schließlich fanden sich die Vertreter von 31 Mitgliedsländern, unter ihnen nur 18 Staatschefs, zusammen; eine beschlußfähige Mehrheit bildeten sie nicht. Nach 13 Tagen ging man auseinander und hatte sich lediglich darauf geeinigt, weiterzumachen wie bisher und die Mitglieder zur Zahlung ihrer Beiträge aufzufordern.

Heute sieht die Situation der OAU nicht besser aus. Zwar wurde inzwischen der marxistische äthiopische Juntachef Mengistu Haile Mariam Vorsitzender, aber auch ihm ist es nicht gelungen, die politischen Probleme der OAU einer Lösung näher zu bringen, geschweige denn die Zahlungsmoral ihrer Mitglieder zu verbessern. Ganz gleich, wann und wo das 21. Gipfeltreffen nun stattfindet (Addis Abeba ist wieder im Gespräch und damit eine Verlängerung des Mandates von Mengistu Haile Mariam). Die Veranstalter stehen vor leerer Kasse.

Säumige Zahler

Von den nominell 51 Mitgliedern der OAU haben bisher nur fünf ihre Jahresbeiträge vollständig und pünktlich entrichtet. Zehn haben ihren Beitrag für 1983/84 angezahlt, von 32 weiteren erhofft OAU-Generalsekretär Peter Onu noch einen Obulus. Einige Länder haben seit 1970 überhaupt nichts mehr gezahlt. Schon sind die Schulden der OAU weit höher als ihr Jahresbudget. „Wir leben im Sinne des Wortes von der Hand in den Mund", gestand Onu, „das Sekretariat ist bald nicht mehr arbeitsfähig".

Nigerias Vorschlag, säumigen Zahlern das Stimmrecht zu entziehen, dürfte wenig Beifall finden, denn das Problem der Beschlußfähigkeit würde durch Stimmrechtentzug nur gravierender. Wahrscheinlicher ist, daß künftig Schuldner öffentlich angeprangert werden; denn manche, so wird vermutet, könnten wohl zahlen, wollen aber nicht, um die Arbeit der Organisation zu behindern.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Weißer Ring und Opferhilfe

„Erstes Opfer der Opferhilfe": WELT vom 28. März

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

wenn dieser Verein und seine Gründer ihre gesinnungsethischen Ideale in die Tat umsetzen könnten, wäre sicherlich wiederum ein Schritt zur Anerkennung der Not von Opfern von Straftaten vollzogen.

Leider sind unter den Gründern Personen, deren Demokratieverständnis offenbar im Durchsetzen des eigenen Willens und der Verwirklichung eigener Überzeugung besteht.

Ihnen sind Mehrheitsbeschlüsse fremd und unannehmbar. Es zeugt auch von dieser Haltung und ist zugleich beschämend, wenn die Geburt eines neuen Hilfsorgans mit persönlichen Beschimpfungen eines so herausragenden Verfechters aktiver Opferhilfe, wie Eduard Zimmermann, einhergeht.

Die zahlreichen Helfer im Verein Weißer Ring, die selbstlos und ohne Rücksicht auf persönliche Freizeit in 100-Stunden-Wochen menschliche Zuwendung aufbringen, – ich denke dabei besonders an den vorbildlich arbeitenden, leider viel zu früh verstorbenen Herrn Kories aus Kiel –, haben dieses vorschnelle Vorurteil nicht verdient.

Ich stimme den zitierten Personen zu: Das Verteilen von Geld ist sekundär. Das gilt aber bereits seit Gründung für die Arbeit im Weißen Ring.

Wenn anderes behauptet wird, kann nur Unkenntnis über die wirkliche Arbeit der vielen Außenstellen und Mitarbeiter vorgetäuscht werden oder der Betreffende hat in seinem eigenen Wirkungskreis während eigener Arbeit für den Weißen Ring selbst keine andere Arbeit leisten können oder beeinflussen können.

Ich wünsche dem Verein Opferhilfe viel Erfolg. Er wird ihn insbesondere auch vereinsintern brauchen.

Ich weiß, wovon ich schreibe. Bis Mai 1983 leitete ich u. a. die Region Nord, zu der zeitweise die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein gehörten, als Regionalbeauftragter und gehörte dem Vorstand des Vereins Weißer Ring an. Wegen beruflicher Belastung habe ich mein Amt zur Verfügung stellen müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Koetzsche,
Hamburg 66

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorletzten Satz – und nicht nur damit – hat der Verfasser des beachtenswerten Artikels mir die allerletzte Sicherheit hinsichtlich der Richtigkeit meiner Entscheidung gegeben, dem Weißen Ring den Rücken zu kehren. Beginnen wir jedoch mit dem oberen Teil dieses Beitrages: Mich würde wirklich einmal die Reaktion Herrn Zimmermanns auf die Behauptung interessieren, daß er nunmehr auch Geschäfte mit seiner Barmherzigkeit macht.

Beachtenswert an diesem Artikel erscheint mir überdies die Tatsache, daß Herr von Loewenstern andersdenkende Menschen bereits wieder in eine „bestimmte Ecke" stellt. Er dürfte aus der Vergangenheit wenig oder gar nichts gelernt haben.

Zum rein „fachbezogenen" Teil seines Beitrages wäre der Verfasser gut beraten, sich vor erneuten Ergüssen einmal eingehend mit der Materie zu befassen. Vielleicht ist ihm hierbei auch der Hinweis von Nutzen, daß auch der Weiße Ring in seiner Satzung die Förderung sozialisierender und resozialisierender Maßnahmen als Bestandteil einer wirksamen Verbrechensprophylaxe bejaht. In seiner Satzung – wohlgemerkt.

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Holst,
Bremen 44

*

In der WELT vom 24. März 1984 freut sich der Leser, daß ein neuer Verein Brücken schlagen will. Auch der Untertitel „Hilfe für Opfer von Straftaten" ist vielversprechend. Der neue Verein will die Betreuung in den Vordergrund stellen. Wie fein! Aber dann stockt man schon. „Alternative zum Weißen Ring". Wozu das? Warum nicht eine Ergänzung? Will man auf diese Weise erneut versuchen, die Sendung „XY-ungelöst" aus den Angeln zu heben.

Die Mitteilung, daß dieser „Brückenschlag" in der Frankfurter Strafanstalt Preungesheim stattfinden soll, läßt aufhorchen, und die Namen der Gründungsmitglieder verstärken den Verdacht, daß dieser Verein nicht allein Hilfe für Opfer von Straftaten sein wird, sondern „ideologische Rehabilitation" der Straftäter erreichen will, und zwar zum „Nulltarif".

Man stelle sich vor, eine halb totgeschlagene vergewaltigte Frau soll, nachdem sie durch Ärzte verschiedenster Fachrichtungen soweit wiederhergestellt ist, daß sie sich traut, ein normales Leben wieder aufzunehmen, bei „Kuchen und Tee" ihren und des Triebtäters inneren Isolierungspanzer knacken. Und was passiert mit den „armen Mördern", denen das Opfer nun nicht mehr helfen kann, weil es ja nicht mehr lebt? Gibt es da vielleicht „Sippenhaftung" der oder des Ermordeten durch seine Familie.

Und wenn man dann zum Schluß noch lesen muß, daß sich der Verein „zum größten Teil" aus Geldbußen, die sympathisierende Richter verhängen, finanzieren lassen will, dann ist wohl die Pervertierung des Rechtes, vor dem nach dem Grundgesetz alle Bürger gleich sind, und der Richter nicht nach Sym- oder Antipathie richten darf, komplett.

Ursula Albrecht,
Uelzen

Viele Löcher

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Schwarze Löcher in einer Zukunftswissenschaft", die Jürgen Dahl in der „Geistigen Welt" vom 17. März 1984 aufzudecken sich bemüht, befinden sich wohl eher in seinem Wissen über Gene und das Leben. Seine erstaunlichen Betrachtungen sind alles andere als erhellend und lassen Zweifel an seiner Kompetenz als „Öko-Autor" aufkommen.

Dahl läßt Erkenntnisse unberücksichtigt, die – auch in allgemeinverständlicher Form – über Evolution, biophysikalische Chemie und Musterentstehung von Konrad Lorenz, Manfred Eigen und Hermann Haken seit längerem vorliegen. Seine Beispiele zeigen einen naiven vitalistischen und anthropomorphen Ansatz. Zellen brauchen kein 'Wissen' über Ort und Zeit von Entwicklungsabläufen, um zu wachsen. Sie tun es einfach und machen so Zeit und Ort. Der von ihm postulierte und gleichzeitig für undenkbar gehaltene 'Verrechnungsapparat' ist nur in Dahls Vorstellung notwendig. Offenbar hat er nicht die Bedeutung der Evolution für die Funktion der Gene im „Lebensvollzug" verstanden.

Der Mensch, der nicht selbstkritisch und verantwortlich Erkenntnis und Wissen sucht, begegnet nur seiner animistischen oder moralistischen Befindlichkeit. Seine Warnungen sind durch unreflektierte und unbewältigte Angst veranlaßt, nicht aber durch Einsicht in Zusammenhänge begründet. Ernstzunehmende Wissenschaftler, auch gute Schulbücher, suchen nicht die Lösung des Lebensrätsels im genetischen Code allein, wie Dahl behauptet. Das von ihm uns (?) unterstellte grenzenlose Vertrauen in die unglaublichen Fähigkeiten kypernetischer Schaltungen gehört wohl zu seinem Angstkomplex. Seine „Erhellung" zielt nur darauf ab, die „florierende Praxis" und das „von Unwissen gefährdete Hantieren mit Genen" zu stoppen. Angebliche Manipulation der Sechzehnjährigen durch Schulbücher aufzuzeigen – wie ich meine, mit gänzlich untauglichen Mitteln.

Es grüßt
Peter Meyer,
Hamburg 52

Auf Griechisch

„Teamwork": WELT vom 26. März

Sehr geehrte Herren,

„Triphibische" Operation – beim Zeus! Meine letzte „5" in Griechisch ist zwar schon einige Jahrzehnte her, aber soviel weiß ich noch, daß „amphibisch" – was hier wohl als Vorbild diente – aus zwei Teilen besteht, deren erster „amphi" heißt und soviel wie „beide" bedeutet, „amphibisch" also in „beiden" Bereichen (nämlich Wasser und Land) lebend. Wenn dann, wie beim NATO-Manöver, als drittes Element noch die Luft hinzukommt, dann könnte die Operation höchstens „tribisch" sein – über welchen Ausdruck der gesamte Olymp sich bestimmt diebisch freuen würde.

Mit freundlichen Grüßen
K. J. Frhr. v. Ketteler,
Nürnberg 1

Wort des Tages

„Keiner kann Herr über sich sein, wenn er sich nicht zuvor begriffen hat. Spiegel gibt es für das Antlitz, aber nicht für die Seele; daher sei ein solcher das verständige Nachdenken über dich; allenfalls vergesse man sein äußeres Bild, aber erhalte sich das innere gegenwärtig, um es zu verbessern, zu vervollkommnen."

Balthasar Gracian; span. Theologe und Philosoph (1601–1658)

Personalien

GEBURTSTAG

Karl Haas, langjähriger geschäftsführender Gesellschafter, der Firma Haas in Schramberg im Schwarzwald feiert heute seinen 70. Geburtstag. Das Mittelstandsunternehmen, welches sich auf lasergeschweißte Montageteile spezialisiert hat, ist unter der Leitung und über 50jährigen Tätigkeit von Carl Haas expandiert. Die Firma hat heute selbständige Auslandsgesellschaften in den USA, der Schweiz, Portugal, Frankreich und auf Barbados.

MILITÄR

Zum neuen Kommandeur des NATO-Defence College in Rom wurde Generalmajor Dr. **Franz Uhle-Wettler** berufen. Uhle-Wettler – 1927 in der Lutherstadt Eisleben geboren – führte bis zu seiner Berufung die 5. Panzerdivision mit ihrem Sitz im Schloß Oranienstein in Diez an der Lahn. Die Führungsakademie in Rom bemüht sich, hochrangige Soldaten und zivile Beamten aus allen Mitgliedsländern der Allianz auf einen Einsatz in internationalen Stäben oder Konferenzen vorzubereiten. Die Lehrgangsteilnehmer lernen innerhalb eines halben Jahres die Verflechtung der Politik und im engen Miteinander auch Menschen anderer Zunge und Denkweise kennen.



Generalmajor Dr. Franz Uhle-Wettler: Neuer Kommandeur des NATO-Defence College in Rom
FOTO: 5. Panzerdivision

VERANSTALTUNGEN

Die deutsche Verlagsanstalt stellt heute im Steigenberger Hotel in Bonn das neueste Buch von Professor **Wolfgang Leonhard** „Dämmerung im Kreml – Wie eine neue Ostpolitik aussehen müßte" vor. Professor Leonhard, 1921 in Wien geboren, kam 1935 mit seiner Mutter in die Sowjetunion. Von 1942 bis 1943 arbeitete Leonhard im „Nationalkomitee Freies Deutschland" in Moskau. Mit der Gruppe Ulbricht kam er im Mai 1945 nach Berlin und floh 1949 aus Opposition gegen den Stalinismus nach Jugoslawien und lebt seit Ende 1950 in der Bundesrepublik Deutschland. Seine wichtigsten Veröffentlichungen neben seinem berühmten Bestseller „Die Revolution entläßt ihre Kinder" (1955): „Sowjetideologie heute – Politische Lehren" (1962), „Am Vorabend einer neuen Revolution?" (1975) und sein letztes großes Werk „Völker hört die Signale – Die Anfänge des Weltkommunismus" (1981).

*

Gestern tagte in Wiesbaden die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE). Die Gesellschaft betreibt seit 30 Jahren einen Ernährungsberatungsdienst. Durch Anleitung einer vernünftigen Ernährung sollen Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Menschen erhalten oder wiederhergestellt werden. Der Präsident der Gesellschaft, Professor Dr. **E. Menden** aus Gießen, wies auf der Tagung darauf hin, daß zum Beispiel allein in Hessen 40 Prozent der Gesamtbevölkerung Übergewicht haben. Er stellte fest, daß falsche Ernährungsgewohnheiten und falsche Lebensmittelauswahl größere Schäden verursachen als Rückstände und Schadstoffe.

*

Der Bürgermeister von Paris, **Jacques Chirac**, besuchte gestern anläßlich der Jahresversammlung der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer Hamburg. Am Nachmittag trug sich Chirac im Rathaus in das Goldene Buch der Stadt ein. Im Anschluß daran gab Senator **Volker Lange**, zu Ehren des Gastes im Bürgermeistersaal einen Empfang.

*

In Anwesenheit von Bundespräsident **Karl Carstens** feiert heute in Bonn der Deutsche Richterbund sein 75jähriges Bestehen. Den Festvortrag zum Thema „Gesetzestreue und Gerechtigkeit in der richterlichen Rechtsfindung" hält der Kölner Rechtsgelehrte **Martin Kriele**. Im Deutschen Richterbund sind 200 000 Richter und Staatsanwälte organisiert.

Audi 100. Machen Sie ganz neue Erfahrungen. Holen Sie sich Ihren Testwagen, auch mit ABS.

Steigen Sie ein in die Limousine mit dem größten Innenraum dieser Klasse. Die Limousine, mit der man bei wirtschaftlicher Fahrweise über 1000 km fahren kann ohne nachzutanken.
Unterhalten Sie sich in aller Ruhe ohne lästige Windgeräusche, nutzen Sie die temperamentvolle Beschleunigung, die aktive Sicherheit bietet, erfahren Sie die vielen Vorteile des richtungsstabilen und komfortablen Fahrwerks mit Frontantrieb, und lassen Sie sich beeindrucken von der Qualität der neuen Audi Langzeit-Karosserie.
Nie gab es mehr Gründe, ein Auto probezufahren. Wir geben Ihnen viel Zeit, den Audi 100 selbst zu testen. Jetzt auch mit ABS. Und wenn Sie ihn nicht kaufen wollen, können Sie ihn günstig leasen.
Audi. Vorsprung durch Technik.

Informieren Sie sich über das vorteilhafte V.A.G Leasingangebot.



Bei Ihrem V.A.G Partner

EG-Beitrag: Kaum Chancen auf Einigung

BERNT CONRAD, Bonn

Im Bonner Auswärtigen Amt besteht wenig Hoffnung, daß es den EG-Außenministern am kommenden Montag gelingen könnte, eine Einigung über den britischen EG-Beitrag zu erzielen. Nach dem Scheitern des Brüsseler Europagipfels hätten die Briten auch auf der letzten Außenministerratstagung keine Kompromißbereitschaft gezeigt. „Deshalb kann man die Lage vor der Sitzung am 9. April nur als schlecht ansehen", erklärten Bonner Diplomaten.

Demgegenüber war man gestern auf britischer Seite bemüht, den guten Willen Londons plausibel zu machen. „Wir suchen weiter eine Lösung, denn wir wollen die Gemeinschaft vorantreiben", betonte der britische Botschafter in Bonn, Sir Jock Taylor. Er wagte zwar keine Voraussage für das Ergebnis der nächsten Außenministertagung, äußerte jedoch Hoffnung auf eine Einigung. Man sei schon in vielen Punkten weiter gekommen. Darum sei er zuversichtlich, „daß wir das Problem, wenn nicht am Montag, so doch etwas später regeln können", versicherte der Botschafter.

Bei den EG-Beratungen geht es darum, welcher Ausgangspunkt für das Inkrafttreten des in Aussicht genommenen neuen Finanzausgleichssystems gewählt werden soll. Während die Briten den dynamisch wachsenden Rabatt auf der Basis von zunächst 1250 Millionen Ecu (Europäische Zahlungseinheit) beginnen wollen, gehen die anderen EG-Partner von einer Milliarde Ecu aus. Offensichtlich hofft man in London, die Lücke dadurch zu schließen, daß sich die anderen Partner zur Zahlung des Differenzbetrages bereitfinden. Dazu besteht aber bei der Mehrheit keine Neigung.

Wahrscheinlich wird das Beitragsproblem bei einem Scheitern der Außenminister am Montag bis zum nächsten Europagipfel am 25. und 26. Juni in Fontainebleau vertagt werden müssen. Dies wäre nach Bonner Ansicht auch nicht so schlimm: Die Agrar-Einigung habe bereits einen Spareffekt gebracht.

Kissinger warnt vor Neutralismus in Europa

Im ZDF befürwortet er wieder andere NATO-Struktur

fac. Bonn/Wiesbaden

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat sich im ZDF-Magazin zu seiner umstrittenen Forderung nach Änderungen in der NATO-Struktur bekannt und zugleich seine Warnung vor neutralistischen Tendenzen in Westeuropa erneuert. Die beunruhigendsten Anzeichen von Neutralismus sieht Kissinger, wie er in der 500. Sendung des Moderators Gerhard Löwenthal gestern abend sagte, in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien, „wo die Oppositionsparteien eine Art einseitige Abrüstung verlangen, auf jeden Fall auf atomarem Gebiet".

Dann, so fügte der amerikanische Politiker hinzu, betrachte er „diesen endlosen Druck, neue Konzessionen in den Abrüstungsverhandlungen zu machen, als ein Zeichen eines wachsenden Neutralismus". Er nannte an dieser Stelle die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen. Jeder wisse, so Kissinger, daß Amerika einer niedrigeren Zahl zustimmen würde, „solange sie auf beiden Seiten gleich ist".

Falscher Eindruck

Dennoch werde der Eindruck erweckt, daß die Amerikaner einen Fehler gemacht hätten, „und daß irgendwie irgendeine Konzession dieses Problem lösen könnte". Kissinger: „Das Problem ist sehr leicht zu lösen, wenn die Sowjets morgen zu uns kommen würden und sagen, wir nehmen gleiche Zahlen auf einem niedrigeren Niveau; wir würden dieses Problem in einem Monat lösen können. Das tun die aber nicht. Die verlangen eine einseitige Abrüstung unserer Seite als Vorbedingung, in die Verhandlungen einzutreten. Und dem wird nicht energisch genug gegenübergetreten.

Kissinger sprach ausdrücklich von „schöpferischen Vorschlägen" in seinem von zahlreichen Politikern kritisierten Aufsatz. Auf Europa bezogen bemerkte er in dem ZDF-Interview: „Es ist besser für uns – besser für das Atlantische Bündnis, und besser für Europa – wenn Europa sich mehr einigt, wenn Europa eine eigene Verteidigung entwickelt, so daß wir es mit einem Partner zu tun haben, der nicht nur unsere Vorschläge akzeptieren muß, denn sonst führt es immer zu einer Art Dialog, der nicht gleichwertig ist". Allerdings, so grenzte er ein, könne es „keine rein europäische Kraft geben" und er sei völlig dagegen zu glauben, daß Europa sich allein ohne Amerika verteidigen könne. „Die Frage ist, wie Europa und Amerika zusammen Westeuropa am besten verteidigen können".

Keine Drohung

Der US-Politiker ging auch auf seine Empfehlungen ein, möglicherweise einen Europäer mit dem NATO-Oberbefehl zu betrauen und unter bestimmten Voraussetzungen einem Abzug amerikanischer Truppen das Wort zu reden: „Ich habe in dem Artikel klar gesagt, daß ich selbst es sehr vorziehen würde, wenn eine Strategie entwickelt würde, in der die konventionelle Verteidigung sinnvoll wird und in der es nötig ist, die jetzigen amerikanischen Truppen in der jetzigen Zahl dort zu halten. Nur, wenn die Verteidigung sowieso atomar von Anfang an ist, sehe ich keinen Sinn, die Truppenzahl so zu halten wie sie jetzt ist, so daß es teilweise darauf ankommt, welche Strategie wir entwickeln. Das war keine Drohung, es war eine Reflektion der Wirklichkeit".

Kissinger bezeichnete es als psychologisch und politisch wichtig, daß den Europäern die Möglichkeit gegeben werde, das Oberkommando zu übernehmen, mit einem amerikanischen Stellvertreter „und natürlich einer Strategie, in der beide Teile des Atlantik an der Verteidigung teilnehmen". Diejenigen, die wirklich an das Bündnis glaubten, sollten seine Vorschläge studieren. „Meine Analyse ist, daß das Bündnis nicht so weitermachen kann – bei all den Erfolgen, die es gehabt hat". Kissinger bekundete „größte Achtung" vor der Politik der derzeitigen Bundesregierung in Bonn.

Deutsche in UdSSR bitten um Ausreise

W. K./rtr, Bonn/Moskau

Eine Gruppe von 27 deutschstämmigen Bürgern der Sowjetunion hat Parteichef Konstantin Tschernenko in einem Brief aufgefordert, ihr die Genehmigung zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu erteilen. Der Brief, von dem am Mittwoch westliche Journalisten eine Kopie erhielten, richtet sich auch an Außenminister Andrej Gromyko und an den Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB, Viktor Tschebrikow.

Bei den Unterzeichnern handelt es sich um elf Familien und drei Einzelpersonen aus der Stadt Prokhladny im nördlichen Kaukasus. Die Gruppe gab an, sie wolle zu Verwandten in die Bundesrepublik Deutschland. Die Antragsteller stammen von Deutschen ab, die im vergangenen Jahrhundert ausgewandert waren.

Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Frankfurt haben sich in mehreren Orten des Kaukasus Bürgerinitiativen gebildet. Antragsteller für eine Ausreise seien ähnlich wie „DDR"-Bürger schikaniert worden. Sie hätten den Arbeitsplatz und einige die Wohnung verloren.

Nachdem die Sowjets in jüngster Zeit in erhöhter Zahl Rußland-Deutsche unter der Bedingung ausreisen ließen, daß sie sich in der „DDR" niederlassen (WELT v. 4. 4.), bildet sich offenbar in Mitteldeutschland eine Gruppe von Staatenlosen unter den Deutschen aus der UdSSR. Diese Personen haben es nach der Entlassung aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft abgelehnt, die „DDR-Staatsbürgerschaft" anzunehmen. Sie beanspruchen die (einheitliche) Staatsbürgerschaft nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland.

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, sagte der WELT, Wünsche von Deutschen aus der UdSSR, wohin sie reisen möchten, müßten respektiert werden. Die deutschlandpolitische Arbeitsgruppe werde andernfalls die Bundesregierung zu Gesprächen mit der „DDR" auffordern.

„Weltraumwaffen können zur Abkoppelung führen"

Wörner formuliert bei NATO-Tagung Bedenken der Europäer

RÜDIGER MONIAC, Izmir

Bei den Beratungen der im türkischen Izmir tagenden Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO ist das neue, vom amerikanischen Präsidenten angekündigte Programm zur Entwicklung eines Raketenabwehrschildes erörtert worden, der mit Hilfe von Strahlenwaffen im Weltraum aufgebaut werden könnte. Das Programm, das inzwischen den Namen „Strategic Defense Initiative" (SDI) trägt, stieß bei den Europäern zum Teil auf sehr skeptische Fragen.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger verwies darauf, daß sich die Sowjetunion in der strategischen Rüstung gegenüber den USA offenbar Vorteile verschaffen will: Sie entwickle Systeme zur Abwehr von Interkontinentalraketen und verletze dabei möglicherweise den seit 1972 gültigen Vertrag zur Begrenzung der Anti-Raketenwaffen (ABM). Die USA stellten den NPG-Teilnehmern Satellitenaufnahmen von großen Radargeräten vor, die fliegende Interkontinentalraketen entdecken und deren Abschuß ermöglichen könnten.

Ständige Konsultationen

Der deutsche Verteidigungsminister Manfred Wörner wies Weinberger auf die europäischen Interessen im Rahmen des SDI-Programms hin. Dabei warnte Wörner die USA vor der Gefahr, daß Europa bei der Entwicklung eines „strategischen Schutzschildes" im Weltraum nicht von der heute durch die USA ausgeübten Abschreckung abgekoppelt werden dürfe. Wie es hieß, sagten die USA den Europäern in dieser Frage eine ständige und eingehende Unterrichtung sowie Konsultationen zu.

Einig war sich die NPG-Konferenz darüber, daß die amerikanische Entwicklung eines SDI-Programms den ABM-Vertrag nicht verletzt. Forschungs- und Entwicklungsschritte in dieser Richtung seien durch den Vertrag gestattet.

Vor Journalisten ließ Wörner jedoch starke Zweifel darüber anklingen, ob das allerdings erst in den 90er Jahren in ein konkretes Stadium tretende SDI-Programm dazu geeignet sei, die strategische Balance zwischen den beiden Weltmächten zu festigen. Für ihn sei schwer zu erkennen, wie das „Umschalten" von der bisher gültigen Strategie der gegenseitigen Bedrohung mit Interkontinentalraketen auf reine Defensivsysteme bewerkstelligt werden solle. Für die Verhandlungen über Rüstungskontrolle würden damit äußerst schwierige Fragen aufgeworfen.

NATO-Appell in Izmir

Dennoch hielt auch Wörner es für notwendig, daß die USA in das SDI-Programm investieren, da es sich der Westen nicht leisten könne, beim offenkundigen Vorsprung der Sowjetunion auf diesem Sektor der strategischen Rüstung nichts zu tun.

Die NATO appellierte in Izmir abermals mit aller Entschiedenheit an die Sowjetunion, die Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung (START) und der atomaren Mittelstreckenwaffen (INF) in Genf wieder aufzunehmen. Die Verbündeten der USA bekräftigten ihre uneingeschränkte Unterstützung der amerikanischen Position in diesen Fragen.

Wie Weinberger berichtete, baut die Sowjetunion ihr SS-20-Potential weiter aus. Gegenwärtig sind 378 Abschußrampen einsatzbereit. Weitere SS-20-Basen seien im Ostteil der Sowjetunion im Bau.

Einer Untergruppe der NPG, der sogenannte „High Level Group", erteilte die Konferenz den Auftrag, eine Studie über die Verbesserung der Überlebensfähigkeit der in Westeuropa lagernden taktischen US-Atomwaffen zu erarbeiten. Dabei soll untersucht werden, ob die Sprengköpfe durch eine noch sicherere Lagerung geschützt werden können.

Vor der NPG-Tagung hatte Wörner in Ankara politische Gespräche mit Ministerpräsident Özal und anderend Politikern und Militärs geführt. Dabei wurde das starke Interesse der Türkei an verstärkter deutscher Militärhilfe deutlich.

Bonn zahlte 20 Millionen für Hess-Haft

Co. Bonn

Die Haft von Rudolf Hess im Alliierten Militärgefängnis Berlin-Spandau hat die deutschen Steuerzahler seit 1970 insgesamt 20 066 087 Mark gekostet. Dies teilte Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt gestern dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, auf Anfrage mit. Allein im Jahre 1983 mußte die Bundesregierung 2,36 Millionen Mark für den ehemaligen Stellvertreter des „Führers" zahlen.

Dazu bemerkte Mertes: „Rudolf Hess vollendet am 26. April 1984 sein 90. Lebensjahr. Er ist seit fast 43 Jahren in Haft: von 1941 bis 1945 in Großbritannien, von 1945 bis 1946 in Nürnberg, seit 1946 im Alliierten Gefängnis Berlin-Spandau. Das über ihn verhängte Urteil ist international umstritten. Ohne zu dem Nürnberger Urteil Stellung zu nehmen, aber auch ohne die Verbrechen des NS-Systems verkleinern zu wollen, hält die Bundesregierung wie der Deutsche Bundestag die weitere Inhaftierung von Rudolf Hess für absurd."

Der Staatsminister wies darauf hin, daß alle Bundespräsidenten und Bundesregierungen der letzten 25 Jahre sich für die Freilassung von Hess eingesetzt hätten. Bundeskanzler Helmut Kohl habe dies gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär Andropow und 1984 schriftlich gegenüber Generalsekretär Tschernenko getan. Die drei Westmächte seien für eine Freilassung auf die Zustimmung Moskaus angewiesen, weil das Spandauer Militärgefängnis eine gemeinsame Einrichtung der vier Mächte sei. Die Sowjetunion lehne eine Freilassung jedoch weiterhin unerbittlich ab.

Bonn plant höhere Behindertenabgabe

GISELA REINERS, Bonn

Die Bundesregierung plant, in einer noch für 1984 vorgesehenen Novelle zum Behindertengesetz die Ausgleichsabgabe zu erhöhen, die Betriebe zahlen müssen, wenn sie nicht genügend Behinderte beschäftigen. Zur Zeit zahlen die Betriebe 100 Mark pro Monat und unbesetztem Arbeitsplatz. Die Pflichtquote beträgt sechs Prozent: Beschäftigt eine Firma 100 Mitarbeiter, so müssen sechs Plätze mit Behinderten besetzt werden. – Nur ein Viertel aller Betriebe kommt dieser Verpflichtung nach, erklärte gestern Arbeitsminister Blüm (CDU) bei der Vorlage des Behindertenberichts der Bundesregierung. Die „Gesellschaft kann sich aber nicht mit Geld aus ihrer Verpflichtung verabschieden". Gesamtwirtschaftlich soll die Erhöhung die Unternehmen aber nicht stärker belasten.

Anreize für bleifreies Benzin

▲ Fortsetzung von Seite 1

den Umweltschutz eingesetzt hätte, wäre dieser Erfolg nicht erreicht worden, meinte Zimmermann. Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung habe die Sanierung der Altanlagen, von denen das Hauptpotential der Schwefeldioxidverunreinigung ausgehe, auf breiter Front in Gang gesetzt. Die Unternehmen der öffentlichen Stromversorgung würden bis 1988 etwa 80 Prozent ihrer Kraftwerke umrüsten, der Rest werde stillgelegt. Anfang der 90er Jahre sei die heute noch zu verzeichnende Gesamtmenge von Schwefeldioxid halbiert.

Zu dem Bericht sagte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, die aufgezeigten durchgreifenden Maßnahmen „könnten sich sehen lassen". Andererseits müsse die Umweltpolitik in ihr Kalkül nehmen, „daß wir wirtschaftspolitisch eine Wachstums- und Beschäftigungsstrategie über mehr Investitionen verfolgen".

„Eine Form des Krieges"

● Fortsetzung von Seite 1

immer wieder versucht, sich an aktuelle Protestströme anzuschließen und Demonstranten für terroristische Strategien zu gewinnen.

Die Absicht gewalttätiger Gruppen, die gegen Nachschubtransporte der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik und der Bundeswehr vorgehen wollten, mit Anti-Kernkraftgruppen zusammenzuarbeiten, scheiterte jedoch nicht zuletzt daran, daß sich die Mehrheit der Protestbewegung gegen Einflüsse aus dem terroristischen Lager wehrte.

Die Bewaffnung der „Rote Armee Fraktion" dürfte nach Einschätzung des Bundeskriminalamts für neue Anschläge genügen. Falls es sich bei den Bankräubern von Würzburg in der letzten Märzwoche tatsächlich um RAF-Mitglieder handelte, könnte dies eine psychologische Stabilisierung der Gruppe bewirken, heißt es im BKA.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz will die Rede von US-Außenminister George Shultz zunächst im Wortlaut studieren, bevor Äußerungen erwartet werden können, sagte gestern ein Sprecher. Der geheime Nachrichtendienst kennt die Schwierigkeiten des Eindringens in die Szene aus der Praxis der „Revolutionären Zellen", bei denen es trotz jahrelanger Observationen nicht gelungen ist, in diese Organisation einzudringen.

Nach Ansicht von Fachleuten müssen deshalb neue Anstrengungen unternommen werden, um rechtzeitig in Erfahrung zu bringen, was terroristische Gruppierungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik beabsichtigen. Dazu müsse die Zusammenarbeit mit dem Ausland verbessert werden. Für rasch wirksame Zugriffe wird es unter anderem für erforderlich gehalten, bei Ausländern sofort geeignete – rechtlich abgesicherte – Maßnahmen zu treffen. In der Bundesrepublik sei in der Vergangenheit zu oft nach dem Prinzip verfahren worden, erst müsse etwas passieren, damit etwas für die Abwehr getan werden könne, sagt ein Experte der Terrorismusabwehr gestern der WELT.

Flick-Ausschuß: Parteienstreit

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre ist es gestern zu einer Kontroverse über Spenden des Konzerns an die politischen Stiftungen gekommen. Bei seiner dritten Vernehmung als Zeuge hatte der frühere Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) erneut erklärt, ihm sei von finanziellen Zuwendungen des Düsseldrofer Unternehmens an die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht bekannt gewesen. Dort seien auch mit Ausnahme einer 7.000-DM-Spende eines Verbandes keine Beträge unter seinem Namen von Dritten eingezahlt worden. Daraufhin hielt ihm Friedrich Bohl (CDU) vor, daß der Flick-Konzern und die zu ihm gehörende Feldmühle sowie Dynamit Nobel zwischen 1975 und 1980 der Stiftung insgesamt 3,25 Millionen DM gespendet hätten. Den Einwand Matthöfers, er sei „davon ausgegangen", daß für jede Mark an die SPD „das Zehnfache" an die anderen Parteien geflossen sei, wiesen die CDU-Vertreter zurück.

Strafe für Auschwitz-Lüge

■ Fortsetzung von Seite 1

dann noch möglich sein, wenn die Strafverfolgung des Verfassers oder Verbreiters wegen Verjährung nicht mehr möglich ist. Lücken im Strafrecht gibt es auch bei der Bekämpfung und Einfuhr von NS-Propagandamaterial, z. B. Hakenkreuzaufkleber aus dem Ausland. Diese sollen geschlossen werden.

WELT: Wie schwerwiegend sind die Gründe, die für Ihr Strafrechtsänderungsgesetz sprechen? Schildern Sie bitte die Formen des „deutschen Ungeistes", die sie zu Ihrer Initiative bewegen.

Engelhard: Es ist nicht zu bestreiten, daß es bei uns eine militante Gruppe von Rechtsextremisten gibt, die auch vor Gewalttaten nicht zurückschreckt. Dies zeigen die Anschläge etwa auf das Münchner Oktoberfest 1980 oder die Attentate auf Asylantenheime. Denken Sie auch an Erscheinungen wie dieses grausige KZ-Mörder-Spiel „Jude ärgere dich nicht". Der Nährboden für solchen Ungeist ist eine wachsende Flut von NS-Propaganda, aus der schließlich die Gewalt erwachsen kann. Seit Jahren nehmen die Veröffentlichungen zu, in denen unter dem Mäntelchen scheinbarer Wissenschaftlichkeit und scheinbarer Objektivität die Greueltaten der NS-Zeit in Abrede gestellt werden. Und gerade diese Art der NS-Propaganda kann – wie oben gesagt – mit dem geltenden Strafrecht nicht hinreichend bekämpft werden. Es ist zwar so, daß auch heute schon derjenige, der die Morde von Auschwitz leugnet, nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs wegen Beleidigung unserer jüdischen Mitbürger belangt werden kann. Dafür bedarf es aber eines Strafantrags des Beleidigten. Ich meine aber, daß wir es nicht den Opfern, den Angehörigen und den Nachkommen gleichsam als deren Privatsache überlassen dürfen, gegen die Täter vorzugehen. Das Leugnen der historischen Wahrheiten unserer jüngsten Vergangenheit betrifft uns alle. Wir sind es deshalb nicht zuletzt auch uns selbst schuldig, die Verfolgung derartiger Ungeheuerlichkeiten, die den Rechtsfrieden stören, zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen.

Mehr SS 20 gegen den Fernen Osten

rtr, Tokio

Die Sowjetunion plant nach den Worten des japanischen Außenministers Shintaro Abe, die Zahl ihrer in Asien stationierten Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 von 135 auf 153 zu erhöhen. Dies erklärte Abe am Mittwoch vor dem außenpolitischen Ausschuß des Unterhauses. Japan und die Volksrepublik China liegen in Reichweite dieser Raketen.

Marcinkus stellt sich

ds (Mailand) – Erzbischof Paul Marcinkus, der Präsident der von Skandalwellen umspülten Vatikanbank IOR wird zum ersten Mal vor einem italienischen Gericht erscheinen. Die Anklage des Mailänder Landgerichts wirft dem Management des Instituts vor, sich an einem 1972 gewährten Darlehen „bereichert" zu haben.

Im Mittelpunkt der Klage steht ein an den Kurs des Schweizer Franken gebundener Kredit von 50 Milliarden Lire, den die IOR der Holding des Pesenti-Konzerns, Italmobiliare, einräumte und wofür die Vatikanbank 160 Milliarden Lire zurückbekam. Der Fall ist ein neues Lehrstück, wie knallhart die Vatikanbank vorzugehen pflegte. Anders als die bisher bekanntgewordenen Transaktionen, unter anderem die mit dem Mailänder Kreditinstitut Banco Ambrosiano, die die IOR 250 Millionen Dollar an Schadenersatz kostete, zeigt die neue Affäre, daß die Banker des Heiligen Stuhls nicht immer ins Leere griffen.

Neu an der jüngsten Klage ist auch, daß sich diesmal Paul Marcinkus bei einem römischen Rechtsanwalt auf italienischem Staatsgebiet ein Streitdomizil eingerichtet hat: die Klage, mit der der IOR-Präsident im Juli 1983 für den Bankrott des Banco Ambrosiano mitverantwortlich gemacht wurde, war damals mit dem Hinweis auf den Ausländerstatus als Angehöriger des Vatikanstaats von dem Adressaten noch an den Absender zurückgeschickt worden. Ganz offensichtlich sind die Pressionen der italienischen Währungs- und Kreditbehörden gegenüber der Vatikanbank inzwischen auf fruchtbaren Boden gefallen.

Neuer Nebel

J. G. – Als „Klarstellung", die weiteren Schaden vom Unternehmen abwenden soll, möchte Thyssens Ehrenvorsitzender Sohl verstanden wissen, was er nun nach schon zu langem Schweigen zu seiner Position im Führungsstreit an der Spitze dieses Weltkonzerns der Öffentlichkeit mitteilt. Das Gegenteil wird leider erreicht. Der längst allem aktienrechtlich relevanten Einfluß auf das Konzerngeschäft entrückte einstige Chef bleibt an Nebulösem über die Gründe seiner „grundlegenden Meinungsverschiedenheiten" mit dem amtierenden Konzernchef Spethmann hängen und verkündet diese Differenzen, als wären sie die selbstverständlichste Sache der Welt. Das sind sie aber nicht. Der Senior, wo immer auch sein (unverbindlicher) Rat noch geschätzt sein mag, hat die Finger von der Konzernführung zu lassen. Das muß offensichtlich auch der Thyssen-Aufsichtsrat noch mit entsprechenden Taten demonstrieren. Hoffenlich bald. Klarheit und nicht neuer Nebel ist gefragt, um Lähmung durch Führungsstreit zu beenden.

STEUERREFORM / Bundesverband der Deutschen Industrie legt sein Konzept vor

Der BDI hält eine Umgestaltung der Gewerbesteuer für dringend nötig

HEINZ HECK, Bonn

An der aktuellen Steuerreformdiskussion wird sich auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit einem eigenen Konzept beteiligen. Der Spitzenverband zielt vor allem auf die Abschaffung der Vermögen- und eine Umwandlung der Gewerbesteuer. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer zur Teilfinanzierung der Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs lehnt der BDI mit Nachdruck ab.

Ansatzpunkt einer vernünftigen Reform der Gewerbesteuer ist für den BDI die Umsatzsteuer, in deren finanzwirtschaftlichen Verbund die Gemeinden einbezogen werden sollten. Der Verband hat ein Steuermodell entwickelt, bei dem die Gemeinden am Gesamtaufkommen der Umsatzsteuer nach bestimmten Kriterien (Betriebsvermögen und Lohnsumme) beteiligt werden. Hinzu kommt eine reformierte Gewerbeertragsteuer, deren Hebesatzrecht mit dem der Grundsteuer gekoppelt ist.

Kritisch wendet der BDI gegen die derzeit erhobene Gewerbesteuer ein, daß ihr nur noch rund ein Drittel aller Gewerbebetriebe unterliege und daß ein Teil des Steueraufkommens daraus über die Umlage an Bund und Länder abgeführt werde. Trotz des starken Anstiegs der Hebesätze werde das Gewerbesteueraufkommen den wachsenden Finanzbedürfnissen der Gemeinden immer weniger gerecht. In der vom Wissenschaftlichen Beirat beim Finanzministerium und von den „Fünf Weisen" empfohlenen Wertschöpfungsteuer sieht der BDI keinen befriedigenden Ersatz, denn sie sei in extremer Weise ertragsunabhängig, außerordentlich kompliziert in der Anwendung und würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter schwächen.

Die Besteuerung des betrieblich gebundenen Vermögens sollte bald abgeschafft werden, um internationale Gleichstellung zu erreichen. Als Zwischenschritte werden der Abbau der wirtschaftlichen Doppelbelastung der Kapitalgesellschaften und die Wiedereinführung der Abzugsfähigkeit der Vermögensteuer als Betriebsausgabe empfohlen.

Für den Fall eines deutlichen Rückgangs des wirtschaftlichen Wachstums regt der BDI die Einführung einer Investitionsprämie an, die in Form eines Abzugs von der Steuerschuld für Investitionen im Anlagevermögen gewährt wird (wie in USA). Um Mitnahmeeffekte zu vermeiden, sollte sie nicht befristet sein.

Neben diesen mittel- und langfristig angelegten Reformvorschlägen regt der BDI punktuell wirkende Erleichterungen an und nennt beispielhaft eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Betriebsgebäude (unter anderem mit dem Ziel einer erheblichen Verringerung ihrer gesetzlichen Nutzungsdauer), eine deutliche Erhöhung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter (seit 1964 bei 800 Mark), realistische Bewertungsmaßstäbe für Vorräte, die starken Preissteigerungen unterliegen können, wie zum Beispiel Rohstoffe (der BDI empfiehlt die Anerkennung des handelsrechtlich üblichen Lifo-Verfahrens auch für steuerliche Zwecke).

Ebenso sollten die Verlustverrechnungsmöglichkeiten verbessert werden. Neben einer deutlichen Verlängerung der Verlustvortragsfrist fordert der BDI die Aufhebung jeglicher betragsmäßiger Begrenzung des Verlustrücktrags (sowie Ausdehnung auf die Gewerbesteuer).

Bei der derzeit diskutierten Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs empfiehlt der BDI vor allem eine erhebliche Verringerung des Progressionszugriffs bei mittleren Einkommen und gibt zu bedenken, ob nicht zur Stimulierung der Leistungsbereitschaft der Spitzensatz der Einkommensteuer (und im Gefolge der Körperschaftsteuer) auf 50 (derzeit 56) Prozent begrenzt werden sollte.

Am heutigen Steuersystem kritisiert der BDI allgemein, daß die Unternehmensbesteuerung - im internationalen Vergleich - zu hoch sei und eine falsche Struktur aufweise. Die ertragsunabhängigen Bestandteile (vor allem Gewerbekapital- und Vermögensteuer) müßten auch dann in vollem Umfang gezahlt werden, wenn das Unternehmen keine Gewinne mache. Diese Besteuerung trage zur Eigenkapitalauszehrung bei.

INTERNATIONALE SCHULDENKRISE

Guth sieht noch keinen Anlaß zu einer Entwarnung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

An der internationalen Schuldenfront gibt es nach Einschätzung von Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, zwar keinen Grund zur Dramatisierung, aber noch keinesfalls eine Entwarnung. Das endgültige Ziel einer Wiederherstellung der Kreditfähigkeit der großen Schuldnerländer an den internationalen Märkten sei noch weit entfernt. Man müsse immer wieder mit Verzögerungen und Komplikationen im Schuldendienst rechnen, meinte Guth unter Hinweis auf die jüngsten Probleme mit Argentinien.

Nachdrücklich warnte er davor, die überraschende Argentinien-Regelung am letzten Wochenende zu positiv zu bewerten. Es sei lediglich eine Überbrückungslösung gefunden worden, auf die jetzt möglichst rasch geordnete längerfristige Vereinbarungen des Landes mit seinen Gläubigern auf der Basis eines IWF-Programmes folgen müßten.

Als erfreulich wertet Guth das Ingangkommen eines Anpassungsprozesses in den meisten überschuldeten Ländern, das sich in einem Rückgang des Leistungsbilanzdefizits der neun größten Problemländer von über 40 Mrd. Dollar im Jahre 1982 auf knapp zehn Milliarden im letzten Jahr spiegelt. Dabei dürfe aber nicht übersehen werden, daß Importdrosselung keine Dauermedizin sei und daß sich die mit dem IWF vereinbarten internen Stabilisierungsziele und -maßnahmen in manchen Fällen nahe an der politisch-sozialen Toleranzgrenze bewegten.

Als Kriterium für weitere finanzielle Schützenhilfe der Banken nannte Guth erkennbare Fortschritte bei der wirtschaftlichen Gesundung der Schuldnerländer und Aussichten für eine Wiederherstellung der Marktfähigkeit. Dabei müßten die Banken aber darauf vertrauen können, daß gerade in den langwierigen Problemfällen der IWF, die Weltbank und die Regierungen der Gläubigerländer einen fortgesetzten angemessenen Stützungsbeitrag leisten, damit sich ihre Engagements in diesen Ländern sowie ihr Wertberichtigungsbedarf in tragbaren Grenzen hielten. Vom IWF forderte Guth ein stärkeres Engagement als bisher durch Überwachung der Anpassungspolitik auch nach Auszahlung der Fondsmittel. Den Industrieländern, besonders den USA, empfahl der Bankier, durch Abbau überhöhter Budgetdefizite für monetäre Budgetdefizite für monetäre Entspannung zu sorgen, um kontinuierliches weiteres Wirtschaftswachstum zu sichern und ihre Märkte den Schwellen- und Entwicklungsländern mehr zu öffnen. Denn eine andere, nicht vom Markt ermöglichte Bereinigung der Verschuldungskrise würde für die Regierungen teurer.

An der heimischen Zinsfront hält der Bankier eine leichte Entspannung für möglich. Seine Hoffnungen auf eine Zinssenkung sind aber wegen der Abhängigkeit von den USA nicht allzu hochgespannt.

Reizthema Strom

Von JAN BRECH

Energiepolitik ist spätestens seit dem Kampf um das Kernkraftwerk Brokdorf in Hamburg ein Reizthema. Im Mittelpunkt stehen dabei immer wieder die Hamburgischen Electricitätswerke (HEW), die zwar mehrheitlich dem Stadtstaat Hamburg gehören, in der Rechtsform einer Aktiengesellllschaft, aber nicht vom Großaktionär direkt bestimmt werden können. Im SPD-regierten Hamburg das ohnehin unter atmosphärischer Störung zwischen Politik und Wirtschaft leidet, haben sich aus dieser Konstellation Dauerkonflikte ergeben, die immer wieder geschürt werden.

Den HEW selbst ist dies schlecht bekommen. Das Unternehmen befindet sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage. Die fast fünfjährige Verspätung der Fertigstellung des dieser Tage übergebenen Kernkraftwerks Krümmel, die Probleme mit dem Atommeiler Brunsbüttel, der unerwartet schwache Absatzverlauf sowie jährliche Kostenunterdeckung von fast 50 Millionen Mark aus vertraglichen Stromlieferungen an nach Hamburg mit Subventionen gelockte Großabnehmer sind einige Gründe für die Wende bei HEW.

Am nachhaltigsten hat jedoch die politische Einflußnahme an der Substanz gezehrt. HEW ist seit einigen Jahren ein Experimentierfeld für Politiker, die glauben, in Hamburg beispielhafte Energie- und Umweltschutzpolitik betreiben zu müssen und zwar ohne Rücksicht auf ökonomische Grundsätze. Am deutlichsten wird dies in der Tarifpolitik. Da in Hamburg im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern das Parlament der Stadt, die Bürgerschaft, Tariferhöhungen beschließt, ist jede Strompreisanhebung ein Politikum.

Das Zusammenstreichen der HEW-Anträge und die zeitliche Verzögerung der Genehmigung haben bei HEW inzwischen zu einem finanziellen Ausbluten mit Langzeitwirkung geführt. Es müssen zusätzliche Mittel beschafft werden, um die erheblichen Investitionen in der Zukunft finanzieren zu können, die vor allem verstärktem Umweltschutz dienen sollen. In diesem Punkt dokumentiert sich das schizophrene Verhalten der Politiker auf eindringliche Weise: Einerseits blockieren sie höhere Strompreise, andererseits machen sie immer größere Auflagen.

Was HEW dringend braucht, sind Kompetenz in der Tarifpolitik und Ruhe an der politischen Front. Es ist eine provinzielle Posse, wenn Verhandlungen im Finanzausschuß des Aufsichtsrats über eine Neufestlegung der Vorstandsgehälter wochenlanges politisches Trommelfeuer gegen HEW auslösen. An mehr Sachlichkeit muß besonders der Senat ein Interesse haben, der für die energiepolitische Weichenstellung der Stadt zuständig ist, bei der Umsetzung der Konzepte jedoch auf eine leistungsfähige und energiewirtschaftlich beschlagene HEW nicht verzichten kann.

Sachverstand ist umso dringlicher gefragt als sich vor HEW einige Probleme türmen. Mit dem Senat herrscht im Grundsatz zwar Einigkeit über die Verwirklichung eines Energiekonzepts auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung, doch alle energiepolitischen Langzeitperspektiven versperrt das Kernkraftwerk Brokdorf. Wächst der Stromabsatz in Hamburg auch künftig nicht um mehr als um 1,5 Prozent, ist sicher, daß HEW einen Teil der Grundlast von Brokdorf nicht voll benötigen wird.

Das Problem der Überkapazitäten wird noch gravierender, wenn sich HEW und der Partner NWK nicht über den bestehenden Vertrag von HEW-Stromlieferungen in das NWK-Konzessionsnetz einigen können. Ob dieser Vertrag 1985 ausläuft, ist juristisch umstritten, würde er aber beendet, verlöre HEW auf einen Schlag ein Absatzvolumen, das 16 Prozent der gesamten Stromproduktion entspricht.

Der Hamburger Senat will nach wie vor den völligen Ausstieg aus Brokdorf, der HEW-Vorstand setzt auf Zeit, um einmal die Absatzentwicklung abzuwarten und um zum anderen die 50-Prozent-Beteilung oder einen Teil davon nicht unter politischem Druck veräußern zu müssen. Auch spielen Überlegungen eine Rolle, daß so günstig wie in Brokdorf Kernkraft-Kapazitäten auf absehbare Zeit nicht mehr zu haben sind. Vor diesem Hintergrund sollte im Stadtstaat Hamburg die Einsicht reifen, daß es in einem Klima der Anfeindungen und Rachsucht nicht gelingen wird, das Thema Brokdorf im Rahmen einer langfristigen Energiepolitik sachgerecht einzuordnen.

AUF EIN WORT

„Man muß ganz nüchtern feststellen, daß der natürliche Ausleseprozeß durch den Marktmechanismus aufgrund staatlicher Stützungsmaßnahmen in wesentlichen Teilen der europäischen Nutzfahrzeugindustrie nicht mehr funktioniert."

Hans-Jürgen Hinrichs, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart.
FOTO: HINRICHS

Dollar auf 2,62 Mark

rtr, Frankfurt

Der US-Dollar hat am Mittwoch bei relativ ruhigem Geschäft an den europäischen Devisenmärkten geringfügig zugelegt. Beim Fixing an der Frankfurter Börse festigte sich die US-Währung auf 2,6200 DM gegenüber 2,6166 DM am Dienstag. Die Deutsche Bundesbank intervenierte nach Angaben von Händlern nicht. Der Markt ist von Nervosität angesichts der anhaltenden Ungewißheit über die künftige US-Geldpolitik geprägt. Unsicherheit über die amerikanische Zinsentwicklung kam erneut auf, weil am Dienstag nicht nur die Tagesgeldsätze in den USA anzogen, sondern auch die Zinsen für Broker-Kredite von zwei US-Banken heraufgesetzt wurden.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kammern: Probleme für den Mittelstand nehmen zu

WILHELM HADLER, Brüssel

Kleine und mittlere Industriebetriebe haben immer mehr Schwierigkeiten sich im europäischen Wettbewerb durchzusetzen. Dies zeigte eine Umfrage der Ständigen Konferenz der Industrie- und Handelskammers der EG, deren Ergebnisse gestern in Brüssel veröffentlicht wurden.

Danach ist es im vergangenen Jahr nur noch in Ausnahmefällen (Bundesrepublik plus 5 Prozent) zu mehr Firmengründungen gekommen. Die „Sterbeziffer" industrieller Unternehmen hat dagegen (vor allem in Griechenland und Frankreich) oft beunruhigende Größenordnungen erreicht.

„Man hat zu leicht geglaubt, daß die kleinen und mittleren Unternehmen die nötige Wendigkeit besäßen um unsere Volkswirtschaften aus der Krise herauszubringen", kommentiert der Dachverband diesen Zustand. Die Wirklichkeit sehe in den meisten europäischen Ländern anders aus. So laste ein Übermaß an Verwaltungserschwernissen, bürokratischen und sozialen Zwängen so wie Kreditrestriktionen schwerer auf den Unternehmen die keine angemessene Infrastruktur besäßen.

Nach der Umfrage hat sich zwar (vor dem Hintergrund der Festigung des Dollars) die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Erzeugnisse preislich verbessert. Trotzdem sehen die Kammern Anlaß zur Besorgnis. So seien die Exporte der europäischen Spitzenindustrien weniger stark gestiegen als die der Landwirtschaft und des Dienstleistungsbereichs. Gewisse „alte Industrien" (Pharmazeutik, Nahrungsmittel und Bekleidung) hätten sich im Export als erheblich erfolgreicher erwiesen.

METALL-INDUSTRIE

Geschäftsimpulse kommen aus dem In- und Ausland

dpa/VWD, Köln

Die Geschäftslage in der Metallindustrie hat sich nach einem Bericht des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Köln, zum Jahresbeginn gefestigt. Im Inlands- und Auslandsgeschäft zeige sich „die konjunkturelle Schubkraft" in fast gleicher Stärke, hieß es in der am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung. Der Auftragseingang bei Investitionsgütern habe sich in letzter Zeit deutlich verbessert.

Die ersten Beschäftigungswirkungen des in Gang gekommenen Aufschwungs würden durch die Zahl der Kurzarbeiter gekennzeichnet, die sich seit Januar 1983 von 653 000 auf 238 000 im Februar 1984 mehr als halbiert habe. Das entspreche einem Beschäftigungseffekt von 80 000 Vollarbeitskräften, errechneten die Metallarbeitgeber. In einzelnen Bereichen überwögen bereits die Neueinstellungen: Fahrzeugbau plus 5600, Elektroindustrie plus 2500, EBM-Industrie plus 1500, Datentechnik plus 1100 sowie NE-Metallindustrie und Gießereien zusammen plus 1000.

Als entscheidende Grundlage für die Konjunkturbelebung nannte der Arbeitgeberverband die Stabilisierung der Lohnkosten. Sie seien 1983 mit einem Zuwachs von 3,5 Prozent je Arbeitsstunde nur wenig mehr gestiegen als die Produktivität (plus 3,2 Prozent).

Allerdings müssen die Rahmenbedingungen für das Investieren nach Meinung der Arbeitgeber wegen der hohen Zukunftsrisiken noch besser werden, wenn der Aufschwung anhalten soll. Die Erträge seien auch 1983 um rund 20 Prozent niedriger als in der letzten Wachstumsphase 1978 bis 1980 gewesen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dresdner: Sechs Mark und 110 Mill. Rücklagen

Frankfurt (cd.) – Die Dresdner Bank erhöht, wie erwartet, ihre Dividende von vier auf sechs DM je 50-DM-Aktie; einschließlich Steuergutschrift ergibt sich ein Gesamtertrag von 9,38 DM je Aktie. Aus dem um 64,5 Prozent auf 228,6 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß werden dafür 118,6 Mill. DM benötigt. Mit einem um 50 auf 110 Mill. DM erhöhten Betrag werden die offenen Rücklagen stärker dotiert als je zuvor. Daneben sei wieder eine „betonte Vorsorge zur Absicherung gegen in- und ausländische Risiken" getroffen worden. Dafür habe ein um 38 Prozent auf 1158 Mill. DM verbessertes Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft sowie ein wieder sehr hoher Handelsgewinn zur Verfügung gestanden, teilt die Bank mit. Der HV wird die Schaffung von 100 Mill. DM bedingtem Kapital für die Ausgabe von Optionsanleihen zum Bezug von Aktien der Dresdner Bank AG vorgeschlagen. Dr. Manfred Meier-Preschany ist am 3. April auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden. Zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern wurden die stellvertretenden Vorstandsmitglieder Jürgen Sarrazin und Piet-Jochen Etzel zum 1. Mai bestellt.

BHF-Bank zahlt Bonus

Frankfurt (cd.) – Die BHF-Bank will zur unveränderten Dividende von neun DM je 50-DM-Aktie einen Bonus von 1,50 DM zahlen. Die offenen Rücklagen sollen um 25. Mill. DM gestärkt werden, wovon fünf Mill. DM aus der Umwandlung stiller Reserven kommen. Der HV soll ferner die Schaffung von 50 Mill. DM genehmigten Kapitals zur Ausgabe von 200 Mill. DM Wandel- oder Optionsanleihen vorgeschlagen werden.

Stahl-Hersteller klagen

Luxemburg (dpa/VWD) – Die drei großen deutschen Stahlkonzerne Hoesch, Thyssen und Krupp haben vor dem Europäischen Gerichtshof (EGH) Klage gegen die EG-Kommission eingereicht. Während Hoesch sich gegen die Vorlage des Wirtschaftsprüferberichts im Rahmen von Nachprüfungen der EG-Kommission wehrt, beantragen Thyssen und Krupp die Aufhebung der Bestimmungen vom 31. Januar 1984, mit denen die Vergabe zusätzlicher Quoten geregelt wird. Die Kommission will bei Hoesch Nachprüfungen wegen angeblich verbotener Praktiken bei der Berechnung von Preisen für Stahlerzeugnisse vornehmen. Das Unternehmen weigert sich aber, den angeforderten Wirtschaftsprüferbericht vorzulegen. Thyssen und Krupp werfen der EG-Kommission vor, die Kriterien für die Gewährung von Zusatzquoten insofern eingeengt zu haben, als ein Kapazitätsabbau, der vor dem 1. Januar 1980 vorgenommen wurde, nicht berücksichtigt wird.

Ausbau in Berlin

Berlin (wz) – Berlin wird als Standort der Mikroelektronik weiter ausgebaut. Mit diesem Kommentar bestätigte gestern der Senat, daß die Nixdorf Computer AG, Paderborn, das Gelände der AEG an der Brunnenstraße im Bezirk Wedding zum großen Teil übernehmen wird. Firmenchef Heinz Nixdorf und Finanzsenator Gerhard Kunz haben über die Erbpacht einen Vertrag unterzeichnet. Nixdorf ist in Berlin schon mit Produktions- und Forschungsstätten vertreten und beschäftigt hier zur Zeit rund 1200 Mitarbeiter. Für den Ausbau des traditionellen Geländes an der Brunnenstraße ist ein Stufenplan vorgesehen. In mehreren Bauabschnitten sollen bis 1987 mehr als 100 Mill. DM in die Errichtung von Fabrikationsstätten für die Datenverarbeitung investiert werden. Im Endausbau wird eine Zahl von rund 6000 Mitarbeitern anvisiert.

Rohölimporte gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik sind in den ersten beiden Monaten 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15,2 Prozent auf 12,3 Millionen Tonnen gestiegen. Bei einem Durchschnittspreis von 619,72 DM je Tonne Rohöl frei deutsche Grenze habe die Rohölrechnung dafür knapp 7,6 Mrd. DM betragen, berichtete das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Wiesbaden aufgrund vorläufiger Berechnungen. Damit lag – so das Bundesamt – der durchschnittliche Preis pro Tonne Rohöl für Januar und Februar zusammen zwar um 16,23 DM über dem entsprechenden Vorjahreswert. Gegenüber dem Vormonat verbilligte sich der Rohöldurchschnittspreis im Februar allerdings um 18,66 DM auf 610,45 DM.

DIW

Warnung vor einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten"

PETER WEERTZ, Berlin

Die Europäische Gemeinschaft hat nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) politisch und ökonomisch an Attraktivität und Gewicht verloren. Sie sei heute nicht mehr auf dem Weg zur „Wirtschafts- und Währungsunion", meint das Berliner Konjunkturforschungs-Institut. Der Verfall des Erreichten, die spektakulären Fehlentwicklungen (Agrarmarkt) sowie die Erschöpfung der Innovations- und Finanzkraft hätten die EG in Verruf gebracht.

In dieser Lage stellt das Institut die Frage nach den Alternativen. Soll die EG auf jeden tiefergehenden Integrationsehrgeiz verzichten oder sich auf ein integriertes „Kern-Europa" mit einer „Peripherie von Nachzüglern" beschränken, denen je nach politischem Willen und wirtschaftlicher Kraft der Anschluß offensteht? Zu den „Alternativen künftiger Europapolitik" zählt das Institut außerdem den Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments für die „Europäische Union" mit einer bundesstaatlichen Prägung oder das zweite Modell eines „Kern-Europas".

Darin bringt eine Gruppe von Mitgliedsstaaten die Integration auf bestimmten Gebieten wie Harmonisierung des Steuersystems, Abschaffung der Binnengrenzen sowie die Abstimmung in geld- und finanzpolitischen Instrumenten voran. Hier warnt freilich das Institut vor den negativen Folgen dieses „Europas der zwei Geschwindigkeiten". Wichtiger hingegen für die Weiterentwicklung der EG erscheint dem Institut, daß die Einstimmigkeit der Beschlüsse wieder durch Mehrheitsentscheidungen abgelöst werden.

KREDITWESEN-NOVELLE / Kompromiß um Haftungszuschlag zeichnet sich ab

Genußscheine als Eigenkapitalersatz?

HEINZ HECK, Bonn

Bei der Novellierung des Kreditwesen-Gesetzes (KWG), die am Freitag auf der Tagesordnung des Bundesrats steht, zeichnet sich möglicherweise ein Kompromiß zwischen der Bundesregierung und einer Ländermehrheit ab. Das federführende Bundesfinanzministerium lehnt jede Aufweichung in Richtung nachrangig haftender Verbindlichkeiten oder eines Haftungszuschlags zugunsten der Sparkassen kategorisch ab. Die von einer Bundesratsmehrheit, bestehend aus den SPD-regierten Ländern sowie Baden-Württemberg und Bayern, voraussichtlich auch morgen geforderte Einführung eines 20prozentigen Haftungszuschlags für Sparkassen ist daher ohne Chance.

Die Bundesregierung signalisiert allerdings Bereitschaft, sich als Kompromiß auf die Einbeziehung von Genußscheinen zu verständigen, wenn deren Ausstattung gewisse Mindestbedingungen erfüllt. Mit Blick hierauf dürfte der Bundesrat morgen eine Empfehlung an die Bundesregierung richten, die darauf zielt, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Anerkennung von Genußscheinkapital als haftendes Eigenkapital zu prüfen, um so die Wettbewerbssituation zwischen den Kreditinstituten zu verbessern.

Vor allem Niedersachsen ist in dieser Vermittlerrolle bei den vorangegangenen Beratungen in den zuständigen Ausschüssen der Länderkammern initiativ gewesen. Die Ausstattung der Genußscheine muß so gestaltet sein, daß sie den Gläubigerschutz gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden. Für Genußscheine gibt es ebenso wie für stille Beteiligungen (deren Anerkennung als Eigenkapitalsurrogat ebenfalls in der Länderkammer diskutiert wird) vielfältige Ausgestaltungsmöglichkeiten. Von der stillen Beteiligung unterscheiden sie sich vor allem darin, daß die Rechte in Wertpapieren verbrieft sind und somit gehandelt werden können. Aufgrund dieser Fungibilität ist es einfacher, die Genußscheine unkündbar auszugestalten. Damit nähern sie sich dem Charakter der Aktie und sind als Anlagepapier für eine breite Streuung geeignet. Die steuerliche Behandlung hängt wiederum von der Ausgestaltung ab (bei Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös wird der Genußschein wie Eigenkapital behandelt und den entsprechenden steuerlichen Sonderbelastungen unterworfen). Falls man steuerlich als Eigenkapital behandelte Genußscheine für die Sparkassen einführen will, muß für die Ausschüttung hierauf das körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren eingeführt werden. Andernfalls würden die Genußscheine prohibitiv besteuert.

EG

Erleichterung für Mittelständler

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission will kleine und mittlere Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft zur Zusammenarbeit ermuntern. Sie plant deshalb, den Anwendungsbereich der Verordnung über die Gruppenfreistellung bestimmter Spezialisierungsvereinbarungen vom Kartellverbot des Römischen Vertrages zu erweitern.

Wie aus einer Mitteilung der Behörde hervorgeht, soll die Obergrenze für den jährlichen Gesamtumsatz der an der Spezialisierung beteiligten Unternehmen von gegenwärtig 300 Mill. Ecu (675 Mill. DM) auf 500 Mill. Ecu (1,12 Mrd. DM) erhöht werden. Außerdem will die Kommission Vorschriften über ein beschleunigtes Verfahren in die Verordnung aufnehmen.

Danach sollen Vereinbarungen, die die Jahresumsatzgrenze und/oder einen Marktanteil von 15 Prozent in einem wesentlichen Teil der EG überschreiten, nicht aber eine Obergrenze von 25 Prozent, in den Genuß der Gruppenfreistellung gelangen. Voraussetzung ist, daß sie bei der Kommission angemeldet werden und diese innerhalb einer bestimmten Frist keine Einwände erhebt.

Vor Verabschiedung dieser Änderungen muß noch der (aus Experten der Mitgliedsländer zusammengesetzte) Beratende Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen gehört und den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Die Kommission rechnet jedoch mit einer endgültigen Verabschiedung der Verordnung vor Ende des Jahres.

Der Förderung der Zusammenarbeit kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie der Stärkung der europäischen Industrie im internationalen Wettbewerb dient auch ein Vorschlag zur Freistellung von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung, der bereits vor einiger Zeit vorgelegt worden ist. Auch er wird voraussichtlich demnächst Rechtskraft erhalten.

JUGOSLAWIEN / IWF fordert Angleichung des Zinssatzes an die Inflationsrate und Aufhebung des Preisstopps

Firmen befürchten Verteuerung der Kredite

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Jugoslawien hat die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die an eine weitere Kreditgewährung geknüpft sind, angenommen. Der Währungsfonds verlangt von Belgrad eine Abwertung des Dinars um 18 bis 20 Prozent, die nun in zwei Etappen vorgenommen werden soll. Ferner wird der inländische Zinssatz an die Inflationsrate angeglichen, die 1983 bei etwa 60 Prozent lag und in diesem Jahr selbst unter ungünstigen Bedingungen unter 40 Prozent liegen soll. Entscheidend ist aber, daß die jugoslawischen Behörden auf Verlangen des Währungsfonds zum 1. Mai den bisher geltenden Preisstopp aufheben werden.

Besonders die beiden letzteren Maßnahmen werden in politischen Kreisen Belgrads und der sechs Teilrepubliken mit einem gewissen Unbehagen betrachtet. Die Angleichung des Zinssatzes an die Inflationsrate, befürchten zahlreiche Unternehmen, wird Inlandskredite derart verteuern, daß viele Betriebe in Schwierigkeiten geraten. Besonders die nicht rationell und wirtschaftlich arbeitenden Betriebe könnten auf diese Weise zu einer Art Offenbarungseid gezwungen werden. Die Aufhebung des Preisstopps bedeutet wiederum, daß eine Maßnahme rückgängig gemacht wird, mit der die jugoslawische Bundesregierung bisher versucht hatte, die um sich greifende Inflation zu bremsen.

Dennoch sind Wirtschaftsexperten der Meinung, daß die Roßkur, die der IWF den Jugoslawen verordnet hat, den einzigen Weg darstellt, um das Land aus seiner enormen Verschuldung und aus seiner binnenwirtschaftlichen Stagnation herauszuführen. Die jugoslawische Ministerpräsidentin Milka Planinc bereitet die Jugoslawen bereits auf schwerwiegende Einschränkungen vor.

Dafür gewährt das Abkommen mit dem IWF und mit 15 Gläubigerländern, daß Jugoslawien auch in diesem Jahr mit einer Fortsetzung von ausländischen Krediten und Hilfsmaßnahmen rechnen kann, die bis zum 31. Dezember allein den Betrag von drei Milliarden Dollar umfassen werden. Davon sind allerdings nur 400 Millionen Dollar neue Finanzkredite. Die restliche Summe setzt sich aus früher eingegangenen Zahlungsverpflichtungen und Warenkredite zusammen, für die jetzt ein Zahlungsaufschub vereinbart wurde.

Der „Offenbarungseid Jugoslawien" vor dem IWF ist in den Führungskreisen der regierenden Kommunisten nicht ohne Widerspruch akzeptiert worden. Regierungschefin Planinc hat bei Besuchen in den sechs Teilrepubliken und autonomen Provinzen die dortigen Landes- und Provinzregierungen dazu überreden müssen, einer gewissen Einschränkung ihrer föderalistischen Prärogative freiwillig zuzustimmen. Der Währungsfonds, der in seinen Forderungen auf die komplizierte föderalistische Struktur des Landes wenig Rücksicht nehmen kann, wirkt indirekt somit als „Zentralisator": Bundesregierung und jugoslawische Nationalbank erhalten über das IWF-Abkommen zusätzliche Vollmachten. Die Belgrader Regierung meint, durch das Abkommen bleibe Jugoslawien eine Umschuldung erspart. Radikale Stimmen allerdings vertraten die Auffassung, eine solche Umschuldung wäre gar nicht das schlechteste – sie würde das Land von endlosen Zinszahlungen befreien, da allein die Bedienung der vorjährigen und diesjährigen Kredite bereits 300 Millionen Dollar kostet.

Eine der Ursachen, warum die Jugoslawen jetzt solche radikalen Maßnahmen ergreifen müssen, liegt in der Untätigkeit der oft widerstreitenden Bundes- und Republik-Instanzen. Slobodan Milosevic, Mitglied des ZK-Präsidiums der Republik Serbiens, faßte diesen Zustand in den Worten zusammen: „Alle Fragen, die im vergangenen Jahr offen waren, sind auch heute noch offen." Die Verluste häuften sich, die Auslandsverschuldung liege inzwischen bei 21 Mrd. Dollar, nachdem sie 1981 noch 15,4 Mrd. Dollar betragen hatte. In der Handelsbilanz im konvertiblen Währungsbereich klaffte 1983 eine Lücke von 1,3 Mrd. Dollar. Der Lebensstandard sei bis an die Grenze des Erträglichen gesenkt worden.

THYSSEN / Sohl wehrt sich gegen Vorwürfe

Nie Nebenregierung gebildet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Grundfalsch sei alle veröffentlichte Deutung, er habe gegen den Vorstandsvorsitzenden Dieter Spethmann Position bezogen, weil dieser die große Krupp/Thyssen-Stahlfusion im letzten Herbst nicht zustande brachte. Desgleichen die Behauptung, er habe sich als Ehrenvorsitzender der Thyssen AG in Vorstandsgeschäfte eingemischt oder gar eine „Nebenregierung" gebildet. Wahr sei freilich, daß seit Mitte 1982 zwischen Spethmann und ihm „grundlegende Meinungsverschiedenheiten bestehen, die aber ausschließlich Budd betreffen".

Mit solcher Replik meldet sich der viel zitierte und kritisierte frühere Konzernbaumeister und heutige Ehrenvorsitzende Hans-Günther Sohl (77) erstmals öffentlich zu Wort. Seinen immer noch großen Einfluß demonstriert er mit gleichzeitiger (vom Kanzler genehmigter) Bekanntgabe seines Briefes an den Bundeskanzler vom 25. Oktober 1983, der ein Gespräch Kohl/Sohl vom 21. Oktober zusammenfaßt. Danach jedenfalls hat Sohl die Position des Thyssen-Vorstands praktisch voll gestützt, der für eine Stahlfusion mit Krupp öffentliche Schulden-Entlastungshilfe von 1,2 Mrd. DM beim Partner verlangte, um das Risiko fürs eigene Unternehmen begrenzt zu halten. Bekanntlich scheiterte die Fusion dann daran, daß Bonn nur 0,5 Mrd. DM Zuschuß für Krupp geben wollte.

Auch mit seinen weiteren Darlegungen im Brief an den Kanzler zeigt sich Sohl hinsichtlich der tödlichen Gefahr der EG-Subventionslawinen für die deutsche Stahlindustrie und ihrer notwendigen Neustrukturierung voll auf der Höhe der Zeit. Dunkel läßt er bei seinem Schritt in die Öffentlichkeit aber, was „Meinungsverschiedenheiten" mit dem amtierenden Konzernchef für einen Ehrenvorsitzenden überhaupt an Relevanz haben dürften und ob er eine Alternative zu dem Genesungskurs bei Budd hätte, den der Thyssen-Vorstand seit nunmehr knapp zwei Jahren offensichtlich erfolgreich steuert.

ÖSTERREICH / Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hemmt die Konsumnachfrage

Warenausfuhr hat sich erstaunlich belebt

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Deutlich gebessert haben sich die Aussichten für die österreichische Wirtschaft seit Jahresbeginn. Davor hatte schon eine äußerst rege Konsumnachfrage, induziert durch die erwartete Mehrwertsteuererhöhung per 1.1.1984, zu einem unerwarteten Wachstum des Bruttoinlandsproduktes 1983 von 1,9 Prozent geführt (Prognose im Dezember: 1 Prozent).

Die Konsumimpulse sind zur Jahreswende von einer überaus starken Exportbelebung abgelöst worden. Die Steigerungsraten betrugen im Januar 18,8 und im Februar 25 Prozent. Für das gesamte Jahr 1984 rechnen die Wirtschaftsforscher in den jetzt revidierten Prognosen mit einem Jahresanstieg der Warenausfuhren von nominell 13,5 und real 8,5 Prozent. Begründet wird dieser Optimismus mit einer guten Auftragslage und einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Österreich profitiert überdies nach Expertenmeinung derzeit besonders von dem verstärkten Lageraufbau im Ausland, da in der Exportstruktur die Vorprodukte einen starken Anteil haben.

Weil sich auch die seit Jahren stagnierende Investitionstätigkeit belebt, haben die Wirtschaftsforscher die Wachstumsprognose für das gesamte Bruttoinlandsprodukt 1984 von 1,5 auf real mindestens 2,5 Prozent erhöht. Dies, obwohl der private Konsum um gut ein Prozent zurückgeben wird und auch von der öffentlichen Hand kaum Impulse zu erwarten sind. Im Gegenteil: Die Regierungsmaßnahmen zur Budgetsanierung dürften das Wachstum sogar um ein Prozent beeinträchtigen.

Besser werden nunmehr auch die Aussichten im Fremdenverkehr beurteilt. Nachdem im Vorjahr noch so wie 1982 die Zahl der Nächtigungen um mehr als zwei Prozent zurückgegangen ist, zeichnet sich inzwischen eine deutliche Belebung ab. Den optimistischen Erwartungen entsprechend, rechnen die Prognostiker mit einer Arbeitslosenrate unter fünf Prozent. Die Verbraucherpreise dürften sich um rund 5,5 Prozent erhöhen (1983: 3,3 Prozent).

Henkell konnte Absatz steigern

adh. Frankfurt

„Wir arbeiten an der Zukunft", kommentiert Franzjosef Höfler, Generalbevollmächtigter der Henkell & Co Sektkellereien, Wiesbaden, die drastische Steigerung der Henkell-Werbeaufwendungena auf gut 11 (i. V. 7) Mill. DM im vergangenen Jahr. Dies hat offenbar Wirkung gezeigt. Bei einem insgesamt auf 333 Mill. Flaschen leicht geschrumpften Sektmarkt erzielte Henkell Trocken 1983 ein Absatzplus von 12 Prozent auf 12 (10,7) Mill. Flaschen; Carstens SC – im „hartbedrängten Mittelpreisfeld" – von 1,4 Prozent auf 7,4 Mill. Flaschen; der Rüttgers Club-Absatz sank dagegen um sechs Prozent auf 15,1 Mill. Flaschen.

Höfler hält es angesichts der Marktsituation – Verdrängungswettbewerb über den Preis – für ausgeschlossen, bei Rüttgers wieder auf den früheren Stand von 30 Mill. Flaschen im Jahr zu kommen.

Mit dem Markterfolg der Traditionsmarke und einem strikten Sparprogramm – die Investitionen wurden auf 2 (0) Mill. DM bei 7 Mill. DM Abschreibungen zusammengestrichen, – die Zahl der Mitarbeiter, 1982 um ein Viertel auf 450 gesenkt, blieb aber unverändert – ist es dem Unternehmen gelungen, aus den roten Zahlen herauszukommen. Höfler spricht von einem „deutlich verbesserten" Betriebsergebnis und einer Rendite im Durchschnitt der Lebensmittelindustrie.

REUTERS / Gesunde Basis für Börseneinführung

Gewinn stieg um 50 Prozent

WILHELM FURLER, London

Reuters, die internationale Presseagentur, die sich auf Informationsdienste für Wirtschaft und Finanz spezialisiert hat, konnte im vergangenen Geschäftsjahr ihren Gewinn vor Steuern um 50 Prozent erhöhen. Nach einem Vorsteuer-Gewinn im Geschäftsjahr 1982 in Höhe von 36,73 Mill. Pfund stieg er 1983 auf 55,25 Mill. Pfund (207 Mill. DM). Der Umsatz von Reuters kletterte von 179,9 Mill. auf 242,6 Mill. Pfund. Der Anteil des Vorsteuer-Gewinns am Umsatz stieg von 20 auf 23 Prozent.

Das gute Ergebnis veranlaßte die Geschäftsführung, die Anhebung der Jahres-Dividende von 60 auf 80 Pfund je Anteil vorzuschlagen. Reuters ist gegenwärtig im Besitz der britischen regionalen und überregionalen Tageszeitungen mit jeweils etwa 41 Prozent der Anteile, der australischen (14 Prozent) und der neuseeländischen Presse (drei Prozent) und der Reuters-Direktoren mit zwei Prozent. Börsenhändler in London sind der Ansicht, daß die von Reuters erzielten Ergebnisse eine „sehr gesunde Basis" für die gegen Ende nächsten Monats geplante Börsen-Einführung des Nachrichten-Unternehmens darstellen. Wie berichtet, wird Reuters bis zu 30 Prozent ihres Aktienkapitals simultan an den Börsen in London und New York anbieten.

Der Börsenwert der 133 Jahre alten und von einem Deutschen gegründeten Agentur wird auf mindestens eine Milliarde Pfund geschätzt. Einige Branchenkenner nennen sogar 1,5 Mrd. Pfund, das wären 5,6 Mrd. DM. Neben den sogenannten A-Aktien, die von den bisherigen Eigentümern gehalten werden und 25 Prozent des Reuters-Aktienkapitals repräsentieren (und die mit einem vierfachen Stimmrecht ausgestattet werden), werden B-Aktien angeboten, die knapp 75 Prozent des Aktienkapitals repräsentieren werden und ein Stimmrecht tragen. Daneben werden noch E-Aktien für Direktoriums-Mitglieder ausgegeben.

FRANKREICH / Bedarf an Ausrüstungsgütern sinkt

Staatliche Hilfe gefordert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die in Frankreich seit drei Jahren sinkende Investitionstätigkeit hat die Herstellung von Ausrüstungsgütern für die Bauwirtschaft, den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Automobilindustrie schwer getroffen. Ihr Branchenverband MTPS, dem 220 Unternehmen mit 28 200 Beschäftigten angehören, hält deshalb eine staatliche Hilfe für lebensnotwendig. Gefordert werden in den drei Jahren bis 1986 Zinssubventionen von je 100 Millionen Franc.

Dieser an den Kosten der großen industriellen Restrukturierungspläne gemessen als verhältnismäßig bescheiden bezeichnete Sanierungsbeitrag des Staates bezieht sich auf einen Umsatz von 11,5 Mrd. Franc 1983. Er war gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Prozent geschrumpft. Die Belegschaft der Branche verminderte sich um 2300 Personen, acht Prozent der Firmen gingen in den Konkurs.

Die Lage wäre noch schlimmer, wenn nicht der Export auf dem Vorjahresniveau von acht Mrd. Franc hätte gehalten werden können, womit er immerhin 70 Prozent des Gesamtumsatzes erreichte. Das lag nicht nur an der weniger schlechten Auslandskonjunktur und an der Dollar-Hausse, sondern auch daran, daß etwa die Hälfte der Unternehmen von ausländischem, insbesondere amerikanischem Kapital (Poclain, Harvester usw.) kontrolliert wird.

Im Inlandsgeschäft dagegen schrumpfte der Umsatz um 13,7 Prozent (real um 20,3 Prozent). Aber die Importe gingen noch stärker zurück, nämlich um nominal 34 Prozent. Hier scheint die Bevorzugung nationaler Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine gewisse Rolle gespielt zu haben. So konnte der Ausfuhrüberschuß in diesem Wirtschaftsbereich von 3,9 auf fünf Mrd. Franc gesteigert werden. Auch wegen dieses Beitrags zur Sanierung der französischen Handelsbilanz hält der Verband eine staatliche Hilfe für gerechtfertigt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Ingrid Plum, Bauunternehmung, Alsdorf; **Arnsberg:** Nachl. d. Carl-Heinz Gerhard Willy Schult; **Bad Berleburg:** Holzwerke Hohenstein Heinrich Borghaus GmbH, Bad Laasphe; **Gelsenkirchen:** Gerd Glimmberger, Kaufmann, Gladbeck; **Heilbronn:** Nachl. d. Christian Karl Eismann, Affalterbach; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Ernst Mayska, Kaufmann; **München:** Karyatis Bekleidungsvertrieb GmbH; G.f.S. Ges. f. Systementwicklung mbH; Sportic Sportswear- u. Schuhhandel GmbH, Markt Schwaben; Nachl. d. Maximilian Wilhelm Hagn, Fuhrunternehmer, Unterhaching; **Vechta:** Heinz Fänger, selbst. Bauingenieur.

Vergleich beantragt: Duisburg: Wolf Graf von Westarp, Kaufmann, Mülheim

ÄGYPTEN / Partner zur Ausbeutung der Erdgasvorkommen des Landes gesucht

Der Energiebedarf steigt ständig

MICHEL GARIN, Kairo

Ägypten sucht nach Angaben von Erdölkreisen in Kairo dringend ausländische Partner zur Ausbeutung der Erdgasvorkommen des Landes. Der Generaldirektor der staatlichen Gesellschaft „Egyptian General Petroleum Corporation" (EGPC), Abdel Atti Kandil, forderte kürzlich mehrere internationale Gesellschaften zu Vorschlägen für die Erschließung der Methanvorkommen auf. Kairo wünscht eine schnelle Nutzung der Methanvorkommen, da die geplanten Kernkraftwerke frühestens 1990 in Dienst gestellt werden können und der Energiebedarf des Landes ständig zunimmt.

Der Verbrauch von Erdölerzeugnissen steigt gegenwärtig jährlich um 12 bis 15 Prozent und damit erheblich schneller als die Rohölproduktion des Landes. Falls diese Lage anhält, werden die für den Export verfügbaren Rohölquantitäten und damit die daraus erlösten Devisen bald stark zurückgehen. Ägypten kann heute nach Abzug der Mengen, die den an der Erdölförderung beteiligten ausländischen Gesellschaften zustehen, über jährlich rund zehn Millionen Tonnen Rohöl für den Export verfügen.

Die bekannten Methanreserven Ägyptens belaufen sich auf 200 Mrd. Kubikmeter. Sie dürften nach der kürzlichen Entdeckung neuer Vorkommen jedoch noch ganz erheblich höher liegen. Der Binnenverbrauch wird 1984 rund drei Mill. Tonnen Rohöläquivalenz (RÖÄ) erreichen, nachdem er von 0,7 Mill. Tonnen 1978 auf 2,3 Mill. Tonnen RÖÄ 1983 anstieg. Für 1990 wird mit einem Verbrauch von zehn Mill. Tonnen RÖÄ gerechnet. Das Land verfügt nicht über die für die schnelle Erschließung der Methanressourcen notwendigen Mittel. Die seit 1980 von der EGPC verfolgte zögernde Politik auf dem Gassektor ist nach Ansicht ausländischer Investoren längst überholt und müßte neu festgelegt werden.

Sie verweisen darauf, daß eine Beteiligung an der Erschließung der Vorkommen heute uninteressant ist, da der Gaspreis auf dem ägyptischen Binnenmarkt durch hohe Staatssubventionen künstlich gedrückt wird. Westliche Erdölkonzerne vertreten die Auffassung, Kairo könne nur dann mit Unterstützung bei der Erschließung und Ausbeutung der Methanvorkommen rechnen, wenn Erdgas exportiert wird.

Erdgas wurde in Ägypten relativ spät entdeckt. 1967 wurden mittelgroße Vorkommen in Abu Madi im Nildelta, 1969 im Meer vor Abu Qir östlich von Alexandria und 1970 in Abu Gharadig westlich von Kairo in der Wüste gefunden. Das bei der Rohölförderung austretende Erdgas war zunächst abgefackelt worden. Es wurde erst später in der Region des Golfs von Suez in Leitungen eingespeist und nach Kairo und die Industrievorstadt Heluan transportiert. Hier wird es hauptsächlich zur Befeuerung der Elektrizitätswerke und in der Kunstdünger-, Zement- und Stahlindustrie eingesetzt.

1980 änderte die EGPC ihre Gaspolitik. In Zusammenarbeit mit den Erdölkonzernen „Agip" (Italien), „Elf-Aquitaine" (Frankreich) und „British Petroleum" (Großbritannien) wurden die Methanreserven des Landes genauer ermittelt. Der ägyptische Staatskonzern arbeitete gleichzeitig Pläne für die künftige Nutzung dieser Vorkommen aus. Dabei wurde bestimmt, daß Methan nur nach der Bildung einer erwiesenen „nationalen Gasreserve" von 345 Mrd. Kubikmetern, die ausschließlich dem Binnenverbrauch vorbehalten sein soll, exportiert werden kann. Die Erdölgesellschaften müssen nach dem Beschluß der EGPC zur Bildung der „Reserve" beitragen, indem sie alle neuentdeckten Vorkommen gänzlich oder zum Teil dem Staatskonzern übertragen.

Experten vertreten die Auffassung, daß ein Export von ägyptischem Erdgas frühestens zu Beginn der neunziger Jahre möglich wäre. Allerdings deutet die Aufforderung des EGPC-Präsidenten Kandil an die ausländischen Konzern, „Vorschläge" für die Erschließung der Gasvorkommen zu machen, darauf hin, daß sich auch Ägypten der Notwendigkeit einer Revidierung der bisher verfolgten Politik bewußt ist. (AFP)

VW / Auslieferungen im Inland kräftig gestiegen

Auf klarem Wachstumspfad

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Einen hervorragenden Start in das Jahr 1984 verzeichnet der Volkswagen-Konzern. Vorstandschef Carl H. Hahn erklärte auf einer Betriebsversammlung im Wolfsburger Stammwerk, vor allem die Auslieferungen von VW und Audi im Inland rechtfertigten die Aussage, daß das Automobiljahr 1984 Anlaß zur Zuversicht gebe. Hahn: „Wir befinden uns wieder auf einem klaren Wachstumspfad."

Weltweit habe der Konzern in den beiden ersten Monaten 334 000 Fahrzeuge an Kunden ausgeliefert und damit das Vorjahresergebnis um 6,2 Prozent übertroffen. Der Erfolg des neuen „Golf" und die positive Marktaufnahme des kürzlich eingeführten „Jetta" habe im Inland die Auslieferungen um gut 16 Prozent ansteigen lassen. Auf den westeuropäischen Auslandsmärkten sei das Vorjahresniveau allerdings nur gut gehalten worden. An der Belebung des Pkw-Marktes in den USA partizipiere VW sowohl bei Fahrzeugen aus der US-Fertigung als auch über die Importe. Dagegen seien die Märkte in Mexiko und Brasilien weiterhin stark problembehaftet.

Hahn bezeichnete die Wettbewerbsfähigkeit als den entscheidenden Faktor für den Erfolg vor allem auf den hart umkämpften Auslandsmärkten. Deshalb sei eine Steigerung der Produktivität bei VW vordringliches Ziel. Nur diejenigen Automobilhersteller, die bei der Rationalisierung in der Spitzengruppe liegen und in den Technologien liegende Chancen konsequent ausnutzen, könnten Marktanteile gewinnen. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, so Hahn, könne sich die deutsche Automobilindustrie ohne Negativfolgen nicht leisten.

Der VW-Chef nannte die unterschiedliche Absatzsituation für die Modelle des Konzerns als Grund dafür, daß seit Beginn des Jahres ein Personalausgleich zwischen den einzelnen Werken organisiert werden muß. Derzeit arbeiten rund 500 Mitarbeiter aus den Werken Hannover, Emden und Braunschweig zeitlich befristet im Werk Wolfsburg.

DEUTSCHE BANK / Für Expansion gerüstet und gegen Risiken gut gewappnet

Spitzenertrag nochmals gesteigert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach der vorwöchigen Ankündigung einer Dividendenerhöhung von 11 auf 12 Mark je 50-DM-Aktie und einer Dotierung der offenen Rücklagen mit 150 (0) Mill. DM war es nicht überraschend, daß die Deutsche Bank einen Abschluß vorlegt, dem Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians uneingeschränkt das Prädikat gut erteilte. Immerhin hat die größte deutsche Bank ihr Betriebsergebnis einschließlich der Eigenhandelsgewinne gegenüber dem vorjährigen Rekordertrag nochmals um 10,4 Prozent auf schätzungsweise 2,8 Mrd. DM gesteigert und im Konzern sogar um 17,1 Prozent auf eine Größenordnung von vier Mrd. DM.

Der AG, die 51 Prozent zum Konzerngeschäftsvolumen von 216 Mrd. DM (plus 45,7 Prozent) beisteuert, erlaubt das '83er Betriebsergebnis, von dem schätzungsweise 750 Mill. DM (plus 7,2 Prozent) aus dem vor allem vom Aktiengeschäft geprägten Eigenhandel stammen, einen Betrag in der Größenordnung von 1,3 Mrd. DM, rund ein Viertel weniger als im Vorjahr, für die Risikovorsorge beiseite zu packen, wobei die Wertberichtigungen für Inlandsrisiken weniger bedacht wurden, die auf internationale Kredite mit etwa dem gleichen Betrag wie im Vorjahr. Denn an der internationalen Schuldenfront sei, so Christians, noch keine Entwarnung gegeben.

Hier will sich die Bank, die im Konzern mit 6,2 Mrd. DM in den zehn größten Problemländern engagiert ist, gegen alle Eventualitäten absichern. Sie hat ihre Länderengagements je nach Risikoträchtigkeit inzwischen auf 75 bis 25 Prozent wertberichtigt. Die in der AG angesammelten Wertberichtigungen summieren sich, wie aus Vorstandsangaben zu errechnen ist, mittlerweile auf eine Größenordnung von 5,7 Mrd. DM, davon jeweils rund die Hälfte für in- und ausländische Kreditrisiken.

Ihre Ertragssteigerung verdankt die Deutsche Bank der weiteren Rentabilitätsverbesserung des laufenden Geschäfts, in dem sie mit dem Einsatz von zehn Mark Personal- und Sachaufwand einen von 16,12 auf 16,46 DM erhöhten Zins- und Provisionsüberschuß erwirtschaftete. Zum Anstieg des Provisionsüberschusses um 14,2 Prozent auf 1,075 Mrd. DM hat vor allem das lebhafte Aktiengeschäft beigetragen. Die Zunahme des Zinsüberschusses um 8,8 Prozent auf 4,133 Mrd. DM bei einem im Jahresdurchschnitt lediglich um 1,2 Prozent höheren Geschäftsvolumen resultiert aus der Verbesserung der Zinsspanne von 3,12 auf 3,32 Prozent, worin sich vor allem die billigere Refinanzierung älterer höherverzinslicher Festsatzkredite spiegelt, die allerdings mit dem Effekt eines Drucks auf die Marge abschmelzen.

Die gute Qualität des '83er Abschlusses in der AG und im Konzern betrachtet der Vorstand als Ergebnis einer ertragsorientierten Politik. Bei einem so schwachen Wachstum des Geschäftsvolumens wie nie zuvor seien die Chancen für eine rentable Ausweitung des Kreditgeschäfts, vor allem in der Baufinanzierung selektiv genutzt worden. Gleichzeitig seien die Bemühungen verstärkt worden, die Marktposition durch innovative Leistungsangebote zu verstärken. Knapp die Hälfte der Ausweitung des AG-Geschäftsvolumens fand bei den Auslandsfilialen statt. Zurückgeführt wurde im Hinblick auf die Risiken an den internationalen Finanzmärkten das kurzfristige Interbankgeschäft, in dem mehr als bisher auf die Bonität geachtet wurde.

Im Kreditgeschäft gab es im Firmengeschäft lediglich gegen Jahresende eine Belebung. Deutlich um fast drei Mrd. DM auf knapp 29 Mrd. DM zugenommen haben die Kredite an Private (davon 16,1 nach 13,8 Mrd. DM Baufinanzierungen), auf die rund die Hälfte des Kreditvolumens entfällt. Das zeige, so Christians, wie die 100 Jahre als Industriebank geltende Deutsche Bank inzwischen zur Bank der privaten Huashalte geworden ist, um die sie sich mit neuen Angeboten und verbessertem Service weiter bemühen werde, wobei es auch darum gehe, der stärker werdenden Konkurrenz anderer Finanzinstitute am übersättigten Bankenmarkt Paroli zu bieten. Zur künftigen Strategie im Firmengeschäft des Konzerns gehört ein Ausbau des Angebots an Spezialfinanzierungen vor allem im internationalen Berich sowie eine Verstärkung des nicht eingenkapitalbindenden Dienstleistungsgeschäfts.

Mit den Mitteln aus der Kapitalerhöhung (565 Mill. DM) und der Rücklagendotierung (150 Mill. DM) ist die Bank auch gut für eine Expansion des Kreditgeschäfts gerüstet. Auf einen weiteren Betrag bis zu 750 Mill. DM kann die Bank nach der Hauptversammlung durch die Ausgabe einer Wandelanleihe zurückgreifen; sie soll den Charakter nachrangigen Haftkapitals haben, mit dessen Anerkennung durch den Gesetzgeber die Deutsche Bank bei einer Novellierung des Kreditwesengesetzes rechnet, so daß der Konzern bei einer Eigenkapitalkonsolidierung auf Konzernbasis nicht in seinen Wachstumsmöglichkeiten eingeschränkt ist.

In den ersten Monaten 1984 sind in der AG das Geschäftsvolumen um 0,9 und das Kreditvolumen um 1,5 Prozent weniger als saisonüblich zurückgegangen. Bei leichtem Druck auf die Zinsmarge sind die Gewinne aus dem Wertpapierhandel nochmals gestiegen.

Deutsche Bank AG	1983 Mill. DM	±%.
Bilanzsumme	117 784	+ 2,0
Eigenkapital	5510	+ 2,7
in % d. Verbindlktn.	4,9	(4,9)
Gelder von Banken	38 226	+ 2,2
Gelder von Kunden	64 425	+ 2,1
Eigene Schuldverschr.	1545	- 41,9
Forderungen an Banken	31 598	- 8,7
Festverzinsl. Papiere	10 625	+ 20,0
Kundenkredite	66 728	+ 5,3
Teilbetriebsergebnis aus lfd. Geschäft	1887	+ 14,0
6b-Abschreibungen	- 40	
Saldo d. a.o. Rechnung	-444	(-605)
Gewinn vor EEV-Steuern	1403	+ 33,7
EEV-Steuern	934	+ 25,0
Jahresüberschuß	469	+ 55,2

[1])Zins- und Provisionsüberschuß abzügl. Personal- und Sachaufwand sowie Afa(ohne 6b) auf Sachanlagen 2)Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere sowie Sonstige Aufwendungen abzüglich Saldo aus sonstigen a.o. Erträgen (darunter Eigenhandelsgewinne und aufgelöste Rückstellungen).

KALI-CHEMIE / Dividende wird erhöht

Umsatz und Ertrag besser

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine überaus günstige Geschäftsentwicklung verzeichnete die zur belgischen Solvay-Gruppe gehörende Kali-Chemie AG, Hannover, im Geschäftsjahr 1983. Wie der Vorstand in einem Aktionärsbrief schreibt, bezieht sich diese Aussage nicht nur auf den Umsatz, sondern auch auf das Ergebnis. Der Hauptversammlung am 30. Mai wird dementsprechend vorgeschlagen, die Dividende von 15 auf 20 Prozent zu erhöhen. Bedient wird nach der Kapitalerhöhung 1983 (40 Mill. DM) ein Grundkapital von 125 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß werden ferner 8 (8,5) Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen.

Innerhalb der Kali-Chemie-Gruppe wuchs der Umsatz um 5 Prozent auf 1,41 (1,34) Mrd. DM. Bereinigt um das 1982 ausgelaufene Düngemittelgeschäft errechnet sich sogar ein Plus von 7,6 Prozent. Am Gruppenumsatz war das Auslandsgeschäft mit 795 (749) Mill. DM beteiligt. Deutlich gestärkt, so heißt es, hat die Sparte Chemikalien ihre Marktpositionen. Wesentliche Impulse gingen sowohl bei Grundchemikalien wie bei den Spezialitäten vom Exportgescshäft aus. Als „nicht befriedigend" wird die Ertragslage der Pharma-Sparte bezeichnet. Dort hätten sich die restriktiven staatlichen Maßnahmen im Gesundheitswesen negativ ausgewirkt.

Für die AG wird ein auf 531 (500) Mill. DM gestiegener Umsatz ausgewiesen; der Zuwachs von 6,2 Prozent ist vor allem auf das um 14,6 Prozent auf 211 (184) Mill. DM erhöhte Exportgeschäft zurückzuführen. Günstiger als im Vorjahr war die Auslastung der Produktionsanlagen. Diese Entwicklung habe sich im ersten Quartal 1984 fortgesetzt. Die Kali-Chemie-Gruppe beschäftige im Berichtsjahr 6748 (6813) Mitarbeiter, davon 2298 (2281) in der AG. Die Investitionen verringerten sich auf 71,9 (82,5) Mill. DM.

TETRA PAK / Kostensteigerung bei Rohstoffen

Absatz wurde gehalten

INGE ADHAM, Frankfurt

Fehlende Wachstumsimpulse und anhaltender Preisdruck auf dem Milch- und Saftmarkt bestimmten die Entwicklung der deutschen Tetra Pak-Gruppe, Hochheim, im vergangenen Jahr. Vor diesem Hintergrund wertet Gunther A. Luedecke, Vorsitzender der Geschäftsführung, es als Erfolg, daß der Umsatz mit einer Steigerung von 3,5 Prozent auf 437 Mill. DM real gehalten werden konnte, was sich auch in der unveränderten Zahl von 3,6 Mrd. produzierten Verpackungen zeigt.

Daß Kostensteigerungen bei den Rohstoffen aufgrund der Wettbewerbssituation kaum weiterzugeben sind, spürte der Marktführer für Flüssig-Verpackungen aus Karton am Ertrag: „Wir haben noch verdient, aber nicht viel." Für dieses Jahr zeigt sich Luedecke „gedämpft optimistisch"; bei den Kunden steht eine Maschinengeneration zum Austausch an, den Bereich Frischmilchverpackung und alkoholfreie Getränke will man ausbauen. Den Weg zur Ertragsverbesserung sieht Luedecke freilich mit Schwierigkeiten gepflastert: Der Preisdruck hält an, die Werke seien durchrationalisiert, der Personalstand von 800 Mitarbeitern (davon 250 im Werk Berlin) sei notwendig. Als einziger Weg bleibe, noch rationellere Fertigungsmethoden zu entwickeln, womit sich eine Maschinenentwicklungs-Gruppe in Pfungstadt und ein Research-Team in Stuttgart für die Gesamtgruppe beschäftigen.

Weltweit setzte die inzwischen in Lausanne (früher Schweden) ansässige Gruppe im vergangenen Jahr mit Maschinen und Verpackungen 3,8 Mrd. DM um, 10 Prozent mehr als im Jahr zuvor. In 3 Maschinen- und 23 Verpackungswerken sowie 42 Vertriebsgesellschaften arbeiten 7500 Mitarbeiter.

SCHUBSA / Durch Preiswettbewerb belastet

Weiteres Plus beim Umsatz

dpa/VWD, München

Die Ertragsentwicklung bei der Schubert + Salzer Maschinenfabrik AG, Ingolstadt, bessert sich 1983/84 (30. September) zusehends. Der aufgrund der Umsatzausweitung erwartete Ertragszuwachs wird nach Worten von Vorstandschef Hans Ziechnaus in München durch den harten Preiswettbewerb belastet. Der Vorstand ließ durchblicken, daß die Aktionäre wegen des bestehenden Verlustvortrages von 6,1 Mill. DM voraussichtlich auch für 1983/84 – zum fünften Mal hintereinander – auf die Dividende verzichten müssen.

Das 1. Halbjahr 1983/84 hat eine Umsatzsteigerung um 15 Prozent auf 127 Mill. DM gebracht. Die Bestellungen erhöhten sich um 28 Prozent auf 150 Mill. DM. Das Wachstum im laufenden Jahr zeichnete sich bereits durch einen 1982/83 um sechs Prozent auf 237 Millionen DM gestiegenen Auftragseingang ab. Der Auftragsbestand per Ende März betrug 109 Mill. DM. Die Mitarbeiterzahl, die am Ende des Geschäftsjahres auf 2444 (2608) gesunken war, ist zum 29. Februar wieder um 30 gestiegen.

1982/83 verringerte sich der Umsatz um drei Prozent auf 228 Mill. DM. In den Sparten Spinnereimaschinen, Armaturen und Feingußerzeugnisse besserte sich die Ertragslage, während sie sich bei Eisengußerzeugnissen aufgrund des Umsatzrückganges verschlechterte. Die Gewinn- und Verlustrechnung schloß nach einem Fehlbetrag von 2,3 Mill. DM im Vorjahr diesmal ausgeglichen ab. Der Anteil des Exportes am Gesamtumsatz betrug unverändert 57 Prozent. Der Sektor Spinnereimaschinen hängt zu 90 Prozent vom Export ab. 1982/83 wurden vier Mill. DM investiert.

RWZ: Ertragsdruck nach der Fusion

Py. Köln

Die erst Mitte letzten Jahres aus der Fusion der Raiffeisen Hauptgenossenschaft eG, Koblenz, und der Rheinischen Waren-Zentrale, Köln, hervorgegangene Raiffeisen-Waren-Zentrale (RWZ), Köln, wird erst 1985 die notwendigen betrieblichen Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Organisations- und Vertriebsstrukturen abgeschlossen haben. Die Zusammenführung hat die Ertragsrechnung erheblich belastet. Allein zur Vermeidung sozialer Härten bei den ausgeschiedenen 100 von 1000Mitarbeitern sind 2 Mill. DM für den Sozialplan notwendig gewesen.

Trotz anhaltender Stagnation auf den Agrarmärkten und verschärfter Konkurrenz wurde die Wettbewerbslage der rund 400 Einzelgenossenschaften an Rhein und Saar gestärkt. Der RWZ-Umsatz erreichte 1,3 Mrd. DM. Absatz und Bezug der verschiedenen Waren lag bei 1,6 Mill. t. Dabei dominierte das Absatzgeschäft (Getreide und Kartoffeln) mit rund 600 000 (500 000) t. Rund 10 Mill. DM wurden investiert. An Rückvergütung werden 700 000 DM ausgezahlt. Der Reingewinn betrug 0,1 (1) Mill. DM.

Fleurop-Kunden anspruchsvoller

tb. Berlin

Rund 4,1 Mill. Blumengrüße haben die Bundesbürger im vergangenen Jahr durch die Fleurop-Organisation geschickt. Dafür gaben sie, wie der Präsident der Fleurop GmbH, Arthur Kuhn, in Berlin mitteilte, 119,6 Mill. DM aus. Der Auftragswert dieser Blumengrüße ist damit gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben, obwohl sich ihre Zahl um rund 100 000 verringert hat. Kuhn führt das auf den Trend zu mehr Quantität und Qualität zurück – Preissteigerungen habe es nicht gegeben. Der durchschnittliche Auftragswert lag bei 29,10 DM nach 28,35 DM im Vorjahr.

Mit dem Geschäftsjahr ist man trotz des um 2,6 Prozent niedrigeren Jahresergebnisses insgesamt zufrieden. In der Bundesrepublik sind der Fleurop-Organisation rund 10 400 Floristen angeschlossen. Außerdem werden etwa 500 Geschäfte in der „DDR" von der Fleurop GmbH in Berlin betreut. In die „DDR" schickten die Bundesbürger im vergangenen Jahr 30 765 Fleurop-Aufträge im Werf von insgesamt 966 000 DM, während umgekehrt 75 377 „blumige Grüße" im Wert von 1,1 Mill. DM in die Bundesrepublik kamen.

Spaten erhöht auf 20 Prozent

VWD, München

Die Gabriel Sedlmayr Spaten-Franziskaner-Bräu KGAA, München, hat 1982/83 (30. 9.) ihren Getränkeausstoß um 5 Prozent auf 1,24 Mill. hl gesteigert. Wesentlich waren daran alkoholfreie Getränke mit einem Zuwachs um 6,9 Prozent auf 380 591 hl beteiligt, die Hälfte entfällt auf die in Lizenz hergestellten Pepsi-Cola-Getränke. Der Bierausstoß stieg um 4,1 Prozent auf 861 237 hl, der Umsatz um 8,4 Prozent auf 167 Mill. DM.

Das Kommanditaktien-Kapital von 3,4 Mill. DM wird mit einer auf 20 (18) Prozent aufgestockten Dividende bedient. Der freien Rücklage werden 0,4 Mill. DM zugeführt. Die Investitionen von 26,5 Mill. DM wurden selbst finanziert. Im Berichtsjahr wurde die Tochtergesellschaft Franziskaner-Grundbesitz GmbH Immobilienverwaltung OHG gegründet, die den Grundbesitz der Brauerei aktivieren soll. Vorstandsmitglied Dieter Stoltmann betonte, Spaten wolle nicht die bei der Grundverwaltung notwendige hohe Fremdfinanzierung in der Brauerei-Bilanz haben. 1983/84 soll bei Bier und bei alkoholfreien Getränken der Absatz um mehr als 5 Prozent gesteigert werden.

KKB BANK /Lebensversicherer-Geschäft geplant – Expansion im Zweigstellennetz

Üppiges Honorar von treuen Kunden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„In den Mittelpunkt ihrer Geschäftspolitik" habe die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, „das lebenslang anhaltende Grundproblem des privaten Kunden gestellt, sein Einkommen zu optimieren". Was Günter Schneider als Sprecher der sechs Komplementäre dieses einst als Pionierbank des Ratenkredits ins Leben getretenen Instituts mit solcher recht tiefsinnig anmutenden Bemerkung im Sinn hat, belegt die Bank zum 1983er Abschluß mit Hinweisen auf kräftige Expansion in Vergangenheit und (geplanter) Zukunft.

Zur Vergangenheit: In den letzten zehn Jahren habe man die Kundenzahl von 0,5 auf reichlich 1,1 Millionen gesteigert. Vorwiegend treue und mit immer wieder neuen Pioniertaten (vom sehr hoch verzinsten Gehaltskonto bis zum frei verwertbaren „Scheckkredit" in Höhe des Netto-Jahreseinkommens) befriedigte Kunden habe man da gewonnen. Das Honorar dafür fiel auch 1983 üppig aus:

Betriebsergebnis 220 (224) Mill. DM, mit erhöhten Abschreibungen für größere Investitionen im Filialnetz wiederum 247 Mill. DM. Nach größerer Vorsorge für Kreditrisiken und Steuern ein kaum geschmälerter Jahresüberschuß von 43 (45) Mill. DM. Und der wird auch jetzt nur zu 38 (36) Prozent für den zum fünften Mal stabilen Dividendenvorschlag von 10 DM gebraucht (Hauptversammlung am 30. Mai). Der Großaktionär, mit inzwischen 92 Prozent von 81 Mill. DM Aktienkapital die New Yorker Citibank, will es so, beeinflußt vielleicht auch mit langsamem Zukauf den Börsenkurs (derzeit ein Achtel höher als die Aktie der Deutschen Bank) und hat nach Kenntnis der Komplementäre auch keine Neigung, dem Rest der freien Aktionäre ein Abfindungsangebot zu machen.

Zur Zukunft: Zumindest auf einige Jahre hinaus sieht das Institut noch keine Bremse für seine Expansion im Zweigstellennetz, das 1983 auf 268 (259) Filialen wuchs, die Belegschaftszahl auf 3330 (3129) erhöhte und für 1984 nochmals mehr als 100 zusätzliche Arbeitsplätze bieten wird. Dazu sitze man nach dem im letzten Herbst vollzogenen Mehrheitserwerb bei der Wiener Spar- und Kreditbank im Startloch, das daheim in langen Jahren erworbene „Know-how in der Betreuung des privaten Kunden" auch auf dem österreichischen Markt (ein Zehntel des deutschen Volumens) nutzbringend zu verwerten.

Überdies und vor allem will die KKB Bank aus ihrem 1978 begonnenen Geschäft der Vermittlung von Sach- und Lebensversicherungen, das im Berichtsjahr 8,6 (7,6) Mill. DM Prämienaufkommen erreichte, mit der starken Vertriebsstütze am eigenen Filialnetz ein Eigengeschäft machen. Jede dritte deutsche Sparmark fließe in die Lebensversicherung. Ergo werde man „als Dienstleister des Privatkunden" noch 1984 eine eigene Lebensversicherungsgesellschaft gründen. Die Kooperation mit der Vita-Lebensversicherung/Frankfurt hört dann auf; die Partnerschaft mit dem Sachversicherer Albingia/Hamburg soll weiterlaufen.

Für 1984 rechnet die Bank bei „leicht gebesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen" mit weiterhin zufriedenstellender Geschäftsentwicklung, wenngleich Kundenforderungen und Kundengelder im ersten Quartal nur um je 2 Prozent höher als vor Jahresfrist lagen. Ebenso wie 1983, als das Wachstum der eigenen Forderungen an Kunden (+ 11,1 Prozent) den bundesdeutschen Wachstumstrend der Kredite an Privatkunden (+ 9 Prozent) wiederum deutlich übertraf, bevorzugt die Kundschaft dabei den (variabel verzinslichen) Scheckkredit gegenüber dem traditionellen Ratenkredit.

KKB-Bank	1983	±%.
Forder. an Banken (Mill. DM)	360	+ 13,3
Forder. an Kunden	4691	+ 11,1
Gelder von Banken	607	+ 56,2
Gelder von Kunden	4987	+ 3,5
dav. Spareinlagen	2617	+ 3,5
Sparbriefe	1952	+ 17,9
Festgeld	112	- 69,2
Bilanzsumme	6207	+ 8,7
Zinsüberschuß	517	+ 13,6
in % d. Bil.-Summe	8,3	(8,0)
Prov.-Überschuß	57	- 22,3
Eigenkapital	328	+ 9,3
in % d. Bil.-Summe	5,3	(5,3)
in % d. Verbindlktn.	5,8	(5,7)
Liquide Mittel	333	- 4,9
in % d. Verbindlktn.	5,9	(6,7)



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Nixdorf – Grundig – Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl – Hewlett Packard – United Technologies



Es ist wohl dem naßkalten Wetter zuzuschreiben, daß sich am ersten Tag der Besucherandrang in Grenzen hielt. Lediglich die Aussteller im Centrum für Büro- und Informationstechnik spürten – fast schon traditionsgemäß – lebhaftes Interesse. An der freundlich bis optimistischen Grundstimmung der beteiligten Branchen ändert das freilich nichts. Die ersten Stellungnahmen wichtiger Industriezweige, etwa der Elektroindustrie, bestätigen diesen Eindruck. Die Branche erwartet von der Messe eine Bestätigung der Wachstumsprognosen für 1984 von 4 Prozent. (dos)

An die Erfolge anknüpfen

Einen Tag, nachdem er als Vertreter des neuen Eigners Philips seine Arbeit in Fürth aufgenommen hat, kann Hermanus Koning, Vorstandsvorsitzender der Grundig AG, sich nur allgemein fassen: „Wir wollen die Innovationskraft und Dynamik dieses Unternehmens erhalten", kündigt der Nachfolger von Max Grundig an. Und, mit Bezug auf die Kartellamtsauflage, bis Ende 1985 den Inlandsvertrieb für Diktiergeräte zu veräußern: „Wir suchen nach einer Lösung für unsere Händler und Großhändler, deren Situation möglichst unverändert bleiben soll."

Auf jeden Fall soll die eigene Diktiergerätelinie auch künftig im Werk Bayreuth gefertigt und weiterentwickelt werden. Eine Verdrängung oder einen Austausch zwischen Grundig- und Philips-Produkten weist der Neufranke weit von sich. Das sei bei den Diktiergeräten völlig unsinnig, weil beide Unternehmen unterschiedliche Tonträgersysteme im „knallharten Wettbewerb" im Markt installiert hätten. Natürlich wolle man keine der beiden starken Basen (der gemeinsame Marktanteil wird auf 65 Prozent geschätzt) aufgeben.

Der weltweite Diktiergerätemarkt ist nach jahrelanger Talfahrt 1983 erstmals wieder um 3 Prozent gewachsen. Mit einem Absatzplus von 6 Prozent war Grundig an dieser Steigerung sogar überproportional beteiligt. Weil dabei aber die preisgünstigeren Taschengeräte weiter an Gewicht gewonnen haben, hat sich der Umsatz etwa auf dem Vorjahresstand von gut 100 Mill. DM gehalten, berichtet Bereichschef Günter Schröder.

Von gesteigerten Marktanteilen kann auch Vertriebsvorstand Rudolf Köberle für das Hauptgeschäft des Konzerns, die Unterhaltungselektronik, berichten. Insbesondere bei Videorecordern konnte das Unternehmen seinen schon nicht unerheblichen Inlandsmarktanteil noch weiter verbessern: „Er ist größer als die der beiden nächsten Wettbewerber auf der Rangliste zusammen genommen." Obwohl er sich in seinen Märkten „sehr gut behaupten" konnte, hat der deutsche Marktführer der „Lustelektronik" seinen Vorjahresumsatz von 3 Mrd. DM 1983/84 (31.03.) nicht gehalten. Köberle nennt zwei Gründe: Der harte Wettbewerb erzwang in der Bundesrepublik Preissenkungen von etwa 2 Prozent. Und bei einem Auslandsanteil von etwa 50 Prozent, der zu vier Fünfteln aus dem Europageschäft stammt, schlug die D-Mark-Stärke spürbar durch.

Eine Preiserhöhung im Farbfernsehgeräte-Inlandsgeschäft um 3 bis 5 Prozent Mitte Februar reiche aber immer noch nicht aus, um alle Kostenbelastungen aufzufangen und eine „vernünftige" Umsatzrendite von 3 bis 4 Prozent vor Steuern zu erwirtschaften. Für 1984/85 hat sich Köberle vorerst auf eine Stabilisierung des Umsatzes und eine weitere Verbesserung der Marktpositionen eingestellt. Vor allem im Export außerhalb Europas wolle Grundig an die Erfolge des vergangenen Jahres anknüpfen.

JOACHIM WEBER

Tempo der Entwicklungen wird immer schneller

Die nüchternen Zahlen des Geschäftsberichtes 1983 lassen wiederum die Kontinuität der Nixdorf Computer AG, Paderborn, erkennen, der eine weitere Verbesserung der Bilanzstruktur gelang und die von anhaltendem Wachstum gekennzeichnet ist. „Auch 1984 wird ein sehr interessantes Jahr für uns werden; denn das Entwicklungstempo in unserer Branche wird noch schneller", stellte Vorstandsvorsitzender Heinz Nixdorf in Hannover fest.

Bereits im vergangenen Jahr stieg der Umsatz der Unternehmensgruppe weltweit um 19 Prozent auf 2,71 (2,29) Mrd. DM. Diese Zuwachsrate liegt nicht nur über dem 12prozentigen Plus, das die amerikanische Computer-Industrie im gleichen Zeitraum aufzuweisen hat, sie übertrifft auch noch die 17 Prozent der Branche in Japan. „Wir sind in den USA bereits der größte europäische Computer-Anbieter, wir wollen aber in Europa selbst die Nummer eins werden", unterstreicht Klaus Luft, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, die Zielsetzung. Bei Nixdorf scheut man auf diesem Wege allerdings auch keine Anstrengungen. Im Jahre 1983 betrugen allein die Sachinvestitionen 311 Mill. DM, 154 Mill. DM gingen in Forschung und Entwicklung, eine Steigerungsrate von 29 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die 5 Mill. DM, die im gleichen Zeitraum aus staatlichen Förderungsprogrammen zuflossen, nehmen sich demgegenüber ausgesprochen bescheiden aus. Was das Unternehmen an Innovationen auf der diesjährigen Hannover-Messe präsentiert, ist nicht zuletzt das Ergebnis solcher Anstrengungen. Dazu gehört beispielsweise ein neues Informationssystem, modular aufgebaut, aus zwei bis maximal 32 Computern bestehend, entwickelt in Zusammenarbeit mit einem amerikanischen Partner. Kooperation mit einem weiteren Partner in den USA gab es auch bei der Software-Entwicklung. Das Ergebnis ist ein neues Betriebssystem, das die Software-Bank Comet unterstützt. Die Obergrenze von Nixdorf-Systemen liegt in der Preisklasse von rund zwei Mill. DM. Sie bleibt jedoch flexibel. Anders sieht die Abgrenzung nach unten aus; dies ist eindeutig. Home-Computer von Nixdorf stehen nicht zur Debatte.

Anders liegen auch die Ambitionen im Nachrichtensektor, in den erstmalig vor zwei Jahren mit digitalen Nebenanlagen eingestiegen wurde. Jetzt erfolgt eine Premiere digitaler Telefonapparate. Man beteiligt sich auch an den Bigfon-Versuchen der Bundespost und am Kabelfernseh-Pilotprojekt in Ludwigshafen. Alles Schritte zu dem erklärten Ziel, wichtiger Anbieter auch in der privaten Nachrichtentechnik zu werden.

Mit den Aufgaben wuchs auch die Zahl der Mitarbeiter. Sie lag Ende 1983 bei 17 500 – das ist ein Zuwachs von 1500 in Jahresfrist. Weitere 500 Mitarbeiter kamen seit Jahresbeginn 1984 hinzu, und das trotz der erheblichen Kosten von rund 135 000 DM für jeden einzelnen Arbeitsplatz.

Trotz aller Aufwendungen weist die Nixdorf Computer AG auch noch den beachtlichen Gewinn von 94 Mill. DM nach Steuern aus. 58 Mill. DM fließen davon in die Rücklagen, mit den restlichen 36 Mill. DM werden die Aktionäre bedient, die eine Dividende von 18 Prozent auf das 200 Mill. DM Grundkapital erhalten. Die angekündigte Kapitalerhöhung und der Gang an die Börse, die bereits im Juni wirksam werden sollen, erfolgen also zum richtigen Zeitpunkt, denn bereits im ersten Quartal 1984 gab es einen erneuten Umsatzzuwachs. Das Planziel für 1984 liegt bei einem Plus von 22 Prozent.

HEINZ HILDEBRANDT

Schwerpunkt beim Personal-Computer

Die Hewlett Packard GmbH, Frankfurt, erwartet für die Büro- und Informationstechnik einen Aufschwung, der alle bisherigen Prognosen für diesen Markt übertrifft. Eine seit Monaten wachsende Nachfrage nach EDV-Anlagen, „wobei der Bedarf im mittleren bis kleineren Unternehmen besonders auffällt", hat sich auch auf die Geschäfte des deutschen US-Ablegers ausgewirkt, so Geschäftsführer Wolfgang Rucker.

In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres 1983/84 (31.10.) sind die Auftragseingänge um „deutlich mehr" als 40 Prozent gestiegen, „und es sieht so aus, als bleibe es auch für den Rest des Jahres so". Trotz der guten Geschäftslage hat Hewlett Packard zu Messebeginn die Preise für einige Computer zwischen 7 und 35 Prozent gesenkt. Im Segment Personal-Computer soll der Marktanteil in den nächsten Jahren deutlich ausgeweitet werden. (Wb.)

Auf dem langen Weg aus der Talsohle

Mit gedämpftem Optimismus geht die deutsche Stahlindustrie in die restlichen drei Quartale dieses Jahres. „Das Stahljahr 1984 wird besser als 1983", meinte Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie. Er räumte allerdings ein, daß „zu solch einer Vorhersage keine große Erkenntniskraft" gehöre, „zu lang war der Weg durch das Tal".

Im vergangenen Jahr war man weit vom Verdienen entfernt, und auch 1984 wird die Stahlindustrie noch zusetzen müssen. Nach Vondran haben die Unternehmen 1983 im Durchschnitt aller Werke, über alle Produkte gerechnet, mindestens 60 DM je Tonne Walzstahl verloren, 1984 werden es noch rund 37 DM sein. Der Aufstieg zu einer (fast) Verlusthalbierung soll vor allem durch eine auf 38 Mill. Tonnen (plus 6 Prozent) steigende Rohstahlproduktion gelingen.

Daß die Produktionsmenge gegenüber den Vorjahren auch wieder Abnehmer finden wird, steht für Vondran außer Zweifel. Die Nachfragebelebung sei in fast allen stahlverarbeitenden Branchen deutlich zu sehen. „Aus der Sicht der Stahlindustrie wird deutlich, daß der Aufschwung nunmehr die Investitionsgüterbranchen erreicht hat", registriert er zufrieden, „und nicht mehr ausschließlich von den Konsumgütern lebt." Die Entwicklung zeige sich gleichfalls, wenn auch unterschiedlich, in den anderen Ländern der westlichen Welt. Da ebenfalls die Entwicklungs- und Schwellenländer Konjunkturfortschritte erzielten, schätzt die Industrie den Zuwachs des Weltstahlverbrauchs auf 5 nach 1 Prozent 1983.

Vondran machte aber auch deutlich, daß „trotz der konjunkturellen Auftriebskräfte die Stahlindustrie nur überlebt, weil die Politik den Markt gegenüber den subventionierten Stählen aus aller Welt abschottet. Für diese Überlebenshilfe zahlen wir einen hohen Preis durch die Einengung unternehmerischer Freiheit." Das Brüsseler Quotenregime, ursprünglich für neun Monate installiert, dauere jetzt schon vier Jahre. Der Bundesregierung sei deshalb aus der Sicht der Eisen- und Stahlindustrie folgende Doppelstrategie in Brüssel zu empfehlen.

Erstens: Solange die öffentlichen Gelder in anderen EG-Staaten gegen die Bundesrepublik mißbraucht werden, ist der innergemeinschaftliche Stahlaustausch auf die traditionellen Handelsströme zu begrenzen. Den subventionierten Anbietern darf nicht die Chance gegeben werden, noch weitere deutsche Arbeitsplätze zu zerstören.

Zweitens: Der Subventionskodex muß wieder gelten. Das bedeutet, daß, wie vereinbart, es Ende 1985 wieder einen Kostenwettbewerb in der Gemeinschaft geben sollte, der nicht von Steuergeldern verfälscht sei.

HENNER LAVALL

Freie Märkte für Technologietausch

Wirtschaftlicher Fortschritt läßt sich am besten in einem freien Markt erzielen, in Ländern, die den Austausch von Technologie und Kapital zumindest nicht behindern. Das erklärte Harry J. Gray, Chairman und Chief Executive der United Technologies Corp., bei der Eröffnung des Niedersachsen-Pavillons auf der Hannover-Messe. Erst der freie Handel gebe der Industrie die Möglichkeit, Produktivitätsfortschritte zu realisieren. Eine nationalistisch gefärbte, protektionistische Handelspolitik falle in der Regel auf ihre Urheber zurück; sie löse Vergeltungsmaßnahmen aus und schade mehr als sie nütze.

Vor allem vor dem Hintergrund des „zunehmend weltumspannenden Charakters der Technologie" befürwortet Gray die Gründung internationaler Partnerschaften. Auf diesem Wege seien europäische und US-amerikanische Unternehmen bereits erheblich vorangekommen. Allerdings erfordere das Denken in weltweiten Dimensionen eine beträchtliche Umstellung in den Unternehmensleitungen, weil vor nationalen Grenzen nicht mehr Halt gemacht werden kann.

Der Trend hin zu Weltunternehmen, die für weltweite Märkte arbeiten, schaffe eine immer stärkere Interdependenz der beteiligten Länder. Gray: „Wir sind alle Teil einer komplexen Struktur wechselseitiger globaler Beziehungen."

United Technologies entwickelte sich in den vergangenen 10 Jahren von einem Luftfahrtunternehmen mit einem Umsatz von 2 Mrd. Dollar zum siebtgrößten Industriekonzern der USA mit einem Umsatz von 14,7 Mrd. Dollar im Jahre 1983. In der gleichen Zeit nahm die Zahl der Beschäftigten von 65 000 auf 200 000 zu. Im vergangenen Jahr erzielte das Unternehmen einen Reingewinn von 509 Mill. Dollar. Der Wert des Unternehmensvermögens wird mit 8,7 Mrd. Dollar ausgewiesen.

DOMINIK SCHMIDT

Hannover, 4. April 1984:

Die große Familie der Personal Computer von Olivetti ist komplett:



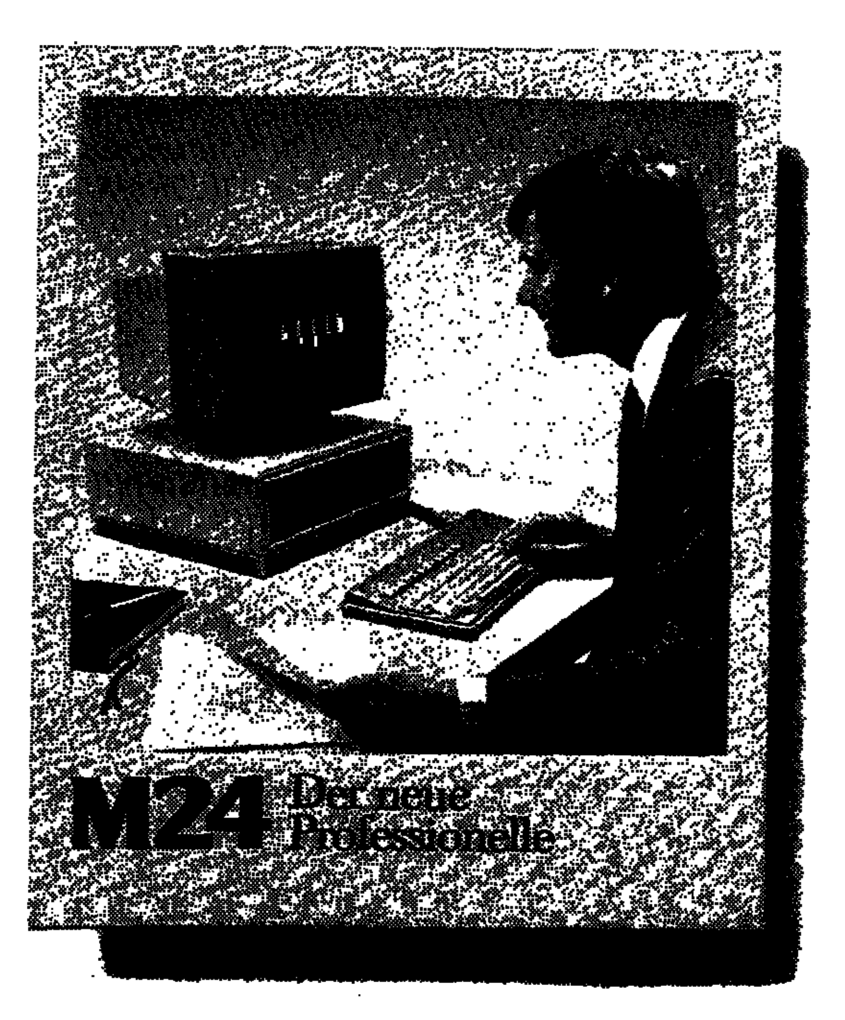
Personal Computer M10: Mobil. Abmessungen: DIN A4 groß und 6 cm hoch. Und trotzdem ein vollwertiger professioneller Personal Computer. Anschlußmöglichkeit an andere Computer.



Personal Computer M20: 16-bit-Rechner, konfigurierbar nach Ihren Wünschen. Jetzt neu: Komplett Computer! Mit dem Paket für die mittelständische Wirtschaft.



Personal Computer M21: Ein tragbarer 16-bit-Rechner mit 9-Zoll-Bildschirm sowie einer oder zwei Disketten-Stationen. Kompatibel zu IBM PC-XT.



Personal Computer M24: Professioneller 16-bit-Rechner, kompatibel zu IBM PC-XT. Betriebssysteme: MS-DOS, CP/M-86 und UCSD P.

Hannover Messe
Halle 1 CeBIT
Stand B 5301–5401
Stand C 6103–6202

olivetti
Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Schicken Sie uns diesen Coupon.
Wir informieren Sie gerne ausführlich über die große Familie der Personal Computer von Olivetti.

An die Deutsche Olivetti DTS GmbH, Postfach 71 01 25
6000 Frankfurt am Main 71

Name:
Firma:
Straße:
PLZ/Ort: M24/41 - Welt

Zubehör mit diesem Zeichen gewährleistet die optimale Funktion Ihres Olivetti-Gerätes.

Warenpreise – Termine

Gut behauptet zeigten sich am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen kurz vor Sitzungsschluß an der New Yorker Comex. Schwächer lag dagegen Kupfer. Uneinheitlich wurde bis dahin Kaffee bewertet. Um das Limit niedriger notierte Kakao.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (22. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	4. 4.	3. 4.
Mai	377,25	374,75
Juli	358,25	356,00
Sept.	358,75	357,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	4. 4.	3. 4.
St. Lawrence 1 CW	234,10	234,10
Amber Durum	243,10	243,10

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	138,60	138,50
Juli	141,80	141,50
Okt.	144,30	144,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	132,10	130,40
Juli	128,10	127,50
Okt.	121,20	121,00

Hafer Chicago (c/bush)	4. 4.	3. 4.
Mai	188,50	187,50
Juli	184,75	184,25
Sept.	179,50	179,00

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	361,75	358,50
Juli	357,25	354,00
Sept.	326,75	324,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 4.	3. 4.
Mai	134,00	133,00
Juli	134,70	133,70
Okt.	128,10	127,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	4. 4.	3. 4.
Terminkontr. Mai	151,50	151,10
Juli	144,55	144,25
Sept.	140,25	140,05

Kakao New York ($/t)	4. 4.	3. 4.
Terminkontr. Mai	2383	2485
Juli	2407	2485
Sept.	2392	2470
Umsatz	–	7321

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	22,25	6,54
Juli	22,40	7,02
Sept.	22,27	7,44
Okt.	21,90	7,65
Jan.	21,95	8,30
Umsatz	–	20 651

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 4.	3. 4.
	6,26	6,42

Kaffee London (£/t) Robusta-	4. 4.	3. 3.
Kontrakt Mai	2061–2062	2045–2046
Juli	1998–1999	1983–1984
Sept.	1949–1950	1937–1939
Umsatz	3801	3042

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1732–1733	–
Juli	1740–1741	–
Sept.	1723–1725	–
Umsatz	7963	–

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	172,20–172,40	165,00–178,00
Aug.	186,60–186,80	190,00–192,00
Okt.	197,80–198,00	201,00–203,00
Umsatz	2872	0

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	4. 4.	3. 3.
schw. Sarawak spez.	325,50	327,50
weißer Sarawak	610,00	615,00
weißer Muntok	617,50	622,50

Orangensaft New York (c/lb)	4. 4.	3. 4.
Mai	179,60	179,40
Juli	178,00	178,40
Sept.	176,60	177,35
Nov.	173,30	174,50
Jan.	170,50	171,50
Umsatz	–	2500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	4. 4.	3. 4.
Südstaaten fob Werk.	51,00	51,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	28,75

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Mai	31,80	31,15
Juli	31,55	31,00
Aug.	30,35	29,95
Sept.	29,18	28,95
Okt.	27,75	27,45
Dez.	27,00	26,75
Jan.	26,55	26,50

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,75	30,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,75	28,50
Choice white hog 4% fr. F.	22,25	22,25

Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	49,35	50,30
Juni	58,92	57,80
Juli	59,55	60,30

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	73,40	73,22
Juli	72,90	73,30
Aug.	71,40	71,60

Häute Chicago (c/lb)	4. 4.	3. 4.
Ochsen sink. schwere		
River Northern	61,00	61,00
Kühe sink. schwere		
River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	808,00	801,00
Juli	821,00	813,00
Aug.	800,00	804,50
Sept.	774,00	772,00
Nov.	741,00	744,00
Jan.	753,00	754,00
März	765,00	766,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	203,50	203,50
Juli	208,60	208,70
Aug.	209,50	209,50
Sept.	207,00	208,50
Okt.	201,00	202,00
Dez.	202,30	204,00
Jan.	203,00	204,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	4. 4.	3. 4.
Mai	359,50	359,00
Juli	365,00	364,50
Okt.	367,00	365,10

Kokosöl New York (c/lb)	4. 4.	3. 4.
Westküste fob Werk..	49,50	50,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	4. 4.	3. 3.
jegl. Herk. cif	1150,00	1145,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	495,00	495,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	840,00	830,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	228,00	218,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1180,00	1160,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	297,25	297,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	4. 4.	3. 4.
Mai	81,18	82,10
Juli	80,75	81,70
Okt.	78,20	78,85
Dez.	75,55	75,98
März	–	77,20
Mai	–	77,85

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	57,75	57,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	4. 4.	3. 3.
Mai	418–424	417–419
Aug.	440–442	440–443
Okt.	442–444	443–445
Umsatz	101	302

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	4. 4.	3. 3.
Mai	49,20	49,20
Juli	49,70	49,70
Okt.	50,00	50,00
Dez.	50,10	50,10
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	4. 4.	3. 3.
Mai	586,00	585,00–587,00
Juli	595,00–598,00	594,00–595,00
Okt.	578,00–580,00	577,00–578,00
Umsatz	41	178

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	4. 4.	3. 3.
East African 3 long	670,00	678,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	4. 4.	3. 3.
April	13 898	13 880
Mai	13 860	13 854

Kautschuk London (p/kg)	4. 4.	3. 3.
Nr. 1 RSS loco	78,50–78,50	78,75–80,00
Mai	76,00–77,00	76,10–80,00
Juni	76,50–79,00	77,20–81,00
Juli/Sept.	79,70	80,20–80,50
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	4. 4.	3. 3.
April	245,50–246,50	246,00–248,00
Mai	252,00–252,50	252,50–254,00
Nr. 2 RSS April	245,00–246,00	246,50–247,50
Nr. 3 RSS April	241,00–242,00	242,00–243,00
Nr. 4 RSS April	234,00–235,00	235,00–236,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	4. 4.	3. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	4. 4.	3. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	130,53–130,72	127,38–127,57
drittfolg. Monat	129,97–130,16	127,19–127,57
Zink: Basis London		
laufend. Monat	270,82–271,20	268,23–268,60
drittfolg. Monat	264,45–264,82	260,75–260,93
Produz.-Preis	286,02	285,65
Reinzinn 99,9%	3633–3659	3575–3610

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 4.	3. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	415,42–417,30	410,76–412,63
Blei in Kabeln	138,25–139,25	135,00–136,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,30
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	4. 4.	3. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	395–404	392–401
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	440	437
MS 63	435–440	432–437

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	4. 4.	3. 3.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 4.	3. 3.
Leg. 225	456–473	456–473
Leg. 226	458–475	458–475
Leg. 231	488–505	488–505
Leg. 233	498–515	498–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4. 4.	3. 3.
Platin (DM je g)	35,15	35,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 600	32 600
Rücknahmepr.	31 850	31 850
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 420	32 430
Rücknahmepr.	31 910	31 920
verarbeitet	34 030	34 030
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 165	32 185
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	801,50	800,00
Rücknahmepr.	785,30	783,80
verarbeitet	837,00	835,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	4. 4.	3. 3.
10.30	380,50	381,15
15.00	381,25	–
Zürich mittags	380,50–381,00	380,50–381,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 600	99 150
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	654,80	655,80
3 Monate	668,60	669,90
6 Monate	683,10	684,30
12 Monate	713,50	714,90
Platin (£-Feinunze) London	4. 4.	3. 3.
fr. Markt	271,90	270,85
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	111,25	111,20

New Yorker Preise	4. 4.	3. 4.
Gold H & H Ankauf	381,25	381,40
Silber H & H Ankauf	935,50	925,80
Platin fr. Händlerpr.	388,00–391,50	390,00–391,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	139,00–160,00	158,50–161,00
Produz.-Preis	139,00	139,00
Silber (c/Feinunze)		
April	941,00	934,00
Mai	947,50	942,00
Juli	965,80	951,70
Sept.	981,00	969,00
Dez.	1011,00	978,00
Jan.	–	1005,10
März	–	1014,00
Umsatz	–	45 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	4. 4.	3. 4.
April	70,25	70,40
Mai	70,05	70,85
Juni	71,40	71,55
Juli	72,00	72,20
Sept.	73,50	73,80
Dez.	75,35	77,05
Jan.	76,10	76,30
Umsatz	–	10 000

Londoner Metallbörse

	4. 4.	3. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	987,00–988,00	991,00–992,00
3 Monate	1008,0–1008,5	1012,5–1013,0
Blei (£/t) Kasse	344,50–345,50	341,00–342,00
3 Monate	345,50–346,00	341,50–342,00
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1095,0–1095,5	1085,5–1086,0
3 Monate	1110,0–1111,0	1102,0–1102,5
abends Kasse	1093,5–1094,0	1096,5–1097,5
3 Monate	1110,0–1110,5	1103,5–1104,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1093,0–1095,0	1095,0–1097,0
3 Monate	1103,0–1104,0	1095,0–1097,0
Zink (£/t) Kasse	715,00–716,00	714,50–718,00
3 Monate	700,50–701,00	695,50–696,00
Zinn (£/t) Kasse	8650–8655	8620–8625
3 Monate	8690–8691	8690–8691
Quecksilber ($/Fl.)	310–320	310–320
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–88	84–88

FINANZANZEIGEN

COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Wir laden hiermit unsere Aktionäre ein zu der am Freitag, 18. Mai 1984, 10.30 Uhr, im Congress-Centrum Stadtpark, Theodor-Heuss-Platz 1–3, Hannover, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung
(Kurzfassung)

1. **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Jahr 1983**
2. **Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns**
   Vorschlag: Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 von DM 101.208.000,– zur Zahlung einer Dividende von DM 6,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– zu verwenden.
3. **Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983**
4. **Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983**
5. **Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen, Beschlußfassung über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals und Satzungsänderung**
   Vorschlag: Bis zu DM 300 Mio Optionsschuldverschreibungen bis 30. April 1989 mit Bezugsrecht für Aktionäre (außer Spitzenbetrag); bedingtes Kapital bis zu DM 120 Mio.
6. **Ermächtigung des Vorstands, der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen durch eine 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaft der Commerzbank AG zuzustimmen. Beschlußfassung über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals und Satzungsänderung**
   Vorschlag: Schuldverschreibungen mit Optionsrecht auf Commerzbank-Aktien bis 30. April 1989 im Rahmen eines bedingten Kapitals bis zu DM 120 Mio.
7. **Ermächtigung des Vorstands zur Erhöhung des Grundkapitals für die Ausgabe von Belegschaftsaktien (genehmigtes Kapital) und Satzungsänderung**
   Vorschlag: DM 15 Mio bis 30. April 1989.
8. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984**
   Vorschlag: Treuarbeit

Die vollständige Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung wird im Bundesanzeiger Nr. 68 vom 5. April 1984 veröffentlicht. Wir bitten dieser Bekanntmachung außerdem die Einzelheiten über die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Freitag, der 11. Mai 1984.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft erhalten mit den üblichen Hauptversammlungs-Unterlagen eine Kurzfassung des Geschäftsberichts 1983 zugesandt. Aktionäre, die an der ausführlichen Fassung interessiert sind, werden gebeten, sich an ihre Depotbank oder an unsere Abteilung ZVÖ, Postfach 1137, 4000 Düsseldorf, zu wenden.

Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg,
den 28. März 1984

COMMERZBANK
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

KLÖCKNER-WERKE AG DUISBURG

Bekanntmachung

über die 7. Auslosung von DM 10 000 000,-

Inhaber-Teilschuldverschreibung unserer 8% Anleihe von 1972/1987 mit Tilgungsfonds – Wertpapier-Kenn-Nr. 371 543 – zur Rückzahlung am 2. Juli 1984

Bei der am 29. März 1984 gemäß § 3 (2) der Anleihebedingungen unter notarieller Aufsicht vorgenommenen 7. Auslosung ist die nachstehend aufgeführte Gruppe 3 gezogen worden:

9 000 Teilschuldverschreibungen zu je DM 1 000,-
Nr. 012 001 – 018 000
Nr. 066 001 – 069 000

10 000 Teilschuldverschreibungen zu je DM 100,-
Nr. 104 001 – 111 000
Nr. 166 001 – 169 000

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Juli 1984 an bei den in § 6 (1) der Anleihebedingungen genannten Banken eingelöst.

Den ausgelosten Stücken sind die dazugehörigen Zinsscheine Nr. 13 uff. beizufügen. Der Betrag fehlender Zinsscheine wird bedingungsgemäß vom Kapitalbetrag abgezogen. Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet mit dem Fälligkeitstage.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß von den früher ausgelosten Gruppen 2, 5, 6, 8, 9 und 10 noch nicht alle Teilschuldverschreibungen zur Einlösung eingereicht worden sind.

Duisburg, im April 1984 — **Der Vorstand**

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken! W 286



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Diese Kommilitonen werden im Sommersemester 1984 im ersten Semester sein

Rechtswissenschaft

von	nach
1 Frankfurt	Bonn
2 Frankfurt	FU Berlin
3 Frankfurt	Heidelberg
4 Frankfurt	Hamburg
5 Frankfurt	Köln
6 Gießen	Köln
7 Hamburg	Göttingen
8 Hamburg	Hannover
9 Uni Kiel	Hamburg
10 Marburg	FU Berlin
11 Marburg	Göttingen
12 Marburg	Köln
13 Mainz	Bonn
14 Mainz	Münster
15 Passau	Bielefeld
16 Passau	Bonn
17 Passau	Bochum
18 Passau	Göttingen
19 Passau	Hannover
20 Passau	Bremen
21 Passau	Hamburg
22 Passau	Köln
23 Passau	Uni Kiel
24 Passau	Münster
25 Passau	Mainz
26 Passau	Trier
27 Regensburg	Bonn
28 Regensburg	Bochum
29 Regensburg	FU Berlin
30 Regensburg	Göttingen
31 Regensburg	Hamburg
32 Regensburg	Köln
33 Regensburg	Münster
34 Regensburg	Würzburg
35 Würzburg	Bonn
36 Würzburg	Bochum
37 Würzburg	Hamburg
38 Würzburg	Köln
39 Würzburg	Tübingen

Pharmazie

von	nach
1 Bonn	Düsseldorf
2 Braunschweig	Düsseldorf
3 Braunschweig	Frankfurt
4 Braunschweig	Hamburg
5 Braunschweig	Mainz
6 FU Berlin	Bonn
7 FU Berlin	Düsseldorf
8 FU Berlin	Freiburg
9 FU Berlin	Heidelberg
10 FU Berlin	Münster
11 FU Berlin	Uni München
12 FU Berlin	Mainz
13 FU Berlin	Saarbrücken
14 FU Berlin	Tübingen
15 FU Berlin	Würzburg
16 Freiburg	Bonn
17 Freiburg	Düsseldorf
18 Freiburg	Münster
19 Uni Kiel	Hamburg
20 Marburg	Düsseldorf
21 Marburg	Hamburg
22 Marburg	Münster
23 Tübingen	Uni München
24 Würzburg	Erlangen

Zahnmedizin

von	nach
1 FU Berlin	Aachen
2 FU Berlin	Bonn
3 FU Berlin	Düsseldorf
4 FU Berlin	Freiburg
5 FU Berlin	Köln
6 FU Berlin	Münster
7 FU Berlin	Tübingen
8 FU Berlin	Ulm
9 Erlangen	Heidelberg
10 Frankfurt	Bonn
11 Frankfurt	Heidelberg
12 Gießen	Bonn
13 Gießen	Freiburg
14 Gießen	Uni München
15 Gießen	Tübingen
16 Heidelberg	Hamburg
17 Hamburg	FU Berlin
18 Uni Kiel	Frankfurt
19 Uni Kiel	Gießen
20 Uni Kiel	Mainz
21 Marburg	Bonn
22 Marburg	Düsseldorf
23 Marburg	Köln
24 Würzburg	Heidelberg

Betriebswirtschaft

von	nach
1 TU Berlin	Hamburg
2 TU Berlin	Köln
3 TU Berlin	Uni Kiel
4 TU Berlin	Münster
5 FU Berlin	Hamburg
6 FU Berlin	Uni München
7 Erlangen	Würzburg
8 Hamburg	Uni München
9 Mannheim	Frankfurt
10 Mannheim	Hamburg
11 Mannheim	Uni Kiel
12 Mannheim	Münster
13 Mannheim	Würzburg

Psychologie

von	nach
1 Hamburg	Frankfurt
2 Hamburg	Würzburg
3 Trier	Hamburg

Humanmedizin

von	nach
1 Bonn	Mainz
2 Düsseldorf	Bonn
3 Düsseldorf	Hamburg
4 Düsseldorf	Köln
5 Düsseldorf	Münster
6 Erlangen	Freiburg
7 Frankfurt	Bonn
8 Frankfurt	Erlangen
9 Frankfurt	Freiburg
10 Frankfurt	Göttingen
11 Frankfurt	Hamburg
12 Frankfurt	Lübeck
13 Frankfurt	Uni Kiel
14 Frankfurt	TU München
15 Frankfurt	Uni München
16 Frankfurt	Ulm
17 Frankfurt	Würzburg
18 Gießen	Aachen
19 Gießen	Bonn
20 Gießen	Bochum
21 Gießen	Erlangen
22 Gießen	Freiburg
23 Gießen	Göttingen
24 Gießen	Hannover
25 Gießen	Hamburg
26 Gießen	Lübeck
27 Gießen	Köln
28 Gießen	Münster
29 Gießen	Uni München
30 Gießen	Regensburg
31 Hamburg	Göttingen
32 Köln	Aachen
33 Köln	Bonn
34 Köln	Münster
35 Marburg	Freiburg
36 Marburg	Göttingen
37 Marburg	Hamburg
38 Marburg	Münster
39 Marburg	Uni München
40 Marburg	Mainz
41 Uni München	Würzburg
42 Würzburg	Göttingen

Schwache Rentenkurse

Der Markt der festverzinslichen Wertpapiere tendierte an der Mittwoch-Börse ebenso schwach wie die Aktien. Auch hier fehlten die Käufer. Öffentliche Anleihen blieben bis zu 0,35 Prozent niedriger bei vereinzelten Besserungen bis zu 0,10 Prozent. Der Ultimo März/April hat weniger Geld für die Anlage gebracht als erwartet. Bundesobligationen verloren bis zu 0,25 Punkte, wobei eine Reihe limitierte Verkaufsaufträge nicht zum Zuge kamen. Leichter auch DM-Auslandsanleihen. Pfandbriefe gaben weiter nach.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

	4. 4.	3. 4.		4. 4.	3. 4.		4. 4.	3. 4.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	92,5TG	92,5TG	H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G	M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82bG	6 dgl. 14	90,6G	90,6G	6 dgl. Pf 95	78	78G
6½ dgl. Pf. 2	95,75G	85,75G	6 dgl. 47	79,5	79,5	7 dgl. Pf 100	100,4bG	100,4G
7 dgl. Pf 3	95,5G	95,5G						
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G	F 5 Helaba Pf 8	109G	109G	D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G	6 dgl. Pf 80	94,4G	94,4G	6¼ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG	8 dgl. Pf 73	101,3G	101,3G	9½ dgl. Pf 1007	106,2G	106,2G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G	4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G	8 dgl. Pf 1015	99,45G	99,45G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G				7 dgl. KO 556	100,45G	100,45G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM





Aktionäre werden langsam nervös

Auch mittelfristig denkende Anleger stellen Gewinne sicher

DW.- An der Mittwoch-Börse gaben die deutschen Aktienkurse deutlich nach. Selbst mittelfristig disponierende Anleger, die noch Gewinne in ihren Beständen haben, verkauften, weil es keine Anzeichen für einen neuen Kursaufschwung gibt. Es gibt auch keine erkennbaren Signale dafür, daß ausländische Anleger bald wieder einsteigen werden, weil die Streikgefahr in der Bundesrepublik immer mehr zunimmt. Besonders enttäuscht zeigten sich die Börsianer darüber, daß zur Zeit alle positiven Nachrichten ungehört verhallten.

Einzige Ausnahme unter den großen Papieren war eigentlich nur Preussag, die noch begrenzt zulegen konnten. Die Dividendenerhöhung der Dresdner Bank schlug sich nur darin nieder, daß der Kurs dieser Aktie sich knapp halten konnte. Noch etwas stärker nachgebend waren die Elektrowerte, allen voran Siemens. Maschinenbauer verloren mehr oder weniger, was sie am Vortag gewonnen hatten. Gewinnmitnahmen auch bei den Warenhäusern.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten wie auch Leffers um 3 DM. Ravensberger stockten um 8 DM auf. Nachgeben haben Hageda um 5 DM und Schiess um 3 DM. Stahlwerke Bochum verloren 5 DM und Thüringer Gas 9 DM. Bei den Versicherungen verbesserten sich Allianz Leben um 7 DM auf 3340 DM und Köln. Rück um 5 DMauf 685 DM.

Frankfurt: Deutsche Bank gaben trotz exzellenten Geschäftsbericht um 5,50 DM nach auf 374,50 DM. Von Nebenwerten blieben Schwäbische Zellstoff 276 DM minus 14 DM, Dyckerhoff-Vorzüge 254 DM minus 8 DM. Veith-Pirelli stiegen um 7 DM auf 162 DM, Brau AG um 9 DM auf 191 DM. Buderus gaben um 20 DM auf 420 DM nach sowie Hartmann & Braun Vorzüge um 10 DM auf 270 DM.

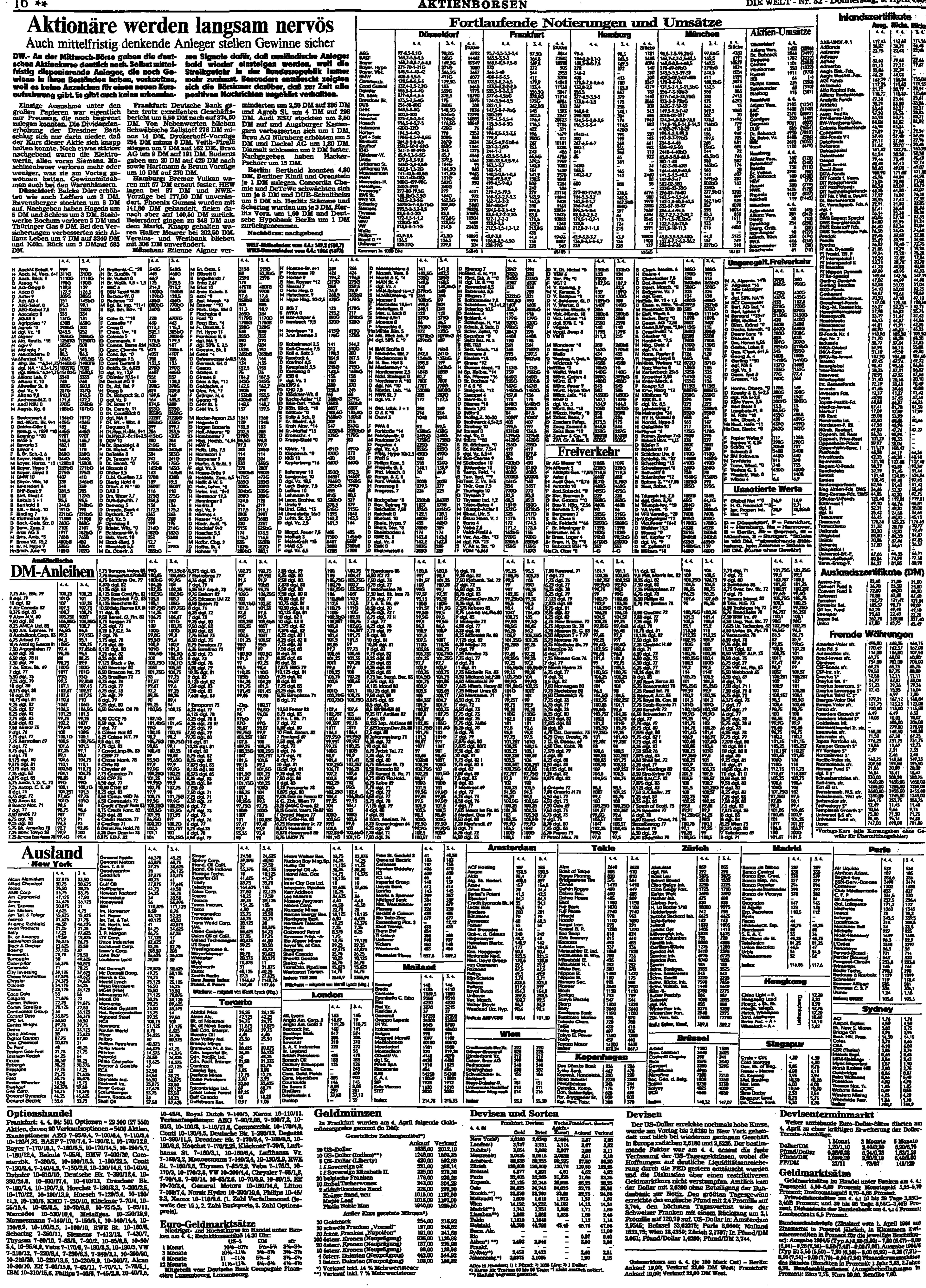
Hamburg: Bremer Vulkan waren mit 67 DM erneut fester. HEW lagen bei 97 DM und NWK-Vorzüge bei 177,50 DM unverändert. Phoenix Gummi wurden mit 141,80 DM gehandelt, fielen danach aber auf 140,50 DM zurück. Beiersdorf gingen zu 348 DM aus dem Markt. Knapp gehalten waren Haller Meurer bei 202,50 DM. Vereins- und Westbank blieben mit 306 DM unverändert.

München: Etienne Aigner verminderten um 2,50 DM auf 286 DM und Agrob St. um 4 DM auf 298 DM. Audi NSU stockten um 3,50 DM auf und Augsburger Kammgarn verbesserten sich um 1 DM. Brau AG Nürnberg erhöhten um 5 DM und Deckel AG um 1,80 DM. Diamalt schlossen um 2 DM fester. Nachgegeben haben Hacker-Pschorr um 15 DM.

Berlin: Berthold konnten 4,80 DM, Berliner Kindl und Orenstein je 1 DM zulegen. Concordia Chemie und DeTeWe schwächten sich um je 8 DM und DUB-Schultheiss um 5 DM ab. Herlitz Stämme und Schering wurden um je 3 DM, Herlitz Vorz. um 1,60 DM und Deutsche Hypobank Berlin um 1 DM zurückgenommen.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex vom 4.4.: 149,2 (150,7)
WELT-Umsatzindex vom 4.4.: 1966 (1672)



Optionshandel

Frankfurt: 4. 4. 84: 501 Optionen = 29 500 (27 550) Aktien, davon 90 Verkaufsoptionen = 5400 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-95/9,4, 7-100/6,4, 7-110/3,4 10-120/4,35, BASF 7-170/7,4, 7-190/2,1, 10-170/12,9, Bayer 7-170/10,1, 7-180/6,5, 10-170/14,5, 10-190/5,7, 1-180/12,4, Bekula 7-95/4, BMW 7-400/20, Commerzbk. 7-200/5, 10-180/16,5, 1-180/22,5, Conti 7-130/9,4, 7-140/4,5, 7-150/2,6, 10-130/14,6, 10-140/9, Daimler 10-610/10, Deutsche Bk. 7-390/12,4, 10-380/24,8, 10-400/17,4, 10-410/13, Dresdner Bk. 7-180/7,4, 10-190/7,9, Hoechst 7-180/8,3, 7-200/2,5, 10-170/22, 10-180/13,9, Hoesch 7-120/5,4, 10-120/11,3, 10-130/6, KHD 7-250/10, Klöckner 7-70/4, 10-55/15,4, 10-65/8,5, 10-70/6,6, 10-75/5,5, 1-65/11, Mercedes 10-530/10,4, Metallges. 10-250/18,9, Mannesmann 7-140/10, 7-150/5,1, 10-140/14,4, 10-150/8,9, 10-160/5,5, 1-160/10, RWE St. 10-180/8, Schering 7-350/11, Siemens 7-412/12, 7-430/7, Thyssen 7-80/10, 7-85/5, 7-90/2, 10-85/8,5, 10-90/5,4, 10-95/4,9, Veba 7-170/8, 7-180/3,5, 10-180/5, VW 7-210/12, 7-220/8,4, 7-230/6,5, 7-240/3,1, 10-200/30, 10-210/20, 10-220/13,6, 10-230/9,9, 10-240/7, Alcan 10-90/10, Elf 7-60/15,8, 7-65/11, 7-70/7,1, 7-75/5,1, IBM 10-310/15,6, Philips 7-40/8, 7-45/2,8, 10-40/7,5, 10-45/4, Royal Dutch 7-140/5, Xerox 10-110/11. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/2,05, 7-100/7,2, 10-90/3, 10-100/8, 1-110/17,6, Commerzbk. 10-170/4,8, Conti 10-130/4,5, Deutsche Bk. 1-380/13, Degussa 10-390/11,5, Dresdner Bk. 7-170/3,4, 7-180/8,5, 10-180/8,6, Hoechst 7-170/2,25, Klöckner 7-70/5, Lufthansa St. 7-160/3,1, 10-160/6,4, Lufthansa Vz. 7-160/2,2, Mannesmann 7-140/2,4, 10-130/2,9, RWE St. 7-160/2,8, Thyssen 7-85/2,9, Veba 7-170/3, 10-170/3, 10-170/3,8, VW 10-200/4,4, Chrysler 7-65/1,8, 7-70/4,9, 7-80/14, 10-65/2,6, 10-70/6,9, 10-80/15, Elf 10-70/3,4, General Motors 10-180/14,6, Litton 7-160/7,4, Norsk Hydro 10-200/10,6, Philips 10-45/3,3, Xerox 10-110/9,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10⅞	5½–5¾	3⅛–3¼
3 Monate	10¾–11⅛	5⅝–5⅞	3⅛–3⅞
6 Monate	11 –11⅜	5¾–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11½–11¾	6⅛–6⅜	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1635,00	2012,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1503,35
5 US-Dollar (Liberty)	420,00	592,80
1 £ Sovereign alt	231,00	288,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	278,30
20 belgische Franken	176,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,28
2 südafrikanische Rand	226,00	279,30
Krüger Rand, neu	1015,00	1197,00
Maple Leaf	1015,00	1197,00
Platin Noble Man	1040,00	1225,50

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	254,00	316,92
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	936,00	1130,88
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	443,00	544,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

4. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6160	2,6240	2,5864	2,57	2,66
London¹)	3,737	3,751	3,714	3,67	3,82
Dublin¹)	3,054	3,068	3,007	2,96	3,11
Montreal³)	2,0435	2,0515	2,0232	2,01	2,10
Amsterd.	88,535	88,785	88,535	87,50	89,50
Zürich	120,600	120,800	120,76	119,50	122,25
Brüssel	4,877	4,897	4,81	4,62	4,82
Paris	32,405	32,565	31,825	31,60	33,35
Kopenh.	27,125	27,245	26,925	26,25	28,25
Oslo	34,625	34,745	34,005	33,75	35,50
Stockh.**)	33,630	33,780	33,20	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,609	1,619	1,572	1,57	1,67
Wien	14,192	14,232	14,187	14,12	14,34
Madrid**)	1,741	1,751	1,698	1,71	1,80
Lissabon**)	1,968	1,988	1,883	1,60	2,40
Tokio	1,1610	1,1640	–	1,12	1,18
Helsinki	48,580	48,780	45,40	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,492	2,546	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,453	2,472	–	2,40	2,51
Johannesbg.*)	2,0875	2,1065	–	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar erreichte nochmals hohe Kurse, wurde am Vortag bis 2,6380 in New York gehandelt und blieb bei wiederum geringem Geschäft in Europa zwischen 2,6180 und 2,6225. Der bestimmende Faktor war am 4. 4. erneut die feste Verfassung der US-Tagesgeldzinsen, wobei die Hoffnungen auf deutliche Liquiditätsanreicherung durch die FED gestern enttäuscht wurden und die Diskussion über einen restriktiveren Geldmarktkurs nicht verstumpfen. Amtlich kam der Dollar mit 2,6200 ohne Beteiligung der Bundesbank zur Notiz. Den größten Tagesgewinn erreichte das englische Pfund mit 2,4 Promille auf 3,744, den höchsten Tagesverlust wies der Schweizer Franken mit einem Rückgang um 2,1 Promille auf 120,70 auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,9545; Brüssel 53,62375; Paris 8,0640; Mailand 1623,75; Wien 18,4350; Zürich 2,1707; Ir. Pfund/DM 3,061; Pfund/Dollar 1,4290; Pfund/DM 3,744.

Ostmarkkurs am 4. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Weiter anziehende Euro-Dollar-Sätze führten am 4. April zu einer kräftigen Erweiterung der Dollar-Termin-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,20/1,10	3,40/3,30	6,90/6,70
Pfund/Dollar	0,26/0,28	0,74/0,78	1,53/1,58
Pfund/DM	1,60/0,20	3,50/2,10	6,40/5,00
FF/DM	27/11	73/57	145/129

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 4.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,90) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.

EISHOCKEY

Wieder Jagdszenen in Bayern

dpa/sid, **München**

„Diese Spielweise kotzt mich an. Das ist doch fast nur eine Schlägerei mit vielen Stockstichen". So schimpfte Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn nach dem skandalösen Spiel zwischen dem ESV Kaufbeuren und dem deutschen Meister EV Landshut.

Während der Kölner EC mit einem 4:0 ruhig und gelassen gegen den Mannheimer ERC ins Finale um die deutsche Meisterschaft marschierte, liefen in Landshut (10:2 gegen Kaufbeuren) vor 6 000 Zuschauern – was sich später bei der Fernsehübertragung auf Millionen erhöhte – die Jagdszenen aus Niederbayern ab. Schon beim Warmlaufen der beiden Mannschaften krachte es dann weiter an allen Ecken und Enden. Anhuber vom EV Landshut setzte Bohouslav Stasny außer Gefecht, Torwart Englbrecht legte sich mit Kaufbeurens Kirchmaier an und Vladimir Martinec kam mit gebrochenem kleinen finger in die Kabine. Da war für die Kaufbeurer das Maß aber endgültig voll. „Wir werden beim Eishockey-Bund Protest gegen die Wertung des Spiels einlegen und außerdem einen Strafantrag gegen Anhuber und Englbrecht erwirken?" erklärte Kaufbeurens Obmann Fritz Medicus.

Ohne die beiden CSSR-Stars war Kaufbeuren hilflos. Auch Landshut fand über das Kämpfen wieder zum Spiel und gewann nicht unverdient 10:2 und hält sich damit seine Möglichkeit zur Titelverteidigung offen. Doch die unterschwelligen Aggressionen traten im Verlauf des Spiels immer wieder zutage. Absoluter Höhepunkt war dann nach einem Foul von Hammerle in der 60. Minute eine Massenschlägerei, bei der Nationaltorwart Bernhard Englbrecht völlig die Nerven verlor. Er schlug auf den Landshuter Stürmer Birk ein. Resultat war eine Kieferköpfchenfraktur.

KUNSTTURNEN / Nach Yvonne Haugs Rücktritt will auch die Berlinerin Nicole Baumkirch nicht mehr weitermachen

Hinz: „Jetzt müßte jeder Verantwortliche nachdenken"

KLAUS BLUME, Berlin

Der Rücktritt einer Turnerin: „Hoffentlich hat sich Yvonne Haugs Opfer gelohnt. Aber ich befürchte, den Eltern ist Olympia wichtiger als ihr Kind." Jupp Hinz, Yvonne Haugs Berliner Heimtrainer, sagt das. Er sagt auch: „Eigentlich müßte sich jetzt jeder Verantwortliche Gedanken machen".

Das Berliner Ehepaar Angelika und Frank Baumkirch hat sich Gedanken gemacht und deshalb gestern folgenden Brief an den Berliner Verband geschickt: „Aufgrund der jüngsten Entwicklung im Berliner Turnerbund (keine Vertragsverlängerung für Trainer Jupp Hinz und Choreographin Polina Grossmann) sehen wir für unsere Tochter Nicole als Turnerin keine Perspektive mehr. Wir erklären *deshalb ihren Rücktritt. Ihr* soll ein Schicksal, wie es Yvonne Haug erlitten hat, erspart werden".

Nicole Baumkirch, 13 Jahre alt, Mitglied des C-Kaders des Deutschen Turnerbundes (DTB), gilt als hochtalentiert. Aber sie ist eine Hinz-Schülerin, und wohl deshalb durfte sie am letzten Wochenende beim Länderkampf gegen Ungarn auch nicht mitturnen, obwohl sie eingeladen war.

Was sich in diesen Wochen im deutschen Frauenturnen zuträgt, ist wohl in der Tat reine Funktionärswillkür und Amtsmißbrauch im miserabelsten Stil. Zuerst wurde Yvonne Haug (17), die beste deutsche Kunstturnerin, aufgefordert, von Berlin ins Leistungszentrum nach Frankfurt zu wechseln. Yvonne weigerte sich und trat zurück. Ursula Hinz, die oberste deutsche Turnfunktionärin, hätte auf diesem Weg ihrem Mann Jupp Hinz, dem Berliner Landestrainer, die erfolgreichste Turnerin weggenommen. Hintergrund der Affäre: Jupp Hinz lebt seit einiger Zeit nicht mehr mit seiner Frau unter einem Dach.

Als Yvonne Haug nicht nach Frankfurt ging, wurde gegen Jupp Hinz direkt etwas unternommen: Sein Trainer-Vertrag wurde nicht verlängert, gleichfalls auch der Vertrag der israelischen Choreographin Polina Grossmann. Begründung des Berliner Verbandes: Frau Grossmann sei fachlich nicht allzu fähig. Sportreferent Wolfgang William bescheinigte ihr sogar „destruktives Verhalten", obwohl sie der Berliner Sportwart Hans-Joachim Lehmann noch am 23. 12. 1983 gebeten hatte, Yvonne Haugs Olympiavorbereitungen vorzunehmen. Lehmann damals: „Ich wünsche Ihnen dazu eine glückliche Hand und vertraue auf Ihr Wissen und Können".

Doch ein Vierteljahr später vertraut niemand mehr darauf. Hintergrund: Jupp Hinz und Polina Grossmann harmonieren nicht nur in der Turnhalle miteinander. Frau Hinz versucht deshalb, dieser Harmonie auf dem Dienstweg ein Ende zu bereiten. Denn ohne Anstellung gibt es für die Israelin Polina Grossmann künftig auch keine Aufenthaltsgenehmigung mehr in diesem Lande.

Das ist die eine Seite, die momentan dazu führen kann, daß es statt einer deutschen Frauen-Olympiariege künftig nur noch einen Scherbenhaufen gibt. Die andere Seite: Frau Hinz bemüht sich als oberste Turn-Dienstherrin geradezu krampfhaft, den tschechoslowakischen Cheftrainer Vladimir Prorok im Amt zu halten. Schließlich muß sich die Entscheidung, Prorok aus Prag nach Deutschland geholt zu haben, im nachhinein als richtig erweisen. Dabei spielt es offensichtlich auch keine Rolle, daß dessen Frau Alena unter der Hand Honorare zugesprochen erhält, die ursprünglich als Kosten für ein Leistungszentrum ausgewiesen wurden.

Über die Arbeit mit Prorok erzählt die zurückgetretene Yvonne Haug: „Beim Länderkampf gegen die USA in Berlin hat jedes Mädchen von uns eine *Pille* bekommen. Herr Prorok sagte uns, die müßt ihr nehmen. Er hat uns nicht gesagt, was es für ein Medikament ist."

Yvonne Haug sagt: „Beim Prorok-Lehrgang in Frankfurt haben wir jeden Tag neun Ampullen bekommen: Drei morgens, drei mittags, drei am Abend. Es wurde nicht erläutert, um was sich es dabei handelt."

Yvonne Haug sagt: „Jedes Mal, wenn ich in Frankfurt in der Turnhalle stand, dachte ich: Ach, du Scheiße. Wir haben nur gebolzt, und ich habe dort nicht ein einziges neues Element gelernt."

Yvonne Haug erzählt: „Als ich packte, um Frankfurt zu verlassen, hat sich kein Mensch um mich gekümmert. Die anderen Mädchen haben einfach weitergeturnt. Ich hätte vor Wut heulen können. Als ich mich verabschieden wollte, auch von Herrn Prorok, war niemand da. Ich trug einen Koffer und drei schwere Reisetaschen vor die Tür und bestellte ein Taxi. Da kam der Hausmeister und sagte: Du darfst nicht fahren. Ich fuhr trotzdem."

Szenen aus dem deutschen Turnerleben. Der Berliner Rentner Rolf G. Petri *(63) hat nun Bundespräsident* Carstens gebeten, Yvonne Haug das Silberne Lorbeerblatt zu verleihen, die höchste deutsche Sportauszeichnung.

Und was sagt Frau Hinz zu alledem? Sie sagte Yvonne Haug am Telefon: „Was die alles mit dir gemacht haben, war unmenschlich. Ich wäre an deiner Stelle auch zurückgetreten. Am liebsten würde ich es ebenfalls tun". Wann endlich?



Yvonne Haug (links) und Polina Grossmann (rechts) waren im deutschen Kunstturnen bis vor kurzem ein überaus erfolgreiches Gespann. Doch Yvonne Haug, die Turnerin, trat zurück. Polina Grossmann, die Choreographin, wird vom Verband künftig nicht mehr beschäftigt. Aber das ist noch lange nicht das Ende einer seit Monaten anddauernden Krise im deutschen und im Berliner Turnerbund. Momentan ist es äußerst fraglich, ob überhaupt eine deutsche Mädchen-Riege an den Olympischen Spielen im Sommer in Los Angeles teilnehmen kann, denn die Erfolgsaussichten sind nach dem Rücktritt von Yvonne Haug auf den Nullpunkt gesunken. Das ist zugleich auch ein Leistungsnachweis für den aus Prag nach Deutschland gekommenen Cheftrainer Vladimir Prorok. Ihm ist es ganz offensichtlich nicht gelungen, neben Yvonne Haug Turnerinnen von Format aufzubauen. Inzwischen aber kam aus Berlin der nächste Turnerinnen-Rücktritt. Vladimir Prorok aber schweigt ebenso zu alledem wie seine Dienstherrin, die Fachwartin Ursula Hinz. FOTO:BONGARTS

NACHRICHTEN

Körbel bleibt bei Eintracht

Frankfurt (sid) – Kapitän Karl-Heinz Körbel bleibt beim Fußball-Bundesligaverein Eintracht Frankfurt. Das Präsidium der Frankfurter sicherte Körbel einen Dreijahresvertrag bis zum 30. Juni 1987 zu.

Stones für Olympia

London (SAD) – Nach Mick Jagger hat sich jetzt auch „Rolling Stones" Keith Richards entschlossen, die englische Olympia-Mannschaft finanziell zu unterstützen. Der Gitarrist hat bereits 65 000 Mark in die Trainings- und Reisekosten des britischen Zehnkämpfers Daley Thompson investiert.

Briegel-Transfer geplatzt?

Kaiserslautern (sid) – Der Transfer von Kaiserslauterns 48maligem Nationalspieler Hans-Peter Briegel zum italienischen Fußballklub AC Neapel ist wahrscheinlich geplatzt. „Endgültiges läßt sich wohl erst in zwei Wochen sagen, doch ich gehe jetzt davon aus, beim FC Kaiserslautern zu bleiben", erklärte Briegel.

Schach: Wieder Remis

Wilna (dpa) – Auch die elfte Partie im Finale des Kandidaten-Turniers zur Schach-Weltmeisterschaft zwischen Gari Kasparow und Ex-Weltmeister Wassili Smyslow (beide UdSSR) endete remis. Damit führt Kasparow mit 7:4 Punkten. Er braucht zum Gesamtsieg noch 1,5 Punkte.

Aguilar fällt aus

Ludwigshafen (dpa) – Der Deutsche Turnmeister an den Ringen, Andreas Aguilar (Hannover), fällt für die Olympischen Spiele in Los Angeles aus. Aguilar hat sich am Sonntag bei den deutschen Mannschaftsmeisterschaften in Hannover erneut den linken Fuß gebrochen.

„Apartheid" für Fußballer

Lima/Johannesburg (dpa) – Wie in Lima aus Südafrika bekannt wurde, sollen die südafrikanischen Behörden dem peruanischen Fußballspieler Augusto Palacios untersagt haben, gemeinsam mit seiner Frau in einer Wohnung zu leben. Palacios ist dunkelhäutig, seine Frau weiß. Der Peruaner ist als südafrikanischer Fußball-Trainer unter Vertrag genommen worden.

Tennis-Turnier abgesagt

Hittfeld (sid) – Der mit 100 000 Dollar dotierte Tennis-Grand-Prix der Damen, vom 30. April bis 6. Mai in Hittfeld bei Hamburg, ist vom Veranstalter aus finanziellen Gründen abgesagt worden.

Sieg für Wewering

Hilversum (sid) – Heinz Wewering (Recklinghausen) gewann in Hilversum (Holland) die Europameisterschaft der Trabrennfahrer. Zweiter wurde der Franzose Jean-Claude Hallais vor dem Belgier Golbert Martens.

ZAHLEN

MODERNER FÜNFKAMPF

Internationaler Eröffnungswettkampf in Paris, zweite Disziplin (Degenfechten/43 Teilnehmer): 1. Boube (Frankreich) 1026 Punkte (31 Siege/12 Niederlagen), 2. Sidorow (UdSSR) 1000 (30/13), 3. Bellmann, Kreber (beide Deutschland), Glenesk (USA), Saleh (Bahrein) und Szombathely (Ungarn) jeweils 974 (29/14), ... 10. Rehbein und Cichosz jeweils 896 (26/17), ... Mette und Zimmermann (alle Deutschland) jeweils 870 (25/18).

FUSSBALL

Zweite Bundesliga: Hannover – Wattenscheid 3:1 (1:0).

EISHOCKEY

Play-Off-Runde, 3. Spieltag: Köln – Mannheim 4:0 (2:0, 2:0, 0:0), Landshut – Kaufbeuren 10:2 (2:1, 2:1, 6:0).

MOTORSPORT / Präzedenzfall in den USA

19,5 Millionen Dollar für die Witwe von Donohue

LEWIS FRANCK, **Providence**

Ein juristischer Präzedenzfall bedroht den Motorsport in seiner Existenz: Das Geschworenen-Gericht von Providence, der Hauptstadt des US-Bundesstaates Rhode Island verurteilte die amerikanische Reifenfirma Goodyear zur Zahlung von 19,5 Millionen Dollar an die Witwe des 1975 in Österreich tödlich verunglückten amerikanischen Formel-1-Fahrers Mark Donohue. Der Unfall war nach Ansicht des Gerichtes Folge eines Herstellungsfehlers des Reifens. Goodyear hat Berufung angekündigt. Ein Sprecher der Firma deutete jedoch bereits an, daß man sich aus dem Motorsport zurückziehen werde, wenn das Urteil bestätigt wird.

Dabei hatte Goodyear derartige Fälle von vornherein einkalkuliert. Jedes Team und jeder Fahrer, der Goodyear-Reifen im Renneinsatz verwendet, muß zuvor schriftlich anerkennen, daß die Firma für ihre Produkte bezüglich Material und Verarbeitung keinerlei Gewährleistung übernimmt. Das Gericht in Providence erkannte diese sogenannte Freistellungs-Erklärung nicht an. Auf 9,6 Millionen setzte die Jury den Schadenersatz fest, Reichter Giannini erklärte allerdings, daß Goodyear mit allen Zinsen seit 1975 19,5 Millionen zu zahlen habe.

Der Unfall Donohues liegt fast neun Jahre zurück. Während der Aufwärmrunden zum Großen Preis von Österreich am 17. August 1975 in Zeltweg platzte bei einer Geschwindigkeit von 260 Kilometer in der Stunde am Penske-Ford Donohues der linke Vorderreifen. Der Wagen durchbrach die Leitplanken. Donohue erlitt eine Hirnquetschung und starb drei Tage später an einem Blutgerinsel im Gehirn. Der 38 Jahre alte Amerikaner hatte 1972 die 500 Meilen von Indianapolis gewonnen.

Seine Witwe Carmen hatte schon 1976 Goodyear auf 20 Millionen Dollar Schadenersatz verklagt. Nicht nur das Urteil, schon der Prozeß stießen in der gesamten Branche auf Ablehnung. „Wenn künftig nach jedem Rennunfall die Angehörigen klagen, wird vom Rennsport nicht mehr viel übrig bleiben", fürchtete Niki Lauda. *Andretti: „Ich habe meiner Frau* Dee-Ann verboten, jemals zu klagen, falls mir einmal bei einem Renneinsatz etwas zustoßen sollte."

Lauda lehnt deshalb derartige Prozesse nach Unfällen im Motorsport grundsätzlich ab: „Wir Rennfahrer tragen nun einmal ein höheres Risiko als Hunterttausende anderer Autofahrer. Man kann einen Rennunfall nicht nach den gleichen Prinzipien abhandeln, wie einen Verkehrsunfall auf der Autobahn." Tatsächlich ist die Rechtsprechung in Fällen wie dem vorliegenden nicht einheitlich.

STAND●PUNKT / *Risiko*

Sie nannten ihn „Jumping Jack" – nach einem Song der Rolling Stones. Seit Dienstag, Viertel nach Zwölf, ist „Jumping-Jack" tot. 32 Jahre alt wäre Jack Middelburg aus Naaldweik bei Rotterdam Ende dieses Monats geworden. Er plante eine große Geburtstagsparty, denn Jack wollte seine Frau Petra wieder heiraten, von der er geschieden war, mit der er aber wieder zusammenlebte. Es sollte nicht sein. In der Universitätsklinik Groningen erlag Middelburg seinen schweren Gehirnverletzungen, die er sich bei einem Unfall am Sonntag zugezogen hatte.

Kein Zweifel, solche Unfälle gehören zum Berufsrisiko der Motorrad-Rennfahrer. Und Jack Middelburg, einer der populärsten holländischen Sportler, liebte das Risiko. 1980 hatte er deshalb in Assen den Grand Prix gewonnen, ebenso ein Jahr später in Silverstone, noch vor dem wagemutigen Amerikaner Kenny Roberts. Jack Middelburg aber war noch wagemutiger als Roberts. Sein Wahlspruch: „Ich kann es nicht ausstehen, wenn mich jemand überholt."

Am Sonntag in Tolbert ging es um einen Lauf zur holländischen Meisterschaft. Es war kalt, und die Reifen kamen nicht auf jene Temperaturen, die einen gewissen Klebeeffekt auf der Straße verursachen. Von Middelburg ist als letzter Ausspruch verbürgt: „Das ist ja Wahnsinn, bei dieser Kälte zu fahren. Ich werde ganz vorsichtig sein, auch, wenn ich deshalb nur Dritter werde." Es solte ihm nichts nutzen, denn der Kurs von Tolbert gehört zu jenen Straßenstrecken, auf denen zwar in Europa noch immer Motorradrennen gefahren werden, die aber zum Glück wegen ihrer engen Beschaffenheit in Deutschland verboten sind.

Nur vier Meter breit ist die Straße von Tolbert, und Middelburg versuchte mit 200 Kilometern in der Stunde seine in einer Kurve ausbrechende Honda zu balancieren – vergeblich.

Kein Zweifel, Motorrad-Rennfahrer leben gefährlich. Doch, was Middelburg passierte, ist auch die verdammte Folge der technischen Entwicklung. Gerade in der Klasse bis 500 ccm hat die Technik den Menschen längst eingeholt. Die Leistungsstärke der Maschinen ist derart gewaltig, daß sie selbst von den besten Fahrern nicht in jeder Situation beherrscht werden können. Vor allem nicht auf normalen Straßenkursen wie in Tolbert.

Im vorigen Jahr starben im Motorradrennsport zehn Fahrer. „Jumping-Jack" ist das vierte Opfer der neuen Saison. Eigentlich wollte er Ende vergangenen Jahres aufhören, doch dann hat er wieder getestet, sich wieder nach Sponsoren umgesehen. In 14 Tagen, in Misano, wollte er den ersten Grand Prix dieses Jahres bestreiten.

Am Freitag wird er in der Nähe Rotterdams beigesetzt. Aus allen Teilen des Landes werden Sonderbusse mit Middelburg-Fans erwartet – zum großen Abschied von „Jumping-Jack". K.Bl.

FUSSBALL / FIFA droht den Amerikanern

Der Fall Roentved und die große Pleite der USA-Liga

sid, **Zürich/New York**

Der Welt-Fußballverband (FIFA) droht dem US-amerikanischen Verband (USSF) mit Ausschluß, weil der dänische Spieler Per Roentved (früher Werder Bremen) trotz FIFA-Protestes bei den Wichita Wings in der US-Soccer-Liga ohne Spielberechtigung spielt. Der dänische Fußball-Verband hatte zuvor die erforderliche Freigabe für Roentved verweigert. FIFA-Generalsekretär Josef Blatter forderte den Verband der USA auf, die FIFA-Statuten durchzusetzen. Blatter wies in seiner Mahnung darauf hin, daß ein Landesverband aus der FIFA ausgeschlossen werden kann, wenn er deren Beschlüsse nicht durchsetzen kann.

Aber im amerikanischen Fußball kriselt es ohnehin. Noch im letzten Mai sollte das Dreigestirn Henry Kissinger, Pele und Franz Beckenbauer den USA die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 beschaffen. Ein Jahr nach dem Fehlschlag der Stockholmer Mission (die FIFA-Exekutive gab Mexiko den Zuschlag) steht der europäische Fußball in den USA vor dem Offenbarungseid. Die Millionen, mit denen man vor Jahren Stars aus aller Herren Länder zusammenkaufte, sind versickert und versiegt.

Vor dem Startschuß in die 18. Saison der Profi-Liga (NASL) hagelte es Fußball Negativ-Meldungen. Nur der Zeitpunkt der totalen Pleite scheint noch offen. Am 5. Mai nimmt noch ein verlorenes Häuflein von neun Klubs das Rennen um den Titel auf. Die NASL ist von ehedem 24 über 17, 14 und zwölf Teams nun noch weiter geschrumpft.

Man spielt nur noch in zwei Gruppen mit Cosmos New York, Chicago Sting, Toronto Blizzards und Tampa Bay Rowdies sowie San Diego Soccers, San Jose Earthquake, Vancouver Whitecaps, Meister Tulsa Roughnecks und Minnesota Kicks. Aufgegeben haben Seattle Sounders, Montreal Manic, das „Team America", mit dem die US-Nationalelf für die WM 1986 aufgebaut werden sollte, und die Fort Lauderdale Strikers. Der Klub, der sich einst Gerd Müller holen konnte, wurde nach Minnesota verkauft. Selbst Cosmos New York hat erhebliche Schwierigkeiten und entließ bereits Spieler.

Sanken die Zuschauer-Zahlen schon 1981 um 900 000 und 1982 um 800 000, kam es letztes Jahr noch viel schlimmer. Das Fernsehen schaltete sich aus und stoppte damit die Dollar aus der Werbung. Dazu kam harte Konkurrenz durch eine zweite Liga im „American Football", die in der ersten Saison auf Anhieb einen Besucher-Schnitt von 33 000 erreichte.

„Kennen Sie Kino?“ – Fragen an Rainer Brandt

Pep und Humor fehlen

WELT: Herr Brandt, Ihre erste Sendung der Neuauflage von „Kennen Sie Kino?“ fand bei den meisten Kritikern wenig Gnade. Haben Sie sich die zum Teil sehr herben Urteile zu Herzen genommen und Änderungen vorgenommen?

Brandt: Die härtesten Kritiken kamen von Schreibern einer bestimmten Coleur, die bemängelten, daß in meiner Sendung nicht Filme für eine kleine elitäre Minderheit vorgestellt werden, sondern Filme für die breite Masse. Doch wir wollen ganz bewußt Werbung für das Kino machen. 20 Jahre lang hat das Fernsehen dem Kino das Wasser abgegraben, da soll unsere Sendung so eine Art Wiedergutmachung für das Kino sein.

WELT: Waren Sie denn selbst mit der ersten Ausgabe von „Kennen Sie Kino?“ zufrieden? Oder läßt sich nicht auch Ihrer Meinung nach noch Einiges verbessern?

Brandt: Zweifelsohne hatte die erste Sendung, die ja eine Art Generalprobe war, Mängel, vor allem technischer Art. Die Ausleuchtung war zum Teil miserabel und soll in dieser Folge wesentlich besser sein; auch haben wir nun kleinere Räume bezogen, damit die Athmosphäre dichter ist.

WELT: Sie sind berühmt für Ihre schnoddrigen, witzigen Synchronisationen, früher für das Fernsehen, heute für das Kino. Was aber in der ersten Sendung auffiel, war, daß der Text, den Sie sprachen, sehr trocken wirkte. Schreiben Sie die Zwischentexte selbst oder drückt man Ihnen ein fertiges Manuskript in die Hand?

Brandt: Ich schreibe auf jeden Fall meine Texte selber, aber es ist gut, daß Sie dieses Thema anschneiden. Ich würde sehr viel lieber wesentlich mehr Pep und Humor in die Kommentare einfließen lassen – wenn man mich ließe. Aber immerhin werde ich in der heutigen Ausgabe versuchen, ein bißchen mehr Umgangssprache einzubringen.

WELT: Wer sucht die Filme für Ihre Sendung aus?

Brandt: Die Filmredaktion, die verantwortlich für die Reihe ist. Etwa 20 bis 25 Filme stehen pro Sendung zur Diskussion, aber aus Zeitgründen können wir nicht mehr als 10 bis zwölf vorstellen.

WELT: Kennen Sie eigentlich selbst die Filme, die Sie vorstellen und lehnen Sie auch gelegentlich mal einen ab?


Wiedergutmachung für das Kino: Rainer Brandt FOTO: TELEBUNK

Brandt: Ich habe fast alle Filme vorher gesehen. Ja, es kommt vor, daß ich mich gegen bestimmte Filme verwahre, weil ich glaube, daß sie nicht für unsere Sendung, für unser Publikum geeignet sind.

WELT: Wo sehen Sie die Grenze für vorstellenswerte Filme?

Brandt: Diese Grenze ziehe ich meist rein intuitiv. Das sind Filme, die von Gewaltszenen wimmeln oder unter die Gürtellinie zielen. Theoretisch sehen sich ja auch 12- bis 14jährige unsere Sendung an. Und obwohl unsere Kinder oft schon reichlich abgebrüht sind, was Gewaltszenen angeht, verpflichtet uns der Gesetzgeber zum Maßhalten in puncto Sex und Gewalt.

WELT: Sie versprachen beim ersten Mal mehr Hintergrundberichte über das Kino.

Brandt: Damit geht es diesmal los: drei Interviews stehen auf dem Programm mit Regisseuren sehr unterschiedlicher Filme, die über ihre Arbeit berichten. Aber in Zukunft möchte ich mich vor allem auch mit Themen wie der Video-Piraterie, mit Dreharbeiten, Synchronisation von Filmen und der Filmförderung befassen. Am liebsten würde ich Herrn Zimmermann persönlich ins Studio einladen, damit das Publikum aus erster Hand etwas über die Probleme der Filmförderung in Deutschland erfährt. Aber für diese Pläne brauche ich noch grünes Licht aus Hamburg – genauso wie für eine etwas lockerere Sprache meiner Texte in der Sendung.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Der Aufstieg einer Filmstadt

Die Besuchergruppe steht staunend vor den Kulissen einer Straße. „Die hat Ingmar Bergman für seinen Film 'Das Schlangenei' errichten lassen“, erklärt der Führer. „Fassbinder hat sie für seine Serie 'Berlin Alexanderplatz' umbauen lassen.“ Ein paar hundert Meter weiter der Rumpf eines U-Bootes. „Das ist das Modell, das Wolfgang Petersen für 'Das Boot' benutzte.

Besuch in den Universalstudios in Hollywood? Nein, in den Bavariastudios in München-Geiselgasteig. Aber der Titel **„Hollywood in München“** für die 45-Minuten-Sendung im ZDF war nicht unrichtig. Vom steilen Aufstieg einer Filmstadt war die Rede, von einem Film auch, der seit Monaten die Medien füllt. Den letzten Sprung nämlich zur Größe, die sich an Hollywood – wie es einst war – messen ließe, schafften die Bavariastudios dank der Verfilmung von Michael Endes Roman „Die unendliche Geschichte“. Ein Teil der 60 Millionen Mark, die die Arbeiten an dem Film verschlangen, kamen auch der Bavaria zugute, deren Trickstudios aufgemöbelt und technische Ausrüstung auf den neuesten Stand gebracht wurden. Großes Vorbild: Die Studios von Georges Lucas, dem „Vater“ der „Krieg der Sterne“-Saga.

Die „Karriere“ der Bavariastudios, die vor 70 Jahren in Glashäusern begann und nach dem letzten Weltkrieg aus Trümmern wiederauflebte, ist ein interessanter Fernseh-Stoff.

NINA SCHULENBURG

Schlimme Konsequenzen

Welch katastrophale Folgen es haben kann, wenn man während einer Autofahrt am Wagenboden nach einer Musikcassette sucht, ohnehin leicht erregbar ist und sich zudem in der Bewährungszeit einer früheren Strafe befindet – all dies und einige verkehrsrechtliche Kniffe mehr beschäftigten das **„Verkehrsgericht“** des ZDF.

Aber etliches blieb doch im Dunkeln. Warum wurde beispielsweise die Bewährung der Vorstrafe nicht widerrufen? Nicht vertieft wurde auch, welche Bedeutung die Flensburger Punkte für das Strafverfahren hatten. Sinnvoll wäre auch ein Exkurs in das Arbeitsrecht gewesen. Denn viele trifft der Verlust des Arbeitsplatzes wegen Kündigung härter als jeder Geldbetrag. Und schließlich hätte gerade dieser Fall Gelegenheit gegeben, nach der versöhnenden Funktion des Rechts bei Urteilen zu Verkehrs-Straftaten zu fragen. Denn immerhin dachte keiner der Beteiligten und wohl auch nicht der Fernsehzuschauer daran, welch schlimme Konsequenzen ein eigentlich belangloser Auffahrunfall haben kann. Die Abschreckung stand zu sehr im Mittelpunkt, dabei kann ein verunsicherter Verkehrsteilnehmer nicht das Ziel einer solchen Sendung sein.

Natürlich – wie all das in 90 Minuten unterbringen? Aber die endlosen Besprechungen mit den Anwälten und die polizeiliche Vernehmung hätten nicht sein müssen.

H. H. HOLZAMER

STUDIO

Vom 8. bis 14. April 1984 findet im amerikanischen Charleston (South Carolina) die INPUT '84 statt. Gastgeber dieser siebenten „International Public Television Screening Conference“ ist das SCE TV Network, die bedeutendste Public Station in den amerikanischen Südstaaten. Eine Woche lang werden in Charleston ca. 400 Teilnehmer aus über 40 Ländern versuchen, das kulturelle Verständnis zwischen Amerika und Europa mit Hilfe des Fernsehens zu fördern und gleichzeitig die Verbindungen zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkstationen und Rundfunkorganisationen diesseits und jenseits des Atlantiks zu festigen.

In diesem Jahr beteiligt sich das Deutsche Fernsehen/ARD mit acht Programmen und etwa 15 festen und freien Mitarbeitern, von denen einige mit Unterstützung der Rockefeller-Foundation reisen. Die Rockefeller-Stiftung hat INPUT seit 1978 gefördert; seitdem findet die Konferenz alljährlich alternierend entweder in Europa oder in Amerika statt: Mailand (1978 und 1979), Washington (1980), Venedig (1981), Toronto (1982), Liège (1983) waren die bisherigen Stationen. (DW.)

ARD 

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

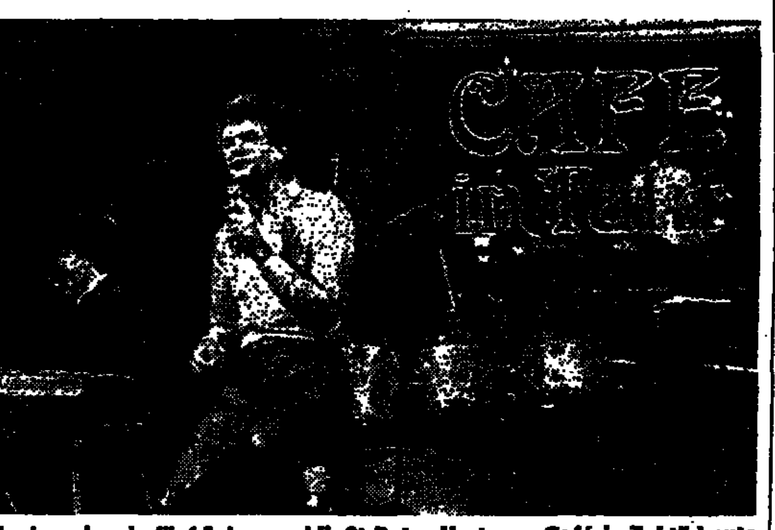
9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Treffer
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt Rotwild
16.55 Wir Kinder
von Benposta
Film von Kati Hötger, Andreas Tucholski
Benposta – die „Nación de Muchachos“ – ist ein Kinderstaat im Norden Spaniens, der vor 26 Jahren von dem katholischen Priester Padre Silva gegründet wurde. In dieser modellhaften Demokratie sollen Kinder selbstbestimmt und selbstverwaltet miteinander leben. Haupteinnahmequelle der finanziell unabhängigen Republik und Botschafter der benpostianischen Idee – „Das Kind ist der König der Welt“ – ist der Kinderzirkus „Los Muchachos“ der zur Zeit seinen festen Standort in Madrid hat.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Pro und Contra
Thema: Elite-Ausbildung
Leitung: Emil Obermann
21.00 Kennen Sie Kino?
Rainer Brandt informiert über neue Filme
21.45 Café in Takt
Musik live mit Peter Horton
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Blinde Wut
Krimi von Peter Scheibler
Regie: Theo Mezger
(Erstsendung 10.1.1982)
In der Wohnung der Familie Däubler fallen spät nachts nach einer lautstarken Auseinandersetzung mehrere Schüsse. Nachbarn alarmieren die Polizei.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Sache mit dem „G“
Gutenberg und die Folgen (4)
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Bill Wilming
18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
1. Folge: Die Gipfelkonferenz
Chefportier Oswald Huber führt privat ein recht geruhsames Leben mit seiner Schwester Resi – das nur ein wenig durch ihren ewigen Bräutigam, den Amtsrat Hrdlicka, gestört wird. Im Hotel allerdings gibt es Unruhe: In Wien soll eine Quasi-Gipfelkonferenz stattfinden und zwei außerordentlich hochgestellte Persönlichkeiten wollen im Hotel Sacher wohnen. Das aber heißt: Man muß die zwei besten Appartements freibekommen.
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel & Spaß von und mit Hans Rosenthal
21.00 Gesundheitsmagazin
Moderation: Hans Mohl
1. Zum Weltgesundheitstag 1984: „Gesundheit für unsere Kinder“ – in schlechter Gesellschaft
2. Neue Methoden der Diagnostik:
Besser – früher – gefahrloser
21.45 heute-journal
22.05 Ohne Europa geht es nicht
Vorteile der EG
Bericht von Wolfgang Friedrich und Peter van Loyen
22.50 Zeugen des Jahrhunderts
1. Teil: Georg Kiesinger im Gespräch mit Horst Schättle
0.05 heute


Nach mehr als fünf Jahren schließt Peter Hortons „Café in Takt“ heute abend um 21.45 Uhr in der ARD seine Pforten FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Es gibt immer ein Morgen
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Regie: Douglas Sirk
21.35 Filmtip
21.45 Der Alt-Politiker Werner Figgen
22.15 Von Elfen und Pinups
Die Bilderwelt des Malers Peter Blake
23.00 Tips für Leser
U. a.: Das Wiener Caféhaus und seine Literaten / Hanns-Josef Ortheil: „Hecke“
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.45 Ikonen in Deutschland
Rhein-Gebiet
19.15 Aurora
Auf der Suche nach dem geheimnisvollen Nordlicht
20.00 Tagesschau
20.15 Winchester 73
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Regie: Anthony Mann
21.45 Kultur kontrovers
Medienflut und Medienordnung
22.45 Crazy Music
Mit der Schweizer Gruppe „Rolls Noise“
23.15 Nachrichten

HESSEN

18.30 Sie kam aus dem All
18.55 Die Maus auf dem Mars
19.00 Till Eulenspiegel, der lachende Rebell
Spielfilm Frankreich / „DDR“
Regie: Gérard Philipe
20.30 Kultur – aktuell in Hessen
21.45 Schweizer sehen Schweizer
22.30 Sherlock Holmes

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Gesichter im Schatten
Englischer Fernsehfilm
20.50 Bilderbogen
21.00 Franz Weber
Ein (unbequemer) Schweizer
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Treffpunkt Fernsehturm
Nur für Großraum Mannheim
21.45 Treffpunkt alte Feuerwehr
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der Klassenaufsatz
Fernsehfilm von Erwin Wickert
20.10 Die Leningrader Eisshow
20.45 „Das letzte Mahl in Nürnberg“
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Edward, mein Sohn
Englischer Spielfilm (1948)
23.40 Rundschau
23.45 Actualités

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 3 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Das Haus in der Karte

P.Jo. – An Künstlern mangelt es gewiß nicht, auch nicht an Kunst und an Kunstausstellungen. Deshalb hat es selbst das Gute nicht leicht, die rechte Aufmerksamkeit zu gewinnen. Meist trifft nämlich der Zufall die Auswahl unter den Karten und Briefen, die zu einer Vernissage bitten. Aber diesem Zufall läßt sich natürlich nachhelfen, indem der Künstler oder die Galerie mit einem besonderen Pfiff werben.

So hat dieser Tage Atlantis in Duisburg zur Eröffnung der „Visuellen Reflexionen" von Victor Bonato mit einer Doppelkarte, deren linke Seite eine Spiegelfolie war, in der man den in Spiegelschrift auf die rechte Seite gedruckten Namen des Künstlers lesen konnte. Zu der Horst-Antes-Ausstellung in Ludwigshafen ermunterte eine tiefblaue Karte, aus der, wenn man sie aufklappte, ein ausgestanzter Stuhl und ein typischer Antes-Kopffüßler entgegenkamen. Und den roten Faden für eine Übersicht zeitgenössischer japanischer Textilkunst lieferte das Züricher Museum Bellerive mit einer schwarzen Einladung, über die sich ein roter Wollfaden spannte. Ähnlich hatte das Krefelder Textilmuseum an die „III. Biennale der Deutschen Textilkunst" erinnert. Da wurde eine Musterkarte mit eingeknüpften Wollproben verschickt.

Es geht natürlich auch sehr viel einfacher. Als Künstler aus Schleswig-Holstein bei der Bonner Gruppe Zet zu Gast waren, wurde dieses Ereignis mit einem rosa Papierschiffchen kundgetan. Aber es geht auch sehr viel komplizierter. Wer die Einladung zu den 6. Künstlertagen auf der Darmstädter Mathildenhöhe öffnete, dem faltete sich ein hübsches dreidimensionales Fachwerkhaus entgegen. Und daß Werke von Otmar Alt in der Münchner Rosenthal-Galerie zu sehen seien, teilte eine Couvert mit, aus dem ein – sich durch einen Schnippgummi entfaltender – Oktaeder mit den charakteristischen Alt-Figuren dem Betrachter entgegensprang.

Künstler lassen sich also etwas einfallen. Nur hat es nach diesen Gags die Sache, um die es eigentlich geht, oft doppelt schwer. Denn gute Werbung reicht nicht aus. Es muß gute Kunst dazukommen.

Zum Streit über den Religionsunterricht der evangelischen Kirche Berlins

War Jesus ein Hausbesetzer?

In der Theorie hört es sich ohne Frage gut an, was der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vor knapp 13 Jahren für den Religionsunterricht als Grundsätze festgelegt hat, nämlich daß „die Vermittlung des christlichen Glaubens grundlegend bestimmt ist durch das biblische Zeugnis von Jesus Christus unter Beachtung der Wirkungsgeschichte dieses Zeugnisses; Glaubensaussagen und Bekenntnisse in ihrem geschichtlichen Zusammenhang zu verstehen und in jeder Gegenwart einer erneuten Auslegung bedürftig sind; die *Vermittlung* des christlichen Glaubens den Zusammenhang mit dem Zeugnis und Dienst der Kirche wahren muß".

Da das Grundgesetz sowie die jeweiligen Landesgesetze den Kirchen Freiraum und Verantwortung für die Gestaltung des schulischen Religionsunterrichts innerhalb eines weiten Rahmens einräumen, hat sich aber auf dieser Basis in den vergangenen Jahren im Religionsunterricht naturgemäß manches eingeschlichen, was von den Grundsätzen der EKD kaum noch zu decken ist. Rahmenpläne bekannter Provenienz für den übrigen Schulunterricht hinterließen auch hier ihre Spuren. In diesem Zusammenhang bahnt sich jetzt in Berlin, wo seit den Zeiten eines Bischofs Scharf und Pfarrers Albertz in der evangelischen Kirche die Uhren immer schon etwas anders gestellt waren, eine grundsätzlich Auseinandersetzung an.

Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West) hat den Entwurf eines Rahmenplans für den Religionsunterricht im Sekundarbereich I vorgelegt, der schon in der Synode auf Widerstand stieß, aber auf Anweisung des Landesbischofs dennoch „zunächst probeweise für zwei Jahre" die Grundlage des evangelischen Religionsunterrichts in Berlin sein soll. Schon ein erstes Durchblättern zeigt den Grund für die Kritik in der Synode, der sich inzwischen auch die Schulsenatorin Laurien angeschlossen hat. Es soll hier offenbar der Religionsunterricht zu einem agitatorischen Politikunterricht umgewandelt werden, der mehr von marxistischem als christlichem Gedankengut geprägt ist. Ein Gutachten des Ordinarius für Evangelische Theologie an der Universität Osnabrück, Heinz Niederstrasser, hat dies inzwischen Punkt für Punkt nachgewiesen. Das Papier soll in den nächsten Tagen vom „Bund Freiheit der Wissenschaft" veröffentlicht werden.

Unverfänglich heißt es noch in der Einleitung des Rahmenplan-Entwurfs, daß der Religionsunterricht „die Schüler zu einem Leben in der vom Evangelium verheißenen Freiheit und aufgetragenen Verantwortung ermutigen und befähigen" soll. Er solle den Schülern „Einsichten, Erfahrungen und Urteile aus christlichem Glauben" anbieten, kurz gesagt: ihnen verdeutlichen, „was es heißt, in unserer Zeit als Christ zu leben". Doch nach dieser Präambel wird schnell klar, wohin die Autoren die 13- bis 16jährigen Schülerinnen und Schüler in Berlin über das Vehikel Religionsunterricht wirklich steuern wollen.

Es geht ganz einfach um Politik, und zwar um Politik gegen den demokratisch-parlamentarisch verfaßten Rechtsstaat. Man plädiert für „bewußte Regelverletzung" bei Demonstrationen, für den „Rechtsbruch zugunsten der Durchsetzung höherer Rechtsgüter". Die „Verletzung von Eigentumsrecht (z. B. durch Hausfriedensbruch)" gehöre zu den „geringfügigen" Dingen „gegenüber dem Recht auf Wohnung und der Verletzung der Sozialpflichtigkeit von Eigentum". Dies alles läuft unter dem Begriff „Recht gegen Recht", und wen kann es da noch wundern, wenn sich derart im Religionsunterricht geschulte Jugendliche daraus die Berechtigung für Hausbesetzungen und gewalttätige Demonstrationen holen?

Die *Gewalt-Thematik wird in dem* Rahmenplan gleich mehrere Male variiert. Da heißt es etwa wörtlich: „Nun zeigen die Probleme in unserer Stadt, daß der Widerstand gegen strukturelle Gewalt und Ungerechtigkeit wächst. Und die Frage scheint nur noch zu sein, wie er organisiert und ausgetragen wird. Das hängt einerseits davon ab, ob die geschichtliche Vermittlung von Widerstandsmethoden gelingt, die in Weg und Ziel gewaltfrei sind, und andererseits, ob sie sich gegenüber den Herrschenden als wirksam erweisen. Wenn das nicht gelingt, ist mit einer Zunahme der Gewalt gegenüber Sachen und Personen zu rechnen."

Es gebe darum, lesen wir weiter, „Konflikte in Berlin zu benennen, Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstands zu diskutieren und gegebenenfalls zu erproben". Für Niederstrasser sind dies in seinem Gutachten deutliche Belege dafür, daß „evangelischer Religionsunterricht zur Aufforderung zur politischen Agitation pervertiert wird", staatliche Macht im Religionsunterricht als „legalisierte Macht denunziert wird" und der Religionsunterricht „von der Voraussetzung leben soll, der Staat handele illegitim, wenn er vom Parlament beschlossenen Gesetzen Geltung verschafft".

Von der Gewalt an der Mauer als einem spezifischen Berliner Problem, von der Stellung des Christentums gegenüber den menschlichen Schicksalen in der geteilten Stadt steht („natürlich", ist man versucht zu sagen) kein Wort in dem Rahmenplan-Entwurf. Dafür wird ausführlich eingegangen auf eine angebliche „Einschränkung demokratischer Rechte" in der Bundesrepublik Deutschland und ein „Versagen der etablierten Parteien" sowie auf die Behauptung, daß es „wohl noch keine Erwachsenen-Generation gegeben (hat), die ihren Nachkommen eine so ausgebeutete, zerstörte, friedlose und damit ganz umfassend bedrohte Welt hinterlassen hat wie die gegenwärtige".

Da verwundert es kaum noch, wenn auch die Familie diesem Kontext entsprechend als bloßes „Übungsfeld für die Mechanismen von Unterdrückung und Unterwerfung" denunziert wird. Schon für Jesus sei die Familie „kein Wert an sich" gewesen. Niederstrasser erinnern diese Aussagen an das Kommunistische *Manifest, in dem es ja* u. a. heißt: „Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital und auf dem Privaterwerb." Sie „verschwindet mit dem Verschwinden des Kapitals".

Niederstrasser fragt die Evangelische Kirche in Berlin, ob sie überhaupt nicht gemerkt habe, „welch ein Attentat man auf sie mit diesem Rahmenplan-Entwurf verübt" habe. Und, so fährt er mit Hinweis auf Marx' „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" fort, ob sich die Kirche eigentlich im klaren darüber sei, „daß ein solcher Religions-Politikunterricht bei den Schule und Kirche ... unterwandernden Marxisten die Hoffnung wachsen läßt, daß die Theorie zur materiellen Gewalt wird, sobald sie die Masse ergreift".

PETER PHILIPPS



Stilisierte Porträts im klassischen Arrangement: „Larissa" von Marcus Leatherdale, aus der Bonner Ausstellung FOTO: KATALOG

Bonn: Marcus Leatherdales Porträtphotographie

Irritierend ausgewogen

Es ist nicht nur eine Clique, die sich um den amerikanischen Photographen Robert Mapplethorp gebildet hat. Auch seine Art zu photographieren hat Schule gemacht. Das läßt die Ausstellung seines zeitweiligen Assistenten Marcus Leatherdale im Bonner Rheinischen Landesmuseum erkennen. Zugleich macht sie den Abstand deutlich, der sich zwischen Amerika und Europa aufgetan hat. Die jungen Photographen in Deutschland haben einen fatalen Hang zu gedrechselten Bildern, die an ihrem Formalismus zu ersticken drohen, weil ihnen jedes belebende Element fehlt. Selbst die sozialdokumentarische Photographie neigt dazu, sich mit menschenleeren, vergammelten Stadtansichten zu begnügen.

Die Amerikaner pflegen da eine ganz andere Tradition. Sozialphotographie war in ihren Anfängen bei Lewis Hine oder Jacob Riis und später beim umfangreichen FSA-Projekt immer Menschenphotographie. Das verleugnet auch Marcus Leatherdale in seinen gekünstelten Porträts der New Yorker Szene nicht. Der Typ, den er aufnimmt, ist an sich schon in *Aussehen und Kleidung exotisch.* Diese Besonderheit stilisiert Leatherdale nun noch durch ein beinahe klassisches Bildarrangement. Er benutzt fast immer ein Querformat, in dem er die Person ein wenig exzentrisch plaziert. Mit ein paar zusätzlichen Requisiten – Papierbahnen in abgestuften Grautönen (denn Leatherdale photographiert nur schwarzweiß) oder einer einfachen Sitzgelegenheit – gewinnt er zusätzliche Akzente. Das Ergebnis ist ein ausgewogenes, schönes Bild, das durch eben diese Ausgewogenheit irritiert. Das Ungewöhnliche wird in diesen Aufnahmen domestiziert und bleibt doch fremd. Der Porträtierte behält sein Geheimnis. Das rettet diese Photos vor der Langeweile. (Bis 29. April; Katalog 38 Mark)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Wilsons Mammutoper für Olympiade geplatzt

AFP, Los Angeles

Das Kunstfestival am Rande der Olympischen Spiele in Los Angeles wird ohne Bob Wilsons Mammutoper „CIVIL warS" über die Bühne gehen. Der zuständige Ausschuß verzichtete auf das für den 9. Juni vorgesehene Acht-Stunden-Opus mit der Begründung, die nötigen Mittel seien nicht rechtzeitig zu bekommen. Wilson seinerseits hofft, die für die Aufführung fehlenden 1,2 Millionen Dollar auftreiben zu können. Als Hilfslösung erwägt er die Video-Projektion seiner Oper auf einen *riesigen Bildschirm.*

Wo bleiben die Gelder der Karl-May-Stiftung?

DW. Bamberg

In einem offenen Brief protestieren die Schriftsteller Erich Loest und Gerhard Zwerenz gegen die nach ihrer Ansicht rechtswidrige Außerkraftsetzung der Karl-May-Stiftung in der „DDR". Nach dem Tod von Karl May 1912 war verfügt worden, daß die Einkünfte aus seinem Werk in eine Stiftung für in Not geratene deutsche Schriftsteller und Journalisten einzubringen sei. „Obwohl der Karl May Verlag Bamberg das Werk Karl Mays in vielen Millionen neu auflegte und auflegt, ist nichts von Zahlungen an die Karl-May-Stiftung bekannt", heißt es in dem Brief. Ähnliches gelte für den Ost-Berliner Verlag Neues Leben. Dementsprechend seien bisher auch keine Unterstützungsgelder an notleidende Autoren gegangen: „Wir betrachten dies als einen ungeheuerlichen gesamtdeutschen Skandal".

Friedrich bis 1992 an der Deutschen Oper Berlin

AP, Berlin

Der Generalintendant der Deutschen Oper Berlin, Götz Friedrich, hat seinen Vertrag mit dem Berliner Senat über 1987 hinaus um fünf Jahre bis 1992 verlängert. Der Vertrag sieht vor, daß Friedrich als Generalintendant und Chefregisseur pro Spielzeit bis zu zwei Inszenierungen selbst gestaltet. Er wird von August dieses Jahres an bis 1988 gleichzeitig auch die Intendanz und Geschäftsführung des Berliner Theaters des Westens innehaben.

Vergessener Roman von G. Greene aufgetaucht

AFP, Hollywood

Ein Roman von Graham Greene ist nach 40 Jahren Vergessenheit in einem Keller in Hollywood entdeckt worden und soll zu Beginn des nächsten Jahres veröffentlicht werden. Wie Greene der „Sunday Times" erklärte, hat er das Werk mit dem Titel „The Tenth Man" (Der zehnte Mann) unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg geschrieben, als er bei der Filmgesellschaft MGM unter Vertrag stand. Der Roman spielt in Frankreich zur Zeit der Befreiung von der deutschen Besatzung. Greene, der die Veröffentlichung zunächst verhindern wollte, hat inzwischen die „beunruhigende Feststellung gemacht, daß er (der Roman) wirklich ziemlich gut ist, eigentlich besser als 'Der dritte Mann'".

Plissetskaja in Rom: Weltklasse-Ballett

dpa, Rom

Maja Plissetskaja, einstige Primaballerina des Moskauer Bolschoi-Theaters, will aus dem Ballett der römischen Oper eine der besten Tanztruppen der Welt machen. Das erklärte die 59jährige Künstlerin zu ihrer Arbeit als Ballettchefin des römischen Opernhauses, die sie vor wenigen Wochen mit Genehmigung der sowjetischen Behörden antrat. Der Vertrag läuft zunächst nur über ein Jahr.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die Wochenmagazine „Le Point", „L'Express"

Alle träumen wieder von Denkmälern

Daß die angeblich so „rational" sich verhaltenden Franzosen den Surrealismus erfunden haben, ist kein Zufall. Nun haben sie sogar einen surrealistischen Staatspräsidenten. Anders kann man das Verhalten Mitterrands nicht benennen, der als Chef eines Volksfrontregimes für eine bestimmte Politik steht, aber in regelmäßigen Abständen symbolträchtige Entscheidungen fällt, die erkennen lassen, daß er mit dieser Politik gar nicht einverstanden ist. Für die Pariser Wochenmagazine ist das natürlich ein Fressen – sie spießen jede solche Entscheidung mit Wonne auf.

Von einer solchen Entscheidung haben wir in dieser Kolumne bereits berichtet: es war die, dem Ge*schichtsunterricht* wieder den Vorrang vor der Sozialkunde zu geben, bis hin zum Pauken von Jahreszahlen. Wir entnahmen das dem Magazin „Valeurs Actuelles"; das gleiche Blatt berichtet nun über eine andere erstaunliche Weisung des Staatspräsidenten an seinen Erziehungsminister Savary. Dem Minister wurde befohlen, die „mentions" (Noten) im „Bac" (dem französischen Abitur) wieder einzuführen.

Im klassischen französischen Schulsystem *wurde dem* Abiturienten nicht einfach bestätigt, daß er „bestanden" habe; es wurde auch vermerkt, ob er „passabel", „gut" oder „sehr gut" (dies recht selten!) war. Die Schulreformer, die es auch in Frankreich gibt, hatten dies abgeschafft. Der Abteilungschef für Gymnasien im Unterrichtsministerium bezeichnete die „mentions" als „atavistischen Archaismus, der Rangstufen unterscheide" – ein solcher Verstoß gegen die Gleichheit konnte natürlich nicht weiter geduldet werden. Mitterrand hielt es jedoch mit dem berühmten Mathematiker Laurent Schwarz (selbst ein Sozialist), der den Verzicht auf jene Noten als eine weit grausamere Selektion bezeichnete, weil dadurch den leistungsstarken Schülern ihre Motivation geraubt und der Mittelmäßigkeit Vorschub geleistet werde.

Über eine andere überraschende Initiative Mitterrands berichten in reich illustrierten Reportagen die Magazine „Le Point" und „L'Express". Sie entspringt der für den Chef eines Volksfrontregimes erstaunlichen Bestürzung darüber, daß die Franzosen ihre großen Männer vergessen hätten. Dem will Mitterrand nun durch das Aufstellen von Denkmälern großer Franzosen auf den Pariser Straßen und Plätzen abhelfen.

Hierzu ist zu sagen, daß das Errichten solcher Denkmäler schon unter Mitterrands Vorgängern Pompidou und Giscard d'Estaing etwas außer Mode gekommen ist. Koketterweise gehört zu den Männern, die nun der Präsident so verewigen will, gerade Pompidou. Die anderen sind, laut „Le Point": Jaurès, Léon Blum (der Chef der ersten Volksfront!), Mendès-France, Sartre, Aragon (der kommunistische Starautor!) und – immerhin – der Gründer des Surrealismus, André Breton.

Die Schwierigkeit für Mitterrand ist jedoch, daß der Staat nur über einen relativ kleinen Teil der Pariser Straßen und Plätze verfügen kann; alles andere untersteht dem gaullistischen Bürgermeister von Paris, Chirac. Und dieser ist der Meinung, daß des Präsidenten Programm etwas zu links sei. Er will daher von sich aus Denkmäler für den General König und für Saint-Exupéry errichten.

Über diesen künstlerischen Wettkampf freuen sich in erster Linie die Bildhauer, die in den letzten Jahren so wenig Staatsaufträge erhalten haben. Allen voran der vom Berliner Kongreßzentrum bekannte Ipousteguí, der bereits von einem „zerrissenen Rimbaud" für irgendeinen Pariser Platz träumt.

ANTON MADLER

Literarische Rarität in Ulm: Klaus Manns Jugenddrama „Geschwister"

Seelenklemme unter blutroter Plane

Am Ulmer Theater gibt es, von Donald Berkenhoff inszeniert, eine literarische Rarität zu besichtigen: Klaus Manns Jugenddrama „Die Geschwister" (1930). Ein Liebes- und Todesspiel erwachsener Kinder, eingesponnen im Kokon ihres schrillen Egoismus. Die Geschwister Paul und Elisabeth entziehen sich der Welt, tauchen unter, weigern sich strikt und stur, erwachsen zu werden. Sie gaukeln sich ständig Trugbilder vor, sind gemästet mit Mythen, Ritualen, Geschichten und Verrücktheiten, spielen im abgeschlossenen Zimmer immer wieder ihre kultischen Kinderspiele. Sie steigen zurück in ihre Kindheit und locken damit ihre Freunde Agathe und Gerard in ihr Netz, schlagen sie mit ihren Kaprizen in ihren Bann.

Ein breites Doppelbett, abgedeckt mit einer blutroten Plane (Ausstattung Gerda Raichle): so erscheint zu Anfang der Phantasiebrutplatz von Paul und Elisabeth. Hier werden Sehnsüchte, Bilder, Bewegungen, Sprache und Düfte erfunden. „Tränen, Schnee, Taube und Glas", dies die Metaphern ihrer Trugformeln, mit denen sie sich ihrer realen Umwelt entziehen. An die Wände gepinnt: Bilder, Fotos, Erinnerungsfetzen, daneben aufgebaut Altäre mit Objekten, mit denen die Geschwister ihre Erlösungs-Erinnerung künstlich aufrechterhalten.

Der hier so augenfällig demonstrierte Lebensunmut ist das eigentlich Aktuelle, das Frappierende an diesem Stück, wenn man anstelle dieser morbiden Wohnhöhle die stadtfernen grünen Körner-Kommunen oder die Sekten setzt. Auch hier ein Abziehbild für eine „Lost Generation". Aber natürlich spielt in diesem Stück auch die persönliche Geschichte des Autors Klaus Mann mit, des genialisch und lebenslänglich unglücklichen Sohnes des Nobelpreisträgers. Hier wird viel von seinem persönlich reduzierten Lebensgefühl dargestellt. Seine Todessehnsucht, seine verdrängten Inzestgefühle. Das Stück schrieb er nach Jean Cocteaus „Les enfants terribles". *Mitunter purzeln* die Mannschen Szenen allerdings oft übergangslos von persönlicher Seelenklemme in kolportagehaften Kitschtraum. Die Regie scheut sich nicht, diese Brüche und stilistischen Ungereimtheiten vorzustellen.

Die Rolle des Michael, des amerikanischen Freiers, wird in dieser Inszenierung ausgespart, er taucht nur gesprächsweise auf. Wie eine Spirale schraubt sich das Verhängnis langsam höher und höher, schließt sich das Netz enger und enger. Michael ist das erste Opfer. Er verunglückt tödlich. Gerard und Agathe haben unter falschen Vorspiegelungen geheiratet. Sie haben sich damit für die Welt entschieden, sind nun ausgeschlossen aus dem „Paradies" der Geschwister. Und Elisabeth und Paul, die Protagonisten, sie treiben sachte, aber endgültig in ihren selbstgewählten Untergang, der in Form einer „schwarzen Kugel" ins Haus kommt. Hoffnungslos erscheinen in diesem Spiel alle Personen: die, die den Weg ins Leben fanden, ihn aber resigniert und unglücklich gehen, und die Geschwister, die den „Liebestod" für sich wählen.

Beifall besonders für Angela Gokkel als penetranten Quälgeist Elisabeth. Diese Schauspielerin kämpft *sich bewundernswert durch das ihr* von der Regie auferlegte verkorkste Leben und geht seelisch langsam aus den Fugen. In Heinz Keller als Paul verspürt man hinter all seinem jungenhaften Aufbrausen so etwas wie leise Trauer. „Vögel steigen mit mir auf, Tauben", sagt er im Sterben und setzt zu Elisabeth, die den Revolver an ihre Schläfe hält, hinzu: „Jetzt dürfen wir uns endlich anfasssen." So endet das hohe Lied vom Scheitern.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

„Liebe gibts im Kino": Stephan Sulkes achte Langspielplatte auf dem Markt

Da war doch ein gewisser Robert Stolz

Ein Papierlischwizer ist ein bedauernswertes Zwitterwesen: ein naturalisierter Schweizer zwar, aber eben nur auf dem Papier, und einer anderen Nation gehört er auch nicht mehr an. „So eine weiß nie rächt wohin er ghört, us dene macht me keni Bundesröt": Ein melancholischer Lebenslauf, ein sehr persönlicher Benslauf über die Wurzellosigkeit. Vielleicht tun wir dem Sänger unrecht, wenn wir ihm unterstellen, daß er diese Gefühle nur „kommerzialisiert", ohne sie selbst je empfunden zu haben. Das ändert jedoch nichts daran, daß der „Papierlischwizer" das originellste *Lied* auf Stephan Sulkes achter Platte ist: „Liebe gibts im Kino" (Intercord 160 194).

Schon die „Kekse", der Titel seines vorletzten Albums, schmeckten ein wenig altbacken. Das jüngste Produkt verstärkt diesen Eindruck: der Liedermacher bewegt sich derzeit in einem schöpferischen Tiefdruckgebiet. Musikalisch, textlich und inhaltlich reichen die elf Nummern bei weitem nicht an das heran, was er früher zu bieten hatte.

Sulke ist immer dann am besten, wenn er persönlich wird, von seinen tragikomischen Liebesbeziehungen singt, die eigentlich immer in einer kleinen Katastrophe enden. („Das muß doch gehen", der traurige Versuch, eine alte Liebe wieder aufzuwärmen, ist ein schöner Beweis dafür.) Dabei bewahrt ihn seine verschmitzt-schmollende Kodderschnauze in der Regel davor, zu sehr ins Sentimentale abzurutschen. Doch diesen Ton trifft er diesmal zu selten, und auch der Humor muß ihm irgendwo abhanden gekommen sein: auf dieser Platte jedenfalls gibt er sich arg verkrampft.

Die Themen, die er sich ausgesucht hat, sind alle schon mal durchgekaut worden – als sie noch nach etwas schmeckten. In der Pose des Friedenssängers („Haß und Krieg") vermag er nicht zu überzeugen; beim Lied von der Mutter, die ins Altenheim abgeschoben wird, trägt er ziemlich dick auf, und wenn er im Titellied gar „zig Millionen Hungertote auf der Welt" besingt, so wird das „Anliegen" sehr schnell als modische Attitüde entlarvt und schlichtweg peinlich.

Auch bei den Texten hat ihm Bruder Einfalt die Feder geführt. Da wird Wien „sommerblau", Wiens Nächte sind „süß und lau" (das ist doch schon seit Robert Stolz' Zeiten hinlänglich geklärt), und bei einem Refrain des Kalibers „Sei du mal nett zu deiner Jeanette" hat er sich dann endgültig unter das Niveau begeben, das er einige Platten lang beachtlich hoch halten konnte.

Bleibt die Musik. Hier diktiert er dem Rezensenten praktischerweise gleich die Sätze: „Mit ein paar wenigen Akkorden hab ich ein bißchen Freude gesät." Denkste! „Wenige Akkorde" entspricht zwar der Wahrheit: karge Melodien plätschern uninspiriert dahin und können ihre Dünnbrüstigkeit auch hinter teilweise bemüht wirkenden Arrangements nicht verstecken. Außerdem hat Sulke beim Komponieren ausgiebig in seinen alten Notenblättern gewühlt; vieles klingt so, als hätte man es schon mal gehört. Die Freude, die Sulke säen wollte, mag sich nicht so recht einstellen. Bestimmt, weil die Samenkörner schon vertrocknet waren.

RAINER NOLDEN





Mit verschmitzt-schmollender Kodderschnauze: Der Barde Stephan Sulke. FOTO: EVA von MAYDELL/DPA

Carroll Ballards Film „Wenn die Wölfe heulen" nach Mowats Erfolgsroman

Ein Forscher von der traurigen Gestalt

Als geistiger Erbe Jack Londons fühlt sich der kanadische Autor Farley Mowat. In seinen Romanen spielt stets die Natur eine gewichtige Rolle, sei es das nördliche Eismeer mit seinen Walen oder das weite Yukon-Gebiet im Nordwesten Kanadas mit seinen Elchen und Wölfen. Seine menschlichen Helden sind schweigsam und rauh, der Natur angepaßt, ihre Instinkte hoch entwikkelt. Denn in der Wildnis zu überleben erfordert mehr als nur Mut.

Der Held von Mowats Erfolgsroman „Never Cry Wolf", zu deutsch „Wenn die Wölfe heulen", dagegen fügt sich nicht in das Klischee dieser breitschultrigen, zähen Pioniere. Ähnlich tolpatschig, wie er in Mowats Roman die weiße Wildnis betritt, gebärdet er sich in Carroll Ballards Verfilmung dieses kanadischen Bestsellers.

Tyler (Charles Martin Smith) ist klein, bebrillt und schüchtern, im alltäglichen Leben ein Schreibtischheld, ein Forscher, der im heimischen Labor mit Reagenzgläsern und dickleibigen Fachbüchern hantiert, nicht aber mit Gewehren oder Eispickeln. Aber er ist ein Romantiker, verliebt – in der Theorie, versteht sich – in die endlose Einsamkeit des Nordens. Also nimmt er freudig einen Auftrag der Regierung an, im Yukon-Gebiet das *Verhalten der Wölfe, vor allem ihre* Freßgewohnheiten, zu erforschen.

Die Abenteuer dieses Sonderlings im Land der Nordlichter sind es allein schon wert, sich den Film anzusehen. Wie der Forscher von der traurigen Gestalt hilflos mitten in der Schneewüste hockt und jeden Schlittenhund für einen Wolf hält, wie er gleich bei seinem ersten Ausflug auf dem Grund eines halb aufgetauten Sees landet, das alles sind äußerst komische Momente. In der grauen Wirklichkeit wäre so ein armer Wicht wie Tyler bereits in seiner ersten Nacht in der Wildnis ein Opfer der Natur geworden. Aber Ballard erzählt ein modernes Märchen von einem, der auszieht, um sich rettungslos in ein Stück Natur zu verlieben.

Tyler überlebt mit Hilfe eines alten Eskimos und mit Hilfe von „George", einem weißen Wolf, dessen Familie der Forscher beobachtet. George akzeptiert den Zweibeiner, der da auf Wolfsart sein Revier „abgesteckt" hat. Als das Essen knapp wird für Tier und Mensch, zeigt George, was Wölfe fressen, wenn das Futter ausgeht: Mäuse können sehr nahrhaft sein. *Und bald schon ist* Mäuse-Schaschlik auch Tylers Leibgericht.

Nicht der Wolf ist des Menschen Wolf, erkennt Tyler bald, sondern der Mensch selbst, der auch zum „Wolf für den Wolf" wird. Tyler muß mit ohnmächtiger Wut zusehen, wie Menschen aus Geldgier „sein" Paradies der Elche und Wölfe bedrohen.

Ballards großartiger Film, den übrigens die Disney-Studios mit ihrer langjährigen Erfahrung in Naturfilmen produziert haben, läßt sich in keines der gängigen Kino-Genres eingliedern. Er ist kein reiner Naturfilm, trotz seiner außergewöhnlichen Aufnahmen von wandernden Elchsherden und jagenden Wölfen. Er ist auch kein Abenteuerfilm, kein Action-Kino. „Wenn die Wölfe heulen" ist eher das Porträt eines ganz gewöhnlichen Mannes, der fernab der Zivilisation die Möglichkeiten und die Grenzen des Menschseins erfährt.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Erfahrungen einer schwarzen Miss

GITTA BAUER, New York

Als Vanessa Williams sich im vorigen Jahr um den Titel „Miss Amerika" bewarb, tat sie das, um ihre Broadway-Hoffnungen zu verbessern. Publicity hat die erste junge Schwarze, die den seit 63 Jahren laufenden Schönheitswettbewerb gewonnen hat, mehr als genug erhalten, Ärger freilich auch.

Die 21 Jahre alte Studentin der Universität Syracuse im US-Bundesstaat New York ist eine der gefragtesten Miss Amerikas geworden. Angefangen beim Staatsdiner im Weißen Haus, ist sie auf Johnny Carsons „Tonight Show" erschienen, in der ABC-Morgensendung „Good morning, America", in einem von Bob Hopes Specials und in der TV-Sendung „Love boat".

In den sieben Monaten seit ihrer Krönung ist Vanessa keiner Kränkung durch Weiße begegnet. Dafür wurde sie von ihren Landsleuten dunkler Tönung um so heftiger attakkiert. Ihre helle Hautfarbe, ihre grünen Augen, ihr kastanienfarben getöntes Haar, lassen sie nicht schwarz genug erscheinen. Man könne doch nicht von einem „Durchbruch für Schwarze" sprechen, sagte der schwarze Harvard-Professor für Psychiatrie, Alvin Poussaint.



Vanessa Williams: Bittere Erfahrung mit erstem Ruhm. FOTO: DW

„Schließlch hat sie keine negroiden Züge." Bitter dazu Vanessa: „Es bringt mich auf, wenn Leute sagen, ich hätte nur gewonnen, weil ich nicht wie eine Schwarze aussehe. „Ich weiß nicht, wie die ideale schwarze Frau auszusehen hat."

Anstrengend ist für das begabte junge Mädchen, daß sie als kaum Erwachsene nun auch als Kapazität für Rassenprobleme herangezogen wird.

Dieses Eingeständnis hinderte radikale Bürgerrechtsorganisationen nicht, sie vor ihren Karren zu spannen. Sie ließ es zu, ist nun aber verwirrt, weil sie nicht radikal genug sein soll.

Nach diesen Kritiken hat Vanessa sich jetzt geschworen, nur noch über Dinge zu reden, von denen sie etwas versteht. Die Tochter eines Musiklehrers schwört auf eine gute Ausbildung und setzt auf ihr Talent, sich im Leben zu behaupten. Damit kommt sie bei schwarzen Teenagern an. In Atlanta jubelten ihr 4000 zu, als sie vor ihnen sang. „Ich fühlte mich wie ein Superstar," kommentierte die schwarze Schöne, die nichts dabei findet, mit einem weißen Kommilitonen befreundet zu sein. Auf dem Weg nach oben ist sie eindeutig. Zwei Offerten von Theateragenten liegen vor. Ihr Konto ist seit der Wahl kräftig angeschwollen, von dem Reichtum an Erfahrungen ganz zu schweigen. (SAD)

Die splendide Geste des Amsterdamer Bierkönigs

ELFRUN JACOB, Amsterdam

Daß der Biermagnat Alfred Heineken der Amsterdamer Polizei eine halbe Million Gulden, etwa 450 000 Mark, schenkt, erregt viel Aufsehen. Direkt nach seiner Rettung aus der Hand seiner Geiselnehmer am 30. November vorigen Jahres kam Heineken auf diese splendide Idee. Und er wußte auch schon einen praktischen Verwendungszweck.

Drei Wochen lang – vom 9. bis 30. November – waren der Bierkönig und sein Chauffeur Ab Doderer wehrlose Opfer der Entführer. Drei Wochen lang saßen sie in zwei schalldichten Zellen auf dem Gelände einer Amsterdamer Möbelfabrik – angekettet, bibbernd vor Kälte, mit einer Zahnbürste als Kamm und einem primitiven Caravan-WC.

Die Befreiungsaktion – früh um fünf Uhr am 30. November – hätte um Haaresbreite eine bittere Enttäuschung gebracht. Der Sturmtrupp der Polizei wollte nach erfolgloser Durchsuchung des Geländes und einer Nissenhütte wieder abziehen. Da entdeckte Chefinspektor Gert van Beek in buchstäblich letzter Sekunde eine Zwischenmauer mit verborgener Tür. Heineken und Doderer hörten in unverfälschtem Amsterdamer Platt: „Verdomme, hier is een deur."

Doderer kurz nach der Befreiung: „Das klang mir wie Engelsmusik in den Ohren – der erste Laut aus der Außenwelt." Weinend fiel er den Befreiern in die Arme.

Hätte die Polizei über moderne Abhörgeräte, über ein modernes Spürgerät mit Infrarot verfügt, das Menschen hinter Mauern orten kann – dann wären die beiden Opfer um etliche Tage früher befreit worden. Heineken will nun diesem Mißstand abhelfen und die Polizei mit dem Modernsten ausstatten, was auf diesem Gebiet zu haben ist.

Oberbürgermeister Ed van Tijn nahm das Angebot der Heineken AG (deren Hauptaktionär und Aufsichtsratspräsident Alfred Heineken ist) bereits an. Nun wartet Heineken noch auf das Ja des Stadtrats, das – angesichts der mageren Mittel der Polizei – nur positiv ausfallen dürfte.

Auch das Menschliche vergißt der Biermagnat nie. So lud Heineken soeben die Amsterdamer Polizei, soweit beim Großeinsatz „Heineken" dabei, mit Familie zu einer Schau des bekanntesten holländischen Komikers André van Duin ein. Ein 1300köpfiges Publikum amüsierte sich im Amsterdamer Theater Carreé über Andrés Späße, allen voran ein vergnügter Heineken, an seiner Seite, als sei nichts geschehen, Ab Doderer, sein Fahrer.

Inzwischen sind auch die beiden letzten des fünfköpfigen Amsterdamer Entführerteams hinter Schloß und Riegel. Das Superduo Cor van Hout (26) und Willem Holleder (25) wurde in einem Appartement in Paris festgenommen. Sie vertrauten sich dem bekanntesten holländischen Staranwalt an, Minheer Moszkowiecz, der die Auslieferung durch die französische Justiz bisher durch einen juristischen Trick erfolgreich verhindert hat.

Cor und Wim, verschwägert, Liebhaber von Pferderennen, zeigen bitterernste Reue in einem Brief, den der Anwalt Hollands größter Zeitung „De Telegraaf" zuspielte. Ist das nicht rührend? Die Entführung mit 30 Millionen Lösegeld war wohl doch eine Nummer zu groß für sie.

Auch die drei Helfershelfer, die in Amsterdam einsitzen, haben wenig Freude an den Millionen. 25 von den ausgezahlten 30 Millionen sind wieder da. Außerdem weiß man ja, daß Heineken gegen Entführung versichert war. So ist ihm auf keinen Fall ein finanzieller Schaden entstanden. Doch vielleicht ein seelischer?

Eine so energische, vitale Person wie der Unternehmer ist selbst in drei Wochen Isolierzelle nicht zu brechen. Chauffeur Doderer, weniger stark im Nehmen, arbeitet auch wieder – jedoch intern im Bierkonzern. Er wurde von seinem Chef großzügig schadlos gestellt. Auch den letzten Urlaub im Schweizer Chalet von Heineken in St. Moritz verlebten die beiden Familien zusammen. Der reichste Mann der Niederlande haßte Leibwächter. Nach seiner Entführung engagierte er sechs Polizeibeamte.



Die Zeichnung hält den entscheidenden Moment fest, da Astronaut Nelson außenbords, 500 Kilometer über der Erde, bei „Solar Max" ankoppelt. FOTO: AP

NASA will Max wieder auf Vordermann bringen

Amerikaner starten verwegensten Weltraum-Flug / Ein seit Jahren ausgefallener Kunstmond soll repariert werden

A. BÄRWOLF, Hamburg

Zum ersten Mal in der Geschichte der Raumfahrt werden morgen fünf amerikanische Astronauten mit dem Auftrag starten, einen seit Jahren defekt um die Erde kreisenden Satelliten zu reparieren. Bislang hatten die US-Astronauten und Sowjet-Kosmonauten immer nur ihre eigenen Raumschiffe reparieren können. Beim elften Start des Raumflugzeugs Space Shuttle will dessen Besatzung nun in einem der bisher kühnsten kosmischen Außenbordunternehmen den seit vier Jahren schadhaften Kunstmond „Solar Max" in einer Kreisbahn wieder in Gang setzen oder aber zur Erde zurückbringen.

Dies ist der verwegene Plan: Der Kommandant von Shuttle-11, Bob Crippen, wird „Challenger" ganz nah an den fast wertlosen Satelliten heranmanövrieren, der seit 1980 um die Erde kreist und sich jetzt in einer Höhe von 495 Kilometern befindet. Bald nach dem Start war in dem Sonnensatelliten in einer vergoldeten elektronischen Box ein Fehler aufgetreten. Die kosmische Station konnte ihre sieben Bordsensoren nicht mehr zum Studium der Sonnen-Eruptionen auf den gleißenden Himmelskörper richten. Zwei der fünf Shuttle-Astronauten wollen nun versuchen, die ausgefallene Elektronik in dem goldenen Kasten wieder zu aktivieren.

Zuerst wird sich der Astronaut George Nelson das beim letzten Shuttle-Flug im Februar so erfolgreich getestete Manövriergerät umschnallen und aus der offenen Ladeluke heraus zu dem „Solar Max" hinüberschweben, der sich in jeder Sekunde 0,5 Grad um eine seiner Achsen dreht. Das ist ein Problem. Denn diese Rotation muß zum Stillstand gebracht werden, bevor der Roboterarm des Shuttle den Satelliten erfassen und in die Ladeluke befördern kann.

Die Rotation des „Solar Max" will George Nelson so stoppen: Über seinem weißen Raumanzug trägt Nelson vor dem Bauch ein Gerät, das Ähnlichkeit mit dem Puffer eines Eisenbahnwaggons hat. Dieser „Puffer" hat in der Mitte eine Öffnung, die genau in einen Stutzen von „Solar Max" paßt. Nelson koppelt sich mit dem sich drehenden Satelliten zusammen ab, nachdem er durch entsprechende Steuerkommandos an seine Gasdüsen exakt die gleiche Rotationsgeschwindigkeit erreicht hat. Dann betätigt Nelson wieder einige der 24 Stickstoffdüsen und hebt die Rotation der beiden gekoppelten Körper auf. Jetzt kann der Satellit mit Hilfe des Manipulator-Arms in die Ladeluke des Shuttle verfrachtet werden.

Dort beginnt die zweite Etappe des kosmischen Reparaturunternehmens, das bei einem Erfolg größte Konsequenzen für die kommerzielle und die militärische Astronautik haben wird. Nun ist die Reihe an Astronaut James van Hoften. Mit seinen Raumstiefeln schlüpft er unter den Bügel am Ende des Manipulator-Arms, um den festen Halt zu haben. Aus einem Werkzeugkasten, einer Art Heimwerker, angelt er sich das Gerät, mit dem er dem goldenen Elektronikkasten zu Leibe rückt. Er entfernt Schrauben und löst Kabel. Dabei ist der Halt mit den Raumstiefeln in der gewichtslosen Welt so wichtig, um überhaupt die Schraube drehen zu können, und nicht etwa selbst um die Schraube bewegt zu werden. Gelingt van Hoften die Reparatur auf dem höchsten Dach der Welt in 500 Kilometer über der Erdoberfläche, kann der Satellit wieder wie ein repariertes Boot im Ozean des Vakuums freigesetzt werden. Auf die gleiche Weise ließe sich auch der im Februar „verlorengegangene" indonesische Satellit „Palapa" einfangen – eine Reparatur, die 20 Millionen Dollar ersparen würde.

Plastikausweis erleichtert Weg ins Krankenhaus

HARALD POSNY, Köln

Vom 1. Juni dieses Jahres an werden rund 1,2 Millionen Versicherte der Deutschen Krankenversicherung AG (DKV) ein Plastikkärtchen erhalten: den DKV-Krankenhausausweis. Mit diesem Ausweis in Form einer Scheckkarte werden die Versicherten bei Krankenhausaufenthalten von umständlichen Verwaltungswegen befreit. Die Patienten werden von Vorauszahlungen und Zwischenrechnungen, von Meldung und Anforderung von Kostenübernahme-Erklärungen bei der Einweisung befreit.

Inzwischen haben sich 2000 von 3200 Krankenhäusern in der Bundesrepublik Deutschland dem Verfahren angeschlossen, das vier Jahre lang in 160 Kliniken getestet worden war.

Der Ausweis enthält Angaben über die versicherte Person, den Versicherungsnehmer und den Leistungsumfang, etwa die Erstattung des Pflegesatzes oder des Zuschlags für Unterkunft in Ein- oder Zweibett-Zimmern. Die Kosten für privatärztliche Behandlungen werden allerdings mit dem Versicherungsnehmer direkt abgerechnet, weil der Arzt, nicht aber das Krankenhaus Vertragspartner der Versicherung ist. Der Magnetstreifen auf der Rückseite des Ausweises gibt die Möglichkeit persönliche Daten wie Zuckerkrankheit oder Blutgruppe zu speichern. Der zwar rechtlich geschützte, aber noch nicht verwendete Name „Medicard" eröffnet im Computer-Zeitalter die Chance, die Karte über die elektronische Abrechnung im Krankenhaus hinaus beim Arzt oder in der Apotheke zu verwenden. Doch das ist noch nicht geplant.

Das Krankenhaus profitiert von der durch die Versicherung garantierte Kostenübernahme und dem schnelleren Zahlungseingang. Die Versicherung schützt sich vor Überzahlungen und falscher Inanspruchnahme, wenn sie auch bis zum Tage des Leistungswiderrufs zahlen muß. Die Kosten der Aktion (eine Mark je Versicherter) werden durch die Verwaltungseinsparungen mehr als gedeckt.

Skandal im Haus des „Wall Street Journal"

AFP, New York

Das „Wall Street Journal", das seinen Ruf als seriöses Börsenblatt zum Teil der Enthüllung ungezählter Skandale verdankt, ist jetzt selbst zum Gegenstand einer so peinlichen Affäre geworden, daß die auflagenstärkste amerikanische Tageszeitung sie jetzt selbst publik machte, bevor die Konkurrenz es tun konnte. „Journal"-Reporter Foster Winans soll mehreren New Yorker Maklern „Tips" über den Inhalt seiner täglichen Zeitungskolumne „Heard on the street" gegeben haben. Seine Exklusivinformationen fanden bei den Investoren lebhaftestes Interesse und konnten starke Schwankungen der Kurse der betroffenen Gesellschaften am New Yorker Stock Exchange bewirken. Das „Wall Street Journal" fürchtet, seine Glaubwürdigkeit bei den täglich zwei Millionen Käufern einzubüßen. Der unlautere Börsenreporter wurde entlassen. Der frühere Arbeitgeber unterrichtete seine Leserschaft nicht nur über die Entlassung des bekannten Journalisten, sondern auch über dessen sexuelle Beziehungen zu einem Zeitungsmitarbeiter. Nach zwei ersten Berichten auf der Titelseite hieß es in einem Leitartikel, der angerichtete Schaden könne nur in Grenzen gehalten und behoben werden, indem das „Wall Street Journal" selbst über die Affäre ermittele und berichte, auch wenn dabei „unsere schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit gewaschen werden muß".

Haft für Verkehrsrowdy

DW, Dortmund

Ein Dortmunder Gericht verurteilte gestern einen 27jährigen Porsche-Fahrer aus Wolfsburg wegen versuchten Totschlags zu drei Jahren Haft. Der junge Mann hatte im August vergangenen Jahres während eines nächtlichen Rennens mit zwei Motorradfahrern auf der Autobahn einen der beiden Kradfahrer bei einer Geschwindigkeit von etwa 130 Studenkilometern gerammt. Der Fahrer und seine Sozia kamen wie durch ein Wunder mit dem Leben davon.

Phyllis' Glückstag

AFP, Yonkers

Drei Millionen Dollar „Trinkgeld" erhielt die Kellnerin Phyllis Penzo in einer Pizzeria in Yonkers im US-Bundesstaat New York, von dem Polizisten Robert Gunningham, einem Stammgast des Lokals. Sie half dem Ordnungshüter im Vorübergehen beim Ausfüllen des Lottoscheins, worauf der Kunde die „Hälfte des Gewinns" versprach. Es wurden sechs Millionen Dollar.

Tod beim Tarzan-Spiel

SAD, Grenoble

Ein 12jähriger laotischer Junge wollte „Tarzan" spielen, als er einen selbstgebastelten Fallschirm ausprobieren wollte. Damit sprang er aus der elterlichen Wohnung im 9. Stockwerk eines Hochhauses in Pont-de-Claix bei Grenoble und schlug 30 Meter tiefer tot auf der Straße auf.

Hubschrauber-Absturz

AFP, Brüssel

Beim Absturz eines Hubschraubers auf einem Feld in der Nähe des Brüsseler Flughafens sind gestern morgen die beiden Insassen getötet worden. Die Maschine war von einer Privatgesellschaft zur Inspektion von Pipelines gemietet worden.

Liebesbrief zu ersteigern

SAD, New York

Ein Liebesbrief von Marilyn Monroe kommt am 19. April in New York unter den Hammer. Der Star hatte ihn 1960 an einen der leitenden Redakteure der „New York Times", Lester Markel, geschrieben. Markel war damals 66 Jahre alt. Dem Brief ist eine erotische Aktzeichnung beigelegt: ein Selbstporträt Marilyn Monroes.

Pech in Monaco

AFP, Monaco

Der erste Raubüberfall seit 15 Jahren wurde jetzt in dem Fürstentum Monaco versucht. Er ist gescheitert. Der angehende Bankräuber hat in Panik die Flucht ergriffen, als er sich am Schalter geirrt hatte. Ein Angestellter hatte ihn ruhig darauf hingewiesen, daß sich Kasse und Tresorraum woanders befänden, worauf der mit einer Pistole bewaffnete Mann flüchtete.

ZU GUTER LETZT

Toter Rumäne in Paris war angeblich lebensmüde, meldet die französische Nachrichtenagentur AFP.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: bei geringen Luftdruckgegensätzen bestimmt weiterhin wolkenreiche und kalte Luft das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 4. April 1984, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. Sprühregen. Regen. * Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront. Kaltfront. Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Donnerstag:
Für alle Gebiete: Überwiegend stark bewölkt bis bedeckt und gelegentlich leichte Niederschläge in Form von Sprühregen, Schneegriesel und Schneefall, nur im Südwesten gelegentlich auflockernde Bewölkung und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen dort bis 8 Grad, sonst nur um 4 Grad C. Nachts Abkühlung auf Werte um null Grad, überwiegend schwachwindig.

Weitere Aussichten
Noch keine durchgreifende Wetteränderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	23°
Bonn	3°	Kopenh.	4°
Dresden	0°	Las Palmas	18°
Essen	2°	London	7°
Frankfurt	2°	Madrid	14°
Hamburg	3°	Mailand	10°
List/Sylt	2°	Mallorca	18°
München	2°	Moskau	11°
Stuttgart	1°	Nizza	13°
Algier	18°	Oslo	2°
Amsterdam	4°	Paris	7°
Athen	16°	Prag	1°
Barcelona	12°	Rom	11°
Brüssel	4°	Stockholm	2°
Budapest	7°	Tel Aviv	21°
Bukarest	11°	Tunis	16°
Helsinki	3°	Wien	5°
Istanbul	14°	Zürich	4°

* Sonnenaufgang am Freitag: 6.47 Uhr, Untergang: 20.03 Uhr, Mondaufgang: 6.58 Uhr, Untergang: 1.00 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Demosthenes bleibt Vorbild für 600 000 Menschen

dpa, Frankfurt

Das Telefon ist für sie ein Folterinstrument, beim Bäcker kaufen sie lieber zwei oder vier Brötchen, weil sie das Wort „drei" nicht herausbringen, in Restaurants essen sie Gerichte, die sie gar nicht mögen, nur weil die sich leichter aussprechen lassen. Die Rede ist von den rund 600 000 Stotterern, die in der Bundesrepublik Deutschland leben. Doch allmählich vollzieht sich ein Wandel in vielen der Betroffenen, die sich wegen der auffälligen Sprachstörung oft von Kindheit an isoliert haben.

Stotterer-Selbsthilfegruppen, von denen es mittlerweile mehr als 30 gibt, verzeichnen immer größeren Zulauf. „Und das", so wissen Klaus Fischer (28) und Erwin Geier (26) von der Frankfurter Gruppe, „ist schon der erste Weg zur Besserung". Beide warnen vor übertriebenen Hoffnungen: „Eine vollständige Heilung, also ganz flüssiges Sprechen ohne Hemmschwelle, wird bei erwachsenen Stotterern nur selten erreicht."

Dennoch möchten sie die Selbsthilfegruppe – zehn Männer aus Frankfurt und Umgebung treffen sich einmal in der Woche zu Gesprächen und Erfahrungsaustausch – nicht missen. Zu sehen, daß andere die gleichen Probleme haben, zu lernen, sich mit seinem Stottern zu akzeptieren, zu versuchen, aus dem Schneckenhaus der Selbstisolierung herauszukommen, das gelingt nur in und mit der Gruppe. „Stottern ist auch unter den Betroffenen ein Tabu-Thema. Es kostet große Mühe, sich dazu zu bekennen. „Aber nur so ist das Stottern in den Griff zu kriegen", weiß Fischer.

Schlechte Erfahrungen

Sein Rezept klingt zunächst absurd: Er habe erst einmal gelernt, richtig zu stottern. „Denn wer dagegen ankämpft, macht alles nur schlimmer." So sei er eines Tages auf der Zeil, Frankfurts Einkaufstraße, immer wieder auf Fremde zugegangen und habe sie – bewußt stotternd – nach Weg oder Uhrzeit gefragt. „Daß man selbst entscheiden kann, wann man stottert, ist schon ein Schritt nach vorn."

Die meisten Männer aus der Selbsthilfegruppe haben schlechte Erfahrungen mit Therapien gemacht. Die Ursachen des Stotterns, unter dem schon der griechische Redner Demosthenes 350 vor Christus gelitten haben soll, sind noch immer nicht eindeutig geklärt. „So viele Fachleute, so viele Therapien gibt es", sagt Geier resignierend. „Und die Therapien richten sich fast nur gegen die Symptome, gehen der Wurzel des Übels aber nicht auf den Grund."

Nach den Erfahrungen der Frankfurter Selbsthilfegruppe gibt es keinen typischen Stotterer. Alle haben unterschiedliche Probleme und machen verschiedene Ursachen in der familiären und gesellschaftlichen Umgebung für die Sprechhemmung verantwortlich. Selbst das Stottern äußert sich auf viele Arten: Eine völlige Blockierung, ständiges Wiederholen, Hemmschwellen bei bestimmten Buchstaben oder verzerrte Gesichtszüge sind häufige Kennzeichen der Stotterer. „Wir können von niemandem erwarten, daß er uns das Stottern wegnimmt. Also müssen wir uns selbst so akzeptieren", sagt Fischer.

Das Stottern, da sind Ärzte und Psychologen einig, ist eine Krankheit. Starke Stotterer werden als Behinderte anerkannt. „Aber die sind absolut unauffällig, weil sie einfach nichts mehr sagen", hat Geier beobachtet. Die Angst, ausgelacht oder nachgeäfft zu werden, läßt die Stotterer zu vielen Taktiken greifen: Von harmlosen „Füllwörtern" oder Satzumstellungen über das Vermeiden von Situationen, in denen der Betroffene erfahrungsgemäß „hängenbleibt", bis zum totalen Verstummen reicht die Bandbreite.

Mitleid nicht erwünscht

Isolation und Minderwertigkeitsgefühle können nach den Erfahrungen der Stotterer nur mit Hilfe der Umgebung abgebaut werden. Kinder sollte man nicht mit Ermahnungen, langsamer zu sprechen oder Luft zu holen, auf ihr Sprechen aufmerksam machen. Auch erwachsene Stotterer brauchen kein Mitleid, allenfalls, so Geier, Geduld, wenn es am Telefon oder im Gespräch nicht so schnell geht. Ausreden lassen, ihnen „das Wort nicht aus dem Mund nehmen", sind wichtige Hilfen für den Stotterer. Denn, so formuliert es Fischer: „Stottern ist der krampfhafte Versuch, fließend zu sprechen."

DORIS WIESE-GUTHEIL